

(A) **Beginn: 10.02 Uhr**

Präsident Ulrich Schmidt: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur heutigen 106. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode. Ich begrüße auch sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich 19 Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Ich eröffne unsere heutigen Beratungen und rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/3300

(B) Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 12/3400

Zweite Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 12/3550

Beschlußempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksachen 12/3500 bis 12/3503, 12/3505,
12/3508, 12/3510 bis 12/3516

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 12/3552

dritte Lesung

in Verbindung damit:

**Mittelfristige Finanzplanung des Landes
Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1998 bis
2002**

Unterrichtung
durch die Landesregierung
- zur Beratung -
Drucksache 12/3301

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 12/3553

(C)

und

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des
Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemein-
den und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr
1999 und zur Regelung des interkommunalen
Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der
Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen
Einheit im Haushaltsjahr 1999**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/3302
Vorlage 12/2253

Zweite Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 12/3550

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksache 12/3517

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur dritten Lesung
Drucksache 12/3554

(D)

dritte Lesung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihnen liegen außerdem folgende **Entschließungsanträge** vor, über die wir nach der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 1999 abstimmen werden:

1. Drucksache 12/3563, Antragsteller: CDU-Fraktion, Stichwort: Düsseldorfer Stadttor;
2. Drucksache 12/3564, Antragsteller: CDU-Fraktion, Stichwort: Steuerchaos;
3. Drucksache 12/3565, Antragsteller: CDU-Fraktion, Stichwort: Ausgabereise der Abwasserabgabe effektiv einsetzen;
4. Drucksache 12/3570, Antragsteller: SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Stichwort: Überbelegung in den Justizvollzugsanstalten;
5. Drucksache 12/3591, Antragsteller: CDU, Stichwort: Erhöhung des Wohngeldes;
6. Drucksache 12/3610, Antragsteller: SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Stichwort: Arbeits-

(Präsident Ulrich Schmidt)

- (A) markt- und Beschäftigungsprogramme "Arbeit statt Sozialhilfe" und "Soziale Wirtschaftsbetriebe".

Meine Damen und Herren! Eine Übersicht über diese Entschließungsanträge mit den dazugehörigen Antragstexten liegt Ihnen ebenfalls als Tischvorlage vor.

Zu den aufgerufenen Punkten darf ich nun die **Beratung eröffnen**. Ich erteile zunächst Herrn Dr. Linssen für die Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Wir beraten heute abschließend den ersten Haushalt des vor einem halben Jahr neugewählten Ministerpräsidenten, der ja mit einem hohen Anspruch in sein Amt gekommen ist. Sie alle erinnern sich an die Ouvertüre im Glaspalast, an die Verheißungen von mehr Transparenz, von der Setzung neuer Prioritäten, von mehr "Dampf". Er wollte sich lösen von der stickigen Staatskanzlei des früheren Ministerpräsidenten Rau, und eigentlich sollte alles neu werden in diesem Lande.

- (B) Meine Damen und Herren, so war der Anspruch. Wie ist die Wirklichkeit? Der Haushalt zeigt: alles wie gehabt! Durchwurschtelei wie bisher, nichts von Aufbruch, Lethargie auf der ganzen Ebene!

(Beifall bei der CDU)

Der Ministerpräsident ist mit dem Anspruch angetreten: Wir wollen Nummer 1 werden. Das ist richtig. Ich kann gar nicht anders, als zu sagen: Das ist richtig. Schließlich war es die CDU, die 1995 mit diesem Anspruch angetreten ist. Und wenn der Ministerpräsident etwas Richtiges kopiert, sollte man ihm beipflichten. Nordrhein-Westfalen gehört an die Spitze aller Bundesländer und der Regionen Europas.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen uns natürlich auch ansehen, von welchem Fundament aus wir starten. Wie sieht die Realität aus? Ich weiß, wenn man sich über Realitäten in diesem Land unterhält, wenn man nackte Fakten vorträgt, wird leicht gesagt: Mein Gott, der will sein Land schlechtmachen. Wenn wir aber richtige Prioritäten setzen und durch einen Haushalt versuchen wollen, ein Land nach vorne zu bringen - gerade unser Heimatland Nordrhein-Westfalen -, dann kommt es darauf an,

- (C) sich zu fragen, wie es zum Beispiel mit der Arbeitslosigkeit aussieht.

Wir haben über 820 000 Arbeitslose. Das sind von der Quote her 60% mehr als in Bayern. Wir haben eine hohe Dauerarbeitslosigkeit. Wir haben eine hohe Jugendarbeitslosigkeit; sie ist mehr als doppelt so hoch wie in Bayern. Wir haben ein Wachstum, das permanent unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: So ist es!)

Sie können sich das Jahr 1997, aber auch das erste Halbjahr 1998 ansehen. Wir haben ein nach wie vor großes Defizit an Selbständigen, an kleinen, an mittleren Unternehmen. Das sind gerade diejenigen, die aufgerufen sind, Arbeitsplätze zu organisieren, damit sich die Verhältnisse bei uns bessern.

Wir haben Rieseninvestitionsstaus in den Krankenhäusern, beim Landesstraßenbau, bei den Hochschulen. Ich will ein paar Zahlen nennen: Es wird geschätzt, bei den Krankenhäusern gibt es dreieinhalb Milliarden DM Nachholbedarf, bei den Hochschulen fünf Milliarden DM, bei den Straßen drei Milliarden DM. Das alles sind Defizite, die unter der mittlerweile 32jährigen Verantwortung der SPD hier im Lande angehäuft worden sind.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Wir bieten - das ist vielleicht mit das Traurigste an dieser Bestandsaufnahme - jungen Menschen geringere Zukunftschancen als andere Bundesländer. Gerade das wird deutlich durch die Vergleiche der Schulabschlüsse, der Schulqualifikationen. Den Rohstoff "Grips" zu vernachlässigen, ist die größte Sünde an der Jugend unseres Volkes!

(Beifall bei der CDU und des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement)

Wir haben eine schlechtere Polizeiausstattung als anderswo. Wir haben eine geringere Aufklärungsquote bei Verbrechen. Hier liegt Bayern allein um ein Drittel besser, meine Damen und Herren. - So weit die Realitäten.

Wenn wir früher so etwas vorgetragen haben - das kennen wir ja -, erklärte der Redner der SPD, der uns nachfolgte: Das liegt alles an Bonn und der Bundespolitik. Sie hat dazu geführt, daß es uns so schlecht geht. Zu fragen, warum sich bei gleicher Bundes- und Europapolitik andere Länder

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) besser entwickeln, auf die Idee sind Sie scheinbar nie gekommen.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann mir vorstellen, daß sicherlich gleich wieder diese Antwort gegeben wird. Man wird sagen: "Die Regierung ist jetzt erst kurz im Amt." Ich freue mich ja darüber, daß Herr Hombach als Kanzleramtsminister unter uns weilt, weil er sicherlich in Nordrhein-Westfalen noch etwas lernen will. Meine Damen und Herren, man wird sagen: "Das sind noch Erblasten, die anstehen." Das können Sie von mir aus noch zwei oder drei Monate erzählen. Aber Sie werden nicht umhinkommen zu erklären, was hausgemacht ist und was tatsächlich auf bundespolitischen Einfluß zurückgeht. Dann werden Sie sagen, daß die schlechtere Relation gegenüber anderen Bundesländern durch diese Politik in Nordrhein-Westfalen hausgemacht ist.

(Beifall bei der CDU)

Das Schwarzer-Peter-Spiel, das Sie immer betrieben haben, funktioniert nicht mehr. Deshalb wittern wir natürlich auch Morgenluft.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei SPD und GRÜNEN)

- (B) Deshalb sehen unsere Chancen für das Jahr 2000 auch ganz anders aus. Die Menschen werden Ihnen nicht mehr auf diesen Leim gehen, daß Sie immer erzählen: Düsseldorf liegt so nah an Bonn, und Bonn ist an allem schuld. Das ist doch die ewige Leier, die Sie vorgetragen haben. Mit dieser Melodie werden Sie nicht mehr vorankommen.

(Beifall bei der CDU)

Nun hat der Ministerpräsident in den letzten Wochen häufiger auch etwas Richtiges gesagt. Er hat zum Beispiel erklärt - Herr Clement, ich muß Ihnen doch einmal ein Kompliment machen -: Wenn am Arbeitsmarkt nichts passiert, dann bin ich der erste, der weg vom Fenster ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, daß er damit recht hat. Damit wollen wir uns heute auch beschäftigen, weil die Arbeitslosigkeit die Geißel gerade hier in Nordrhein-Westfalen ist. Natürlich sagt er zu Recht: Wenn ich keine Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt erreiche, eine gravierende Verbesserung, dann bin ich zu Recht weg vom Fenster.

(C) Deshalb hat er sich in den letzten Wochen mit einem Entlastungsangriff gegen Bonn gewendet. Manche sprachen vom "Stoiber an der Ruhr". Dazu fehlt allerdings noch viel.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Aber immerhin, er gibt sich Mühe. Er hat in Richtung Bonn gesagt: Liebe Leute, wenn ihr in Bonn mit dieser Steuerreform so weitermacht - Herr Hombach, hören Sie gut zu -, dann ergibt das keine Beschäftigungs- und Wachstumseffekte, dann gibt es keine Linderung des Arbeitsmarktes, sondern eher eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes in Nordrhein-Westfalen. Dann ist er tatsächlich zu Recht spätestens im Mai 2000 weg vom Fenster.

(Beifall bei der CDU)

Nun muß man sich diese Geschichte ein bißchen auf der Zunge zergehen lassen. Man hat ihn zunächst am Katzentisch in Bonn plazieren wollen. Dann hat man Herrn Clement ganz vor die Tür gesetzt. Das entspricht nicht unbedingt der Bedeutung Nordrhein-Westfalens im Länderkonzert. Aber so gehen die Genossen eben mit Ihnen um, Herr Clement. Das müssen Sie offensichtlich ertragen.

(D) Der Ministerpräsident hat Vorstellungen entwickelt. Er hat Vorstellungen entwickelt zur Ökosteuer, zur Mehrwertsteuer, zum Spitzensteuersatz und zum Freibetrag bei der Gewerbebesteuerung. Es gab kein Thema, zu dem er sich nicht gemeldet hat.

Ich habe mich immer nur gefragt: Warum tut er das eigentlich, nachdem die Koalitionsvereinbarungen beendet sind? Könnte es vielleicht sein, daß das Heldenmut nach Ladenschluß war, Herr Ministerpräsident?

(Beifall bei der CDU)

Sie wußten doch, daß der Zug längst abgefahren war! Dadurch kam auch der Verdacht auf, daß es sich um eine reine PR-Aktion handelt, daß sich einer in Szene setzen und etwas Freundliches sagen will, damit er bei den nächsten Auftritten bei Industrie- und Handelskammern wieder sagen kann: Ich habe etwas für euch getan. Der Endeffekt aber ist gleich Null. Als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet - nur das kann man zu dieser Aktion sagen.

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) Zu Recht schreiben auch die Zeitungen von Ihrem Auftritt in diesem Bereich: Da ist ein Feldherr ohne Truppen unterwegs. Es verläßt ihn sogar der hiesige Finanzminister Schleußer; denn Herr Clement hatte offensichtlich vergessen, daß Herr Schleußer in Bonn mit am Tisch gegessen hatte, und gemäß dessen Vorstellungen reichte das aus, was vereinbart worden ist. Nein, Herr Schleußer, es reichte nicht aus. Der Disput zwischen Ihnen und Herrn Clement war ja auch kaum noch zu verdecken. Krisengespräche mußten anberaumt werden, damit Sie noch irgendwie ein paar verkleisternde Formulierungen an die Öffentlichkeit bringen konnten.

Nein, meine Damen und Herren, Herr Lafontaine äußert sich in bezug auf Herrn Schleußer folgendermaßen: Wenn irgendeiner in Deutschland eine Fahrradgepäcksteuer erfindet, geht das die SPD einen relativen Kehrrikt an. Man muß sich das einmal vorstellen, Herr Clement, wie dieser Mann mit dem gewählten Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen umgeht! Das können Sie sich nicht gefallen lassen!

(Beifall bei der CDU)

- (B) Nach all dem kam das berühmte Spitzengespräch in Bonn: Beim Italiener treffen sich Schröder und Clement. Man hatte die Hoffnung, daß dabei irgend etwas von dem durchgesetzt würde, was er hier lauthals verkündet hat. Wie hat er die Ökosteuer bekämpft! Er hat immer davon gesprochen, es gehe nur im internationalen Rahmen. Das Ding ist ja sowieso keine Ökosteuer, sondern ein Etikettenschwindel, wie er schlimmer nicht geht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die frühere CDU/CSU-geführte Bundesregierung hat die Mineralölsteuer des öfteren erhöht. Dazu stehen wir auch. Wir haben aber wenigstens gesagt, daß wir die Mineralölsteuer erhöhen, weil wir Geld für den Aufbau der neuen Länder brauchen; wir haben keinen Etikettenschwindel gemacht und erklärt, es handele sich um Ökosteuern. Das ist eine Verdummdeubelung des Volkes!

(Beifall bei der CDU)

Dann kam die Geschichte mit der Mehrwertsteuer. Er hat Herrn Steinbrück, den neuen Wirtschaftsminister, vorgeschickt.

(Zuruf von der CDU: Fahrradgepäcksteuer!)

- (C) - Die Fahrradgepäcksteuer habe ich schon erwähnt. - Dieser mußte nachher wieder einen Rückzieher machen, weil Herr Clement merkte, daß das Ganze heiß wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Überlegung war ja richtig. Herr Clement wußte genau, daß das ganze Geld, das in Bonn überhaupt noch vorhanden ist, für die Geschenke, die man zur Wahl versprochen hatte, verbraten wurde. Es bleibt für Beschäftigungseffekte nichts übrig; es bleibt nichts für mittelständische Unternehmen übrig, die die Hauptlast der hoffentlich bald zunehmenden Beschäftigung zu tragen haben und die Arbeitsplätze organisieren wollen. Statt dessen stellt er sich hin und sagt: Wir brauchen Geld. Das holen wir uns über die Mehrwertsteuer, und damit entlasten wir die Betriebe. Da hat man ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht, weil natürlich nur noch die Botschaft - das haben Sie ja bei unserer Kollegin Nolte im Wahlkampf permanent kritisiert - herüberkommt, da seien Steuererhöher am Werk und nicht Leute, die die Steuer senken wollen. Diese neue Bundesregierung hat das Etikett weg, daß sie nach jeder Steuer giert und überhaupt nicht daran denkt, die Menschen zu entlasten.

(Beifall bei der CDU)

(D) Dieses Kapitel hat erhebliche Wirkungen auf Nordrhein-Westfalen: Da keine Arbeitsmarktwirkung erzielt wird, sind im nächsten Jahr eher mehr Arbeitslose als weniger vorprogrammiert. Das weiß der Ministerpräsident; deshalb hat er diesen Auftritt gemacht. Ich kann nicht verstehen, warum er sich praktisch für ein Abendessen von Herrn Lafontaine und Herrn Schröder alles hat abkaufen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Sie können doch nicht mit der Botschaft nach Hause kommen, Herr Clement: Es wird noch einmal geprüft, ob der Freibetrag bei der Gewerbebeertragsteuer vielleicht verdoppelt wird. Mit solchen Ergebnissen können Sie doch nicht zu Hause vor die Öffentlichkeit treten! Gegenüber dem Anspruch, den Sie erweckt haben, haben Sie doch geradezu nur eine Lappalie erreicht.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben sich abkaufen lassen, daß Sie dieser Steuerreform, die Sie selber als mißglückt bezeichnen, zustimmen werden. Das hat verhee-

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) rende Wirkungen für Nordrhein-Westfalen und entspricht nicht dem Eid, den Sie für das Land und die Bürger geleistet haben.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sage ich Ihnen ganz deutlich: Wir legen heute einen Entschließungsantrag zu diesem Thema vor, in dem der Landtag die Landesregierung auffordert, sie möge im Bundesrat dieser Steuerreform nicht zustimmen.

(Zuruf von der SPD: Abgelehnt!)

Das liegt nämlich im Interesse Nordrhein-Westfalens.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ganz zu schweigen ist von den Steuerausfällen. Jetzt erinnere ich Sie alle an die Tiraden, die Sie von der SPD hier losgelassen haben, als die vorige Bundesregierung über das Kindergeld gesprochen hat. Es sind jede Menge Rechnungen aufgemacht worden, wieviel wir als Land Nordrhein-Westfalen darunter leiden würden. Nun kommen gleich zwei Schläge: Es kommt die 620-Mark-Geschichte, d. h. das Umswitchen von Lohnsteuer auf Sozialabgaben, also von der rechten in die linke Tasche. Und dann lassen Sie sich, Herr Clement, mit einer Mehrwertsteuer auf die Ökosteuern, die Sie ja eigentlich gar nicht haben wollen, abspeisen. Das ist eine unzureichende Kompensation, und das Ganze ist eine abenteuerliche Konstruktion.

(B)

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Ein Witz!)

Zu Recht geben ja die führenden Sozialdemokraten in Bonn zu, sie müßten noch ein wenig lernen. Regieren ist offensichtlich schwerer, als sie es sich gedacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind offensichtlich nach 16 Jahren nicht ordentlich vorbereitet auf die Übernahme von Regierungsverantwortung. Herr Schleißer, ich glaube, den Eindruck teilen Sie. Sie wissen selber, daß der Wahlspruch lautet: Avanti, dilettanti!

(Beifall bei der CDU - Dr. Manfred Dammer [SPD]: Ihnen fehlt das Avanti!)

Wenn auch der Finanzminister und der Ministerpräsident dieses Landes beklagen, daß durch die Erhöhung des Kindergeldes eine Mehrbelastung in Höhe von 1,8 Milliarden DM für die Länder eintritt, dann verlange ich von Ihnen beiden, daß Sie

der Steuerreform nicht zustimmen, bevor Sie nicht anteilig dieses Geld in die Taschen des Landes Nordrhein-Westfalen geholt haben!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Sie wissen ganz genau, daß wir eigentlich auch noch über andere Sachen sprechen wollen. Aber da bin ich sehr vorsichtig, weil die alte Bundesregierung das auch nicht konzidiert hat. Wenn aber jetzt draufgelegt wird und eine zusätzliche Belastung auf unser Land Nordrhein-Westfalen zukommt, dann müssen Sie im Interesse Nordrhein-Westfalens sagen: Mit uns findet eine solche Steuerreform nicht statt!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hatte schon nach den ersten 100 Tagen eine Presse, die ihm nicht gefallen konnte. Da war von einem schlechten Start die Rede. Es wurde davon gesprochen, daß Pleiten, Pech und Pannen ihn begleiten würden.

Ich will nur ein paar Punkte - denn das Ganze wäre eine Riesenlitanei, die man hier vortragen müßte - aufzählen, wodurch sich dieses Bild in der Öffentlichkeit gebildet hat und wodurch sich dieses Bild in jüngster Zeit weiter verdüstert.

(D)

Ich will mit dem Neuzuschnitt der Ministerien beginnen. Meine Damen und Herren! Wir als CDU haben Verwaltungsreform seit 1992 gefordert. Wir sind bei Ihnen immer auf Granit gestoßen. Kollege Farthmann hat mir seinerzeit, vor der Landtagswahl 1995, erklärt: Wir können doch unmöglich jetzt Rationalisierungen in diesem Bereich betreiben. Dann wählen uns die Leute nicht mehr, weil wir ihnen gewisse Dinge zumuten. Das war vielleicht aus wahltaktischen Gründen verständlich, aber lag nicht im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Dann kam das Jahr 1995. Die Wahl war geschehen. Herr Kniola wurde Innenminister. Herr Kniola gab nicht nur den Regierungspräsidenten, sondern auch den Landschaftsverbänden eine Bestandsgarantie. Das wissen Sie alles noch. Dann bildete die SPD eine Kommission, Leitung: Ministerpräsident Rau. Da wußten wir schon: Das geht aus wie das Hornberger Schießen, Beerdigung dritter Klasse war vorprogrammiert. Alles bleibt beim alten, alles wird nur ein bißchen schlanker.

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) Jetzt kommt der neue Ministerpräsident. Das Flaggschiff seiner Regierungserklärung war: Wir machen alles neu, wir reformieren die Verwaltung. Dann hat er sich einfallen lassen - weil er wußte, daß er auf Widerstand stieß -, daß die Spitze dieser ganzen Reformbemühungen die Zusammenlegung der Ressorts "Innen" und "Justiz" sein sollte.

Herr Ministerpräsident! Sie haben zusammengelegt, was auseinandergehört, nämlich Innen und Justiz, und Sie haben auseinandergerissen, was unbedingt zusammengehört: Das sind Arbeit, Gesundheit und Soziales.

(Beifall bei der CDU)

Nun werden sich die Gerichte damit beschäftigen. Wir werden ja sehen, wie das Ganze ausgeht.

(Minister Dr. Fritz Behrens: Richtig!)

Ich will einen zweiten Punkt erwähnen: den Umzug ins Stadttor. Meine Damen und Herren! Sie alle wissen noch, als sich der Ministerpräsident Ende Mai hinstellte, wie alle fasziniert waren von diesem grandiosen PR-Gag - grandios: die Transparenz, die Offenheit, der moderne Glaspalast, selbst wenn er ein bißchen kalt ist. Die Modernität sollte Einzug halten in dieses Land.

- (B) Ich sage Ihnen ganz offen: Symbolik ist viel wert in der Politik, wenn sie tatsächlich durchträgt und wenn das Ganze nicht nur zum PR-Gag und zur Sucht nach der schnellen Schlagzeile degeneriert.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß: Es war mit der Öffentlichkeit und den Vertretern der Medien in den ersten vierzehn Tagen kaum darüber zu reden. So waren alle fasziniert von dieser grandiosen Vorstellung.

Aber - wie das immer so ist - Schlagzeilen vergehen, und dann kommen die harten Fakten. Wenn man etwas tut - so habe ich das jedenfalls gelernt -, soll man klug handeln und immer das Ende bedenken. Das dicke Ende kommt, indem wir in diesen Haushalt 1999 sage und schreibe 47 Millionen DM einsetzen müssen für den Umzug dieses Herrn Clement mit seiner Besatzung von der alten Staatskanzlei in das neue Stadttor. Wir sollen jedes Jahr 7 Millionen DM aufwenden, damit "des Kaisers neue Kleider" auch bezahlt werden können.

- (C) Meine Damen und Herren! Wenn man so wenig Geld hat wie das Land Nordrhein-Westfalen - Herr Finanzminister, ich könnte mir vorstellen, Sie sehen das sogar ähnlich -, dann muß man sagen: Jawohl, ich bleibe in der vielleicht etwas dunklen Staatskanzlei, aber ich gebe das Geld aus für andere Dinge, die höhere Priorität haben.

(Beifall bei der CDU)

Dann kann man sich nicht, wie das der Ministerpräsident hier in der zweiten Lesung getan hat - Herr Ministerpräsident, mir sind ja fast die Tränen gekommen -, so reich rechnen, daß Sie am Ende bei dem Umzug sogar noch etwas übrigbehalten haben.

(Minister Dr. Michael Vesper: Das ist so!)

- Es ist ein Traum. Das können Sie jemandem erzählen, der von Zahlen überhaupt keine Ahnung hat. Hier wird ganz klar der Verschwendungssucht gefrönt.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Ein Ministerpräsident, der vorher als Minister zugestimmt hat, daß die alte Staatskanzlei, das Landeshaus, für rund 20 Millionen DM umgebaut wird - weil sie ja zur Staatskanzlei ausgebaut werden sollte -, ist überhaupt nicht mehr zu verstehen, wenn er ein halbes oder ein Jahr später auf einmal erzählt: Nun müssen wir dieses viele Geld in die Hand nehmen, um endlich auch wie die Bayern in einem Glaspalast zu sitzen. Aber Sie können sich in dieser Beziehung auch nicht mit Bayern vergleichen: Die haben mehr Geld, Herr Ministerpräsident. Die alte Staatskanzlei hätte es wirklich getan, oder Sie hätten ins Ständehaus ziehen können, wie es die CDU immer vorgeschlagen hat.

(Beifall bei der CDU)

Wie wollen Sie so etwas erklären? Wie wollen Sie so etwas Schülern erklären, denen Sie die Schülerfahrtkosten streichen?

(Anhaltend lebhafter Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident! Wie wollen Sie es Kindergärtnerinnen erklären, die von Entlassungen bedroht sind durch das Gesetz, das Sie gestern in dritter Lesung verabschiedet haben?

(Zurufe von der CDU: Jawohl! - Lebhafter Beifall bei der CDU)

Wie wollen Sie es Kranken erklären, die in Krankenhäusern auf den Fluren liegen, weil diese

(D)

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) Krankenhäuser keine Sanierungsmittel in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt bekommen?

(Beifall bei der CDU)

Nein, nein, das Ganze war mit heißer Nadel gestrickt, was auch dadurch zu beweisen ist, daß wir schließlich nach einem halben Jahr die Unterlagen, die einem solchen Schritt in einer ordentlichen Administration eigentlich zugrunde zu liegen haben, nachgereicht bekamen, nachdem wir zigmal in den Ausschüssen gedrängt haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Das Thema geht noch weiter; ich will nur soviel hier sagen: Auch die Vermittlung in dieses Stadttor hinein wirft anscheinend offene Fragen auf. Wenn sich bewahrheitet, daß eine Firma an der Vermittlung profitierte, die 1995 den Wahlkampf für die SPD Nordrhein-Westfalens bestritten hat, dann wird es noch eng für Sie, Herr Clement!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Deshalb haben wir uns erlaubt, auch zu diesem Thema einen Entschließungsantrag für heute vorzulegen mit dem Inhalt, der Landesregierung eine Rüge für diesen völlig unbegründeten Umzug zu erteilen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Was hat das Bild des Ministerpräsidenten nach 100 Tagen und erst recht nach einem halben Jahr weiter verdunkelt? - Das ist der ganze Komplex der Wirtschaftsförderung, der uns nun umtreibt. Ich vermute, daß er auch die Kolleginnen und Kollegen in der SPD umtreibt.

(Zuruf von der CDU: Sie sind nicht da!)

Die GRÜNEN sitzen zwar in den Untersuchungsausschüssen dabei, wie ich höre, sagen aber nichts. Das sind wir ja mittlerweile gewohnt. Aber ich erwarte von einer großen Volkspartei und einer Fraktion wie der SPD, daß sie das Wächteramt, das auch ihr von den Bürgerinnen und Bürgern des Landes übertragen wurde, ernst nimmt und wirklich prüft.

(Beifall bei der CDU)

Zur Wirtschaftsförderung in diesem Lande will ich hier nur ein paar Punkte aufzählen.

- Da gibt es zunächst den Fall in Medebach. Es handelt sich um den GranDorado-Ferienpark. (C)

(Zurufe von der SPD)

- Ja, natürlich. Das findet in einer sehr schönen Gegend statt. Aber dieser Fall muß natürlich untersucht werden; denn so viele Flops auf einmal kann man sich nicht erlauben. Hier sind 150 Millionen DM Steuermittel vergraben worden. Und ich sage Ihnen ganz offen: Dies ist nicht mit rechten Dingen zugegangen.

(Zuruf von der SPD: Was?)

- Natürlich, das können Sie doch sehen. Wenn nachfinanziert werden muß, nachdem das Ding praktisch pleite ist, dann muß man sich überlegen, wie es dazu gekommen ist. Deshalb werden wir auch in diesem Bereich nachforschen. Sie kommen da nicht ungeschoren heraus!

Das nächste ist das Ökozentrum in Hamm: 100 Millionen DM sind in den Sand gesetzt worden. Herr Vesper, hören Sie gut zu: Ich vermute, es wird mit Ihrem autofreien Wohnen ähnlich werden, wenn man etwas am Markt vorbei plant.

(Beifall bei der CDU)

Dieses "Öko" ist zwar schön für den GRÜNEN-Parteitag. Da können Sie das wunderbar vertreten. Wenn wir Geld im Überfluß hätten, könnte man ja sagen: Laßt uns ein Experiment machen. Aber müssen dafür gleich 150 Millionen DM aufgewendet werden? Haben wir von der Prioritätensetzung her für solche Vorhaben 150 Millionen DM im Lande übrig? - Ich sage: nein!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Es gibt die Affäre StollCom. Das ist ein kleines Ding. Da sind "nur" 25 Millionen DM in den Teich gesetzt worden.

Es gibt den Mediapark in Köln, bei dem 30 Millionen DM in den Teich gesetzt worden sind.

Da gibt es - damit will ich die Aufzählung hier schließen - das Trickfilmzentrum HDO in Oberhausen. Dort sind über 100 Millionen DM in den Teich gesetzt worden.

Das sind zusammen - wenn Sie noch ein paar kleine Dinge hinzutun - 500 Millionen DM in der Wirtschaftsförderung, die durch unzureichendes

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) Controlling nicht ordnungsgemäß in den Wirtschaftskreislauf eingefügt wurden und bei denen dieser Ministerpräsident als Wirtschaftsminister die Hauptverantwortung getragen hat.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, dieses Trickfilmzentrum in Oberhausen hängt Ihnen mittlerweile wie ein Mühlstein am Hals.

Ich will Ihnen aus der Chronologie nur ein paar Dinge vortragen, die Ihnen zeigen sollen, wie dieser Ministerpräsident versucht hat, uns im Sommer in zwei Ausschusssitzungen des Hauptausschusses - einer öffentlichen Sitzung, einer nichtöffentlichen Sitzung - im wahrsten Sinne des Wortes zu vereimern, im wahrsten Sinne des Wortes "beim Bock zu tun", wie man bei uns sagt, den Eindruck zu erwecken, das sei alles kosher, das sei alles in Ordnung.

Mit jeder Woche mehr sitzt er tiefer im Subventionssumpf, als er sich je gedacht hat.

(Beifall bei der CDU)

- (B) In der öffentlichen Sitzung im Sommer haben wir ihm im Zusammenhang mit diesem Trickfilmzentrum in Oberhausen vorgetragen, daß durch laxes und unprofessionelles Verhalten dem Subventionsbetrug Vorschub geleistet worden sei. Es gab einen Sturm der Entrüstung. Man sagte, wir hätten keine Beweise, es sei unmöglich, was wir da vortragen würden. Das sei Brunnenvergiftung. Er hat sich mit Händen und Füßen gewehrt.

Natürlich war er im Vollbesitz der Akten. Wir waren allerdings Gott sei Dank auch schon ganz gut munitioniert. Aber er war offensichtlich immer in dem Bestreben, einen Untersuchungsausschuß zu vermeiden. Er selber hat zwar immer gesagt: Macht doch, was ihr wollt! Aber der Kollege Matthiesen - seligen Angedenkens - hat immer ernst davor gewarnt. Er hat auch im Ausschuß ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß er so etwas nicht will. Er wußte schon, warum. Das war im Sommer.

Heute geht es nicht mehr darum, ob dem Subventionsbetrug Vorschub geleistet wurde, sondern heute geht es darum, ob im Ministerium Anstiftung bzw. Beihilfe zum Subventionsbetrug begangen worden ist.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Im Sommer versprach uns der Ministerpräsident (C) jede Akteneinsicht, die wir haben möchten. Er sprach davon, er wäre am liebsten mit einem Kärchen in den Ausschuß gekommen und hätte uns alle Akten mitgebracht, damit wir, bitte schön, hineingucken könnten. Er hat uns eingeladen. Als wir gesagt haben, wir wollten uns erst einmal angucken, was er in der nächsten öffentlichen Debatte des Landtages sagt, hat er uns vorgeworfen, wir hätten offensichtlich kein Interesse an der Wahrheit. Nein, Herr Ministerpräsident, wir wußten, warum wir es nicht getan haben. Wir wußten, daß diese Akten selbstverständlich manipuliert waren. Das hat sich nun als wahr und als Tatsache herausgestellt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Ich habe Ihnen damals einen Brief geschrieben und Sie darauf aufmerksam gemacht, es gäbe Gerüchte, daß Akten im Hinblick auf den zu erwartenden Untersuchungsausschuß bereinigt würden. Dafür bin ich vehement gescholten worden. Ich sollte Namen, Roß und Reiter nennen. Soll ich diejenigen Leute verbrennen, die so etwas sagen? - Mittlerweile ist es doch sowieso so, daß jeder den Eindruck hat, Sie opfern lieber Ihre Leute als Bauernopfer, als selber in die Schußlinie zu kommen. (D)

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Da war von Akteneinsicht die Rede. Es hieß, wir könnten alles sehen. Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten uns die Akten angeguckt und hätten nicht über den Untersuchungsausschuß die Parallelakten von den Instituten vor Ort, von den Banken usw. gehabt. Dann hätten wir doch überhaupt nicht gemerkt, daß bei Ihnen ohne Fehlblätter gleichwohl Unterlagen fehlten.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: So ist es!)

Meine Damen und Herren! Heute ist von Akteneinsicht und Transparenz überhaupt nicht mehr die Rede.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: So ist das!)

Heute werden Maulkörbe verhängt. Heute werden Aktenstücke geliefert ohne Hinweis darauf, daß Akten entnommen worden sind. Schon nach den ersten zwei Beweisaufnahmen im Ausschuß ist ganz klar festzustellen, daß diese Akten "bereinigt" worden sind und daß Dinge, die unmittelbar mit dem Ausschuß zusammengehören, die-

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) sem Ausschuß nicht überreicht worden sind. Das ist der schlimmste Vorwurf, den man Ihnen und Ihrer Administration überhaupt nur machen kann.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Dann haben Sie im Sommer erklärt: "Selbstverständlich trage ich die politische Verantwortung." Da haben Sie sich im Ausschuß hingestellt, um natürlich auch vor den Journalisten den Eindruck zu erwecken, als sei das alles so sauber wie nur etwas: "Ich trage die politische Verantwortung." - Nein, ich sage Ihnen ganz deutlich: Wie jetzt Leute Ihres Ministeriums und aus der Staatskanzlei in die Schußlinie gebracht werden, um offensichtlich von Ihrer letztendlichen alleinigen Verantwortlichkeit in Ihrer Zeit als Wirtschaftsminister und als Leiter der Staatskanzlei abzulenken, das stinkt zum Himmel!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben dann im Beisein der gesamten Presse im Sommer erklärt, es gebe keinerlei Hinweise auf Subventionsbetrug. Es sei eine Unverschämtheit von der Opposition, von solchen Dingen zu reden. Dabei hatten wir natürlich längst die Beweisstücke; es lagen längst Klagen vor. Und, Herr Ministerpräsident, am 16. August haben Sie erklärt, bis dahin seien die Wirtschaftsprüfer abgefragt worden; es gebe nicht den geringsten Verdacht auf Subventionsbetrug.

(B)

Am 5. Oktober lag Ihnen der BDO-Bericht, etwas später der C&L-Bericht vor. Das sind die beiden Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, die - unter anderem; es sind in diesem Bereich ja nur noch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften tätig - klar zum Ausdruck gebracht haben, daß praktisch ein Drittel der Investitionssumme - das müssen Sie sich einmal auf der Zunge zergehen lassen! - von 97,8 Millionen DM, nämlich 34,5 Millionen DM, nicht nachweisbar sind. Herr Ministerpräsident, das können Sie weismachen, wem Sie wollen. Aber daß Sie am 16. August nicht per Rückfrage bei BDO, die den Bericht am 5. Oktober fertig gedruckt bei Ihnen vorgelegt haben, hätten erfahren können, daß irgend etwas nicht so ganz stimmen könnte, das glaube ich Ihnen nicht. Das sage ich Ihnen ganz offen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Im übrigen hätte die kurze Nachfrage bei Ihnen im Ministerium bzw. in der Staatskanzlei gezeigt, daß für die Förderung des Films "Wasilisa" über

das Münchener Institut 800 000 DM gewährt wurden, wozu Sie heute selber Anzeige wegen Subventionsbetrug erstatten. Das machen Sie, nachdem der Untersuchungsausschuß darauf gekommen ist. Das hätten Sie tun müssen, sobald Sie davon erfahren haben. Spätestens im Oktober war Ihr Haus wissend gemacht worden, und Sie hätten nach allen Regeln, die in der Administration vorgeschrieben sind, sofort Anzeige wegen Subventionsbetrugs erstatten müssen.

(Beifall bei der CDU)

Sie hätten erfahren können, daß noch in Ihrer Ägide als Wirtschaftsminister, kurz bevor Sie Ministerpräsident wurden, ein Gutachten für 800 000 DM in Auftrag gegeben wurde. Das Geld war so schnell bei demjenigen, der das Gutachten anfertigen sollte, daß der, glaube ich, Freudentränen in den Augen hatte. Wo bekommen Sie schon bei öffentlicher Förderung eher Geld, als Sie die Rechnung geschrieben haben! Das ist schon traumhaft.

(Lachen bei der CDU)

Bis heute ist das Gutachten nicht da.

Das alles hätten Sie wissen müssen. Denn natürlich - das wird sich herausstellen - war das jeweils die Rettung am Monatsende, damit die Löhne und Gehälter noch bezahlt werden konnten. Sie können im Lande einmal herumfragen, wie viele Leute angesprochen worden sind, sie möchten doch bitte Gutachten bei denen erstellen lassen. Ich kenne jemanden, der gesagt hat: "Geht ganz schnell wieder nach Hause, ihr habt sowieso keine Ahnung davon. Ich mache das Gutachten selber; stellt mir die 50 000 DM in Rechnung, die ihr braucht, dann ist der Fall erledigt!"

(D)

Meine Damen und Herren, es ist eindeutig, daß zu dieser Zeit der Konkurs verhindert werden mußte - weshalb man natürlich auch über den Tatbestand der Konkursverschleppung nachdenken muß.

(Ja! bei der CDU)

Und - ein Schelm, der Böses dabei denkt, daß es ausgerechnet zu der Zeit war, als Herr Clement zum Ministerpräsidenten gemacht werden sollte. Da durfte das Ding natürlich nicht pleite gehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

(A) Ich habe mir spaßeshalber den Brief mitgebracht, den Sie mir am 21. August 1998 geschrieben haben:

"Ich biete Ihnen deshalb auf diesem Wege an, alle bei der Landesregierung verfügbaren bzw. ihr zugänglichen Akten zum Projekt HDO einzusehen."

(Lachen bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, wer solche Briefe schreibt, der sollte wissen, was er tut.

(Beifall bei der CDU)

Im Sommer erklärt der Ministerpräsident: Der Schlußverwendungsnachweis ist in Arbeit; es kann sich nur noch um ein paar Wochen handeln; er kommt spätestens bis Ende September. - Heute: Der Schlußverwendungsnachweis von C&L besagt, daß ein Drittel nicht nachzuweisen ist. Er liegt der Landesregierung vor, aber er wird uns vorenthalten. So ist das mit der Transparenz und der Öffentlichkeit in diesem Bereich!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

(B) Meine Damen und Herren, es gibt einen gültigen Erlaß des Finanzministers: Bei Verdacht auf Subventionsbetrug, auch vor Erscheinen des Schlußverwendungsnachweises, muß Strafantrag gestellt werden. - Sie können sich vielleicht vom Finanzminister Schleußer den Erlaß einmal geben lassen, damit Sie wissen, was Aufgabe Ihres Ministeriums gewesen wäre.

Meine Damen und Herren! Im Sommer: Mit aller Häme, der der Ministerpräsident überhaupt fähig ist,

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist eine Menge!)

übergießt er den Kollegen Meyer und mich, immer nach dem Motto: "Nun werde ich Ihnen mal was sagen; jetzt müssen Sie aber tapfer sein ..."

(Ja! und Lachen bei der CDU)

Das war seine ständige Diktion: "Jetzt müssen Sie aber tapfer sein!" - Herr Ministerpräsident, ich sage Ihnen: Jetzt ist es für Sie an der Zeit, tapfer zu sein.

(Zustimmung bei der CDU)

(C) Ich könnte mir vorstellen, daß Sie eher in Panik sind. Ihr Verhalten in den letzten Tagen deutet jedenfalls darauf hin.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weshalb habe ich diese Fälle hier vorgetragen?

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Die Frage ist berechtigt!)

Es geht hier nicht allein um das Stadttor. Es geht hier nicht allein um Gran Dorado. Es geht hier nicht allein um das Trickfilmzentrum HDO in Oberhausen.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Jetzt kommt es aber!)

Nein, es geht um die Affäre Clement.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Höre sich das einer an! -Weitere Zurufe von der SPD)

Es geht um die Amtsführung dieses Ministerpräsidenten, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

(D) Es geht um seine Politikmethode, es geht um die Sucht nach der schnellen Schlagzeile, von der er getrieben ist. Daß dies so schnell, Herr Ministerpräsident, nach einem halben Jahr, für die Öffentlichkeit so deutlich sichtbar wurde, habe ich selber bei Beginn Ihrer Amtszeit nicht für möglich gehalten.

Meine Damen und Herren, man kann ja dem früheren Ministerpräsidenten viel vorwerfen, man kann ihn für einen Zauderer halten, für einen Zögerer. Wir haben das so vorgetragen. Aber er war solide, er war bescheiden, und er war nicht arrogant.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, Ihre Überheblichkeit geht nicht nur der CDU-Opposition auf den Geist, sondern auch manchen Ihrer Kollegen in der eigenen Fraktion.

(Beifall bei der CDU)

Von Ihren Tricks haben wir nun sattsam genug, und wir bekommen immer mehr den Eindruck, daß mit Aktionismus offensichtlich Konzeptions-

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) Losigkeit und mangelnde Vision für Nordrhein-Westfalen überdeckt werden sollen. Sie haben zwar gegenüber dem früheren Ministerpräsidenten Rau die Schrittzahl erhöht, aber Sie treten auf der Stelle. Das scheint Ihre Art von Dynamik zu sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Bilanz nach einem halben Jahr Clement: So viele Pleiten, Pannen und Proteste, wie mit Ihnen in Verbindung gebracht werden, hat es noch unter keinem Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen gegeben.

(Beifall bei der CDU)

Apropos "Proteste": Noch nie war der Rasen vor dem Landtag so plattgetreten wie zu Ihrer Amtszeit.

(Beifall bei der CDU)

Apropos "Pannen und Pleiten": Es geht um Arbeit in Nordrhein-Westfalen. Wenn wir in diesem Bereich - wie bei dem gesamten Bereich "Wirtschaftsförderung" - so viele Pannen und Pleiten feststellen, dann ist das Leitthema für Nordrhein-Westfalen "Arbeit für die Menschen in diesem Lande" durch diesen Ministerpräsidenten und seine Landesregierung völlig verfehlt worden.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Darüber, was Bonn zu diesem Thema leisten muß, gerade im Bereich der Steuerpolitik, haben wir gesprochen. Wir hier im Land haben die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik und der Investitionspolitik sowie eine entsprechende Prioritätensetzung auch bei gewissen konsumtiven Ausgaben, wenn wir sozialer Marktwirtschaft gerecht werden wollen, im Haushalt dieses Landes. Sehen wir uns diese doch einmal im einzelnen an! Sehen wir uns die Arbeitsmarktpolitik einmal nur in einem Punkt an, meine Damen und Herren!

Bisher waren bei dem Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" 3 300 Stellen angesetzt. Dieses Programm wird im Entwurf des Haushalts auf 1 750 Stellen gekürzt. Dann wird es um 850 Stellen auf 2 600 Stellen erhöht. Das feiert die zuständige Ministerin Brusis ab, als wenn es Fortschritt in Nordrhein-Westfalen gäbe. Tatsächlich bleiben per saldo in diesem Bereich 700 Stellen miese, also eine negative Entwicklung gerade bei diesem wichtigsten Programm der Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Und dann passiert folgendes: Nachdem die CDU dazu einen Antrag eingebracht hat, liegt uns heute ein Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Das schlägt dem Faß den Boden aus, meine Damen und Herren! Da steht doch glatt zu lesen - und das will ich Ihnen gern vortragen; Sie haben nämlich nachher darüber zu entscheiden -:

(C)

"Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- auch für 1999 und in den Folgejahren die Förderung von jährlich 3 300 neuen ASH/AsS-Stellen vorzusehen,
- das Programm Soziale Wirtschaftsbetriebe kontinuierlich fortzuführen und weiterzuentwickeln sowie die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit hierzu weiter zu optimieren."

Und dann kommt der Satz:

"Dabei sollen keine Finanzierungslücken in anderen Arbeitsmarktprogrammen entstehen."

Meine Damen und Herren, Sie sehen, daß Sie bei diesem Programm erwischt worden sind, mit dem Sie die alte Bundesregierung wegen des Arbeitsmarktes täglich gejagt haben, und jetzt bringen Sie einen solchen Schau-Antrag, der Betrug an der Öffentlichkeit ist. Ich sage Ihnen das ganz deutlich.

(D)

(Beifall bei der CDU - Edgar Moron [SPD]: Das ist doch dummes Zeug, was Sie erzählen!)

- Herr Moron, wenn Sie einen solchen Antrag einbringen, ohne eine müde Mark dafür in den Haushalt einzustellen, dann ist das Betrug an der Öffentlichkeit. Dabei bleibe ich.

(Beifall bei der CDU)

Sie sollten den Antrag ganz schnell zurückziehen; denn auch die Öffentlichkeit erkennt, wie Sie hier versuchen, weiße Salbe zu verteilen.

Der zweite Punkt neben der Arbeitsmarktpolitik: Wie ist das Investitionsverhalten? Durch Investitionen werden Arbeitsplätze geschaffen. Meine Damen und Herren, wir haben das nun schon hinlänglich beklagt, aber die Regierung macht immer weiter: immer weiter Herunterfahren der Investitionsquote im Haushalt, das heißt des Haushaltsanteils, der in Investitionen geht. Mittlerweile sind wir bei dieser grandiosen SPD-geführten Landesregierung seit 1978, seit dem Be-

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) ginn der Ägide Rau, von 23,4 % Anteil der Investitionen auf 10 % heruntergekommen. Das heißt: Sie versündigen sich bei den Investitionen, die unseren Kindern Arbeit geben sollen, und konsumieren auf Deubel komm raus.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Wir haben Ihnen - ähnlich, wie das Stoiber in Bayern vorexerziert hat, und selbst Sozialdemokraten sagen heute: "von Bayern lernen heißt siegen lernen" - gesagt: Geht an das Landesvermögen heran, verkauft das Landesvermögen, das nicht unbedingt notwendig ist, und macht damit Zukunftsinvestitionen, wie es Stoiber in Bayern getan hat, so, wie er versucht, sein Land bei der Verkehrsinfrastruktur, bei den modernen Technologien, bei den Hochschulen, bei den Krankenhäusern zukunftsfähig zu machen. Bei Ihnen ist, wenn man über LEG und über WestLB spricht, immer Fehlanzeige; das sind alles "ganz wichtige, strukturentscheidende Beteiligungen des Landes".

Nein, meine Damen und Herren, wir bleiben dabei:

- (B) Das Land Nordrhein-Westfalen ist mit 25,1 % ausreichend an der Westdeutschen Landesbank beteiligt. Das würde reichen, und wir könnten uns von 43 % herunter auf 25,1 % bewegen. Das will aber der Finanzminister nicht, und Herr Clement hat offensichtlich nicht die Kraft, dies durchzusetzen. Vielleicht glaubt er aber auch, über dieses Instrument Strukturpolitik machen zu können.

Dabei ist das eine Geschäftsbank, meine Damen und Herren, die im Wettbewerb mit allen internationalen Banken steht und deshalb auch Geld machen will. Sie will sich von Ihnen nicht einreden lassen, daß sie die Strukturbank des Landes sei - außer in dem Bereich, in dem z. B. Investitionsmittel aus öffentlichen Töpfen über die Investitionsbank, die Teil der WestLB ist, geleitet werden.

Meine Damen und Herren, wir brauchen dringend 250 Millionen DM für die Hochschulen. Wir brauchen dringend 210 Millionen DM für den Landesstraßenbau - für den Ausbau und den Erhalt -, und das ist keine Vollpflasterung der Landschaft. Selbst Ihre grünen Freunde im Landschaftsver-

band sagen, daß dies dringend notwendig für den Erhalt verrottender Straßen ist, deren Sanierung nachher viel mehr Geld kosten würde. (C)

(Beifall bei der CDU)

Was höre ich von diesem Ministerpräsidenten zu diesem wichtigen Thema "Verkehr"? - Ich höre, daß wir uns bereit erklären würden, für den Transrapid eine Trasse zu bauen. Also, Herr Ministerpräsident, offensichtlich beteiligen Sie sich nicht so gerne an konkreten Diskussionen - z. B. darüber, welche Mittel für den Landesstraßenbau gebraucht werden -, sondern lieber an Phantomdiskussionen. "Phantomas Clement" - so könnte man das überschreiben.

(Beifall bei der CDU)

Diesbezüglich sind Sie ja auch von Ihren eigenen Genossen zurückgepiffen worden. Nun las ich auch noch, daß von Düsseldorf nach Köln eine Trasse gebaut werden soll. Wer schon länger im Landtag ist, der wußte, was los war. Der weiß nämlich, daß Sie dies alles früher abgelehnt hatten. Dann können Sie doch jetzt nicht wieder damit kommen, wenn längst die ICE-Strecke gebaut wird!

Wir sind der Meinung, daß die Krankenhäuser 200 Millionen DM an Sofortbedarf haben. Ich denke mir, daß das Geld in diesem Bereich wesentlich besser angelegt ist als für Fixerstuben, für die Sie das Geld vorsehen. (D)

(Beifall bei der CDU)

Mit diesen Investitionen geht es um das Thema "Arbeit für Nordrhein-Westfalen". Da geht es vor allen Dingen um den Erhalt von Arbeitsplätzen auf dem Bau. Es geht um die Bauarbeiter, und denen müssen Sie ins Gesicht sehen und sagen, warum Sie im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalens gerade die für sie notwendigen Investitionen dermaßen herunterkürzen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, ich möchte Ihnen einen guten Tip geben: Sie führen morgen das Gespräch wegen eines Bündnisses für Arbeit mit den Arbeitgebern, mit dem DGB, mit der IG Metall und der DAG, und Sie treten dort mit leeren Händen auf. Stoibers Beitrag für das Bündnis für Arbeit in Bayern war nämlich gerade, daß er In-

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) Investitionen für diesen Bereich zur Verfügung gestellt hat.

(Beifall bei der CDU - Loke Mernizka [SPD]:
Das ist doch Unsinn sondergleichen, den
Sie hier erzählen!)

Ich bleibe beim Thema "Arbeit für Nordrhein-Westfalen", meine Damen und Herren: Über Erzieherinnen und Erzieher und den Verlust von viereinhalbtausend Vollzeitstellen haben wir gesprochen. Wie können Sie es in einer Zeit, in der Sie versuchen, über Beschäftigungsprogramme Arbeitsplätze zu schaffen, verantworten, in diesem intakten Bereich in einem völlig unververtretbaren Maße Stellen abzubauen?

(Beifall bei der CDU)

Ich denke an die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft. Ich denke daran, daß Frau Höhn natürlich mit ihrer Nischenlandwirtschaft, die allein der angeblichen Ökologisierung der Landwirtschaft dienen und die Direktvermarktung besonders fördern soll, einer im industriellen Kontext produzierenden Landwirtschaft nicht gerecht wird, die wir so dringend benötigen.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Ich denke an Auszubildende. So löblich es auch ist, daß Herr Clement durch die Gegend fährt und sich wie viele andere in diesem Lande um Ausbildungsstellen bemüht: Es darf nicht sein, daß in einer solchen Situation innerhalb von zwei Jahren 900 Stellen für Auszubildende beim Land abgebaut werden. Das ist kontraproduktiv und paßt nicht zusammen!

(Beifall bei der CDU)

Wir sind der Meinung, daß wir da, wo wir es könnten, Stellen schaffen sollten, daß nämlich z. B. im Lehrerbereich 2 000 Stellen im Vorgriff eingestellt werden - das kostet 70 Millionen DM, und die muß man im Haushalt zur Verfügung stellen - und daß bei Polizei und Justiz auch das Notwendige getan wird. Wenn wir mehr im Bildungsbereich tun wollen - und das müssen wir tun; das wissen wir alle -, dann müssen wir zu Umschichtungen kommen.

(Zuruf des Ministers Hans Schleußer)

Dann müssen wir eben aus der Bürokratie über den Weg der Verwaltungsreform die Stellen her-

ausholen, die wir dann für solche Bereiche wie (C)
z. B. Unterricht in unseren Schulen brauchen.

(Zuruf des Ernst-Martin Walsken [SPD])

- Entschuldigen Sie, Herr Walsken! Die Vorschläge machen wir seit 1992.

(Beifall bei der CDU - Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Das ist doch Unsinn! - Lachen des Ernst-Martin Walsken [SPD])

- Lachen Sie nicht, Herr Walsken. Sie waren doch dabei! Sie wissen doch, daß wir 1993/94 so weit waren, daß wir den Antrag im Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform hätten beschließen können. Das ist nur an Ihnen gescheitert, weil Sie vor den Wahlen nichts riskieren wollten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zur Entschuldigung des Ministerpräsidenten muß man einmal sagen: Er hat doch genau gesehen, daß diese Idee der CDU richtig war, und er hat sie deshalb zur Leitlinie seiner Regierungserklärung gemacht. Er wußte nämlich genau, daß er demnächst nicht mehr den Schulen und Hochschulen Stellen hätte zur Verfügung stellen können, wenn er nicht die Verwaltung schlanker machen würde. - Der Ansatz ist doch völlig richtig, aber Sie scheitern an diesem ewigen Widerstand einer strukturskonservativen Truppe, wie sie bei Ihnen zu Hause ist. (D)

(Beifall bei der CDU)

Nun kann man sagen, das seien kluge Politiker. Denke ich an das Gespräch mit Farthmann vor der Wahl 1995 zurück, frage ich mich manchmal, ob er klüger ist, wenn er sagt: Es darf sich nichts bewegen, damit wir wiedergewählt werden.

Meine Damen und Herren, das ist das Thema, über das wir sprechen müssen: Wir brauchen Reformen, und jeder Mensch weiß, daß wir Reformen brauchen. Jeder meint aber, sie könnten bitte an der Tür des Nachbarn stattfinden.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Gucken Sie doch auch einmal in den Spiegel!)

Das heißt, wir müssen mit den Menschen darüber sprechen und ihnen die Notwendigkeiten klarmachen. Manchmal ist es sehr schwierig, den Nutzen von Reformen darzustellen, weil dieser Nutzen oft erst mit einer zeitlichen Verzögerung eintritt.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) Wir haben dies leidvoll bei der Bundestagswahl erfahren, weil die Reformen, die dem Arbeitsmarkt dienen sollten und die Sie nun rückgängig machen, in ihrer Wirkung nicht so durchschlagend waren, daß der Bürger sagen konnte: Jawohl, den Schmerz haben wir hinnehmen müssen, aber dafür kriegt mein Kollege endlich einen Arbeitsplatz.

(Brigitte Speth [SPD]: Nach 16 Jahren!)

Das war das Ziel dieser Reformen.

Meine Damen und Herren, bei diesem Prozeß ist natürlich über soziale Marktwirtschaft und auch über Erneuerungen in der sozialen Marktwirtschaft zu sprechen; denn diese Gesellschaftsform muß sich immer wieder erneuern. Auch Prioritäten müssen in diesem ansonsten perfekten Gesellschaftsmodell immer wieder verändert werden. Wir müssen mit Wachstum, mit Wohlstand, mit Freiheit und sozialer Gerechtigkeit hier in Nordrhein-Westfalen wieder zum Flaggschiff in Deutschland und in Europa werden.

(Beifall bei der CDU)

Nur: Dazu muß man sehr solide arbeiten. Dann darf man sich nicht in Schlagzeilen erschöpfen,

- (B) (Brigitte Speth [SPD]: Und nicht solche Anträge wie Sie einbringen!)

sondern dann muß man den Menschen wirklich vermitteln, daß man ihnen dienen will, daß man ehrlich miteinander umgeht.

(Demonstrativer Beifall der Brigitte Speth [SPD] und des Ernst-Martin Walsken [SPD])

Zur Unehrllichkeit gerade im Untersuchungsausschuß habe ich eben etwas gesagt. Dazu muß man glaubwürdig sein, und man muß mit Steuergeldern sparsam umgehen.

(Brigitte Speth [SPD]: Spiegel!)

Auch da muß man Vorbild sein.

Meine Damen und Herren, dazu gehört, daß man zum Beispiel in der Wirtschaftsförderung solche Kontrollinstrumente hat, wie sie unter der Ägide Clement offensichtlich nicht vorhanden waren. Herr Hombach als sein Nachfolger hat erklärt, er sei dabei, so etwas einzurichten. Nunmehr steht Herr Steinbrück vor dieser Herkules-Aufgabe.

Die gegenwärtige Buchführung erinnert mich an einen Bonbonladen in meiner Heimatstadt, der

- (C) eine bessere Buchführung hatte als das, was man bei der Wirtschaftsförderung von Projekten im Wirtschaftsministerium vorfindet.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie es nicht glauben, dann schauen Sie in die Protokolle über die Vernehmungen des Verantwortlichen, der erklärt hat, daß zum Beispiel 800 000 DM freihändig ausgegeben worden sind, daß er Zettelchen geschrieben, aber kein Aktenstück dazu vorhanden ist. In welcher Republik leben wir eigentlich?!

(Beifall bei der CDU)

Und dann muß Politik transparent sein. Transparenz erschöpft sich, Herr Ministerpräsident, nun einmal nicht in teuren Glaspalästen. Transparenz muß man jeden Tag in der praktischen Politik neu beweisen.

Deshalb sind wir gut beraten, wenn wir im CDU-Konzept für die Zukunft Nordrhein-Westfalens ein paar Punkte mit Priorität versehen, die gerade in dieser Zeit, in der Arbeit das Hauptthema in Nordrhein-Westfalen ist, ganz besonders nach vorn gerückt werden müssen.

- (D) Da geht es zunächst um "Schule und Ausbildung zuerst". Da geht es um eine Unterrichtsgarantie, die wir als CDU geben möchten, indem wir nicht mehr zulassen, daß Unterricht in diesem Lande ausfällt.

(Beifall bei der CDU)

Man kann nicht sonntags von der Priorität Bildung sprechen und montags genau das Gegenteil tun, so wie Sie es mit diesem Haushalt des Landes getan haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden eine Qualitätsgarantie geben. Das heißt, die Abschlüsse in Nordrhein-Westfalen müssen absolut vergleichbar mit den übrigen in Deutschland sein - das ist der erste Schritt -, und sie müssen auf die Dauer besser sein. Wir wollen an die Spitze, wir wollen Nummer 1 werden. Und dafür muß man gerade in diesem Bereich etwas tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dazu gehört, daß Zukunftschancen junger Leute nicht verspielt werden und daß durch zentrale Abschlüsse - ich sage es mit aller Deutlichkeit - auch Gerechtigkeit gegenüber jungen Menschen

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) geübt wird, die an unterschiedlichen Schulformen ihre Examina ablegen.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehört, daß man Leistung nicht nur fördert, sondern auch fordert. Dazu gehört - da mögen die GRÜNEN besonders hinhören -, daß man auch von dem Grundsatz ausgeht, daß Leistung Freude machen kann, daß es Freude an der Leistung gibt; die gilt es den Kindern zu vermitteln.

(Beifall bei der CDU - Ewald Groth [GRÜNE]: Damit habe ich kein Problem!)

Da reicht es nicht, Herr Clement, wenn man Überschriften macht, daß man mit dem Zustand der Schulen nicht zufrieden ist. Dazu gehört mehr als die Überprüfung von 3 000 Abiturarbeiten. Dazu gehört der sogenannte Drittel-Erlaß, über den wir sprechen müssen. Dazu gehört die Erteilung von Zensuren ab dem dritten Schuljahr. Dazu gehören viele Dinge, die bewegt werden müssen. Es reicht nicht, wenn Sie nur Briefe an Frau Behler schreiben.

- (B) Zweiter Punkt: "Starker Standort Nordrhein-Westfalen"! Da geht es um Priorität für Verkehrserschließung, um beschleunigte Genehmigungsverfahren und den Kampf gegen die Bürokratie. Für Nordrhein-Westfalen muß gelten: Hier bekommst du deine Genehmigung am schnellsten. - Das ist mehr wert als manche Mark Investitionsförderung, die über den öffentlichen Kanal zugeteilt wird.

(Beifall bei der CDU)

Dann geht es drittens um "Vorrang für den Mittelstand", meine Damen und Herren. Dann geht es um Existenzgründungen. Dann geht es um eine Steuerreform, Herr Ministerpräsident, von der Sie zu Recht gesagt haben, sie schädigt den Mittelstand. Aber dann muß man verlangen, daß das in Bonn geändert wird.

Dann geht es darum, daß ein Beschäftigungspakt geschlossen wird. Wir haben - der Kollege Arentz im März 1996, ich selber zur gleichen Zeit - davon gesprochen, daß wir dieses Bündnis für Arbeit, diesen Beschäftigungspakt zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern brauchen. Sie haben damals gesagt: Wir machen Einzelabschlüsse. Sie wollten nichts davon wissen. Nun denken Sie offensichtlich darüber nach. Es dauert hier in Nordrhein-Westfalen leider immer ein bißchen lange. Es dauert bei dieser Landesregierung alles zu lange.

Bis wir einen Umweltpakt zusammenbekommen haben, hat es leider auch anderthalb Jahre gedauert. Meine Damen und Herren, man wird nicht Nummer 1, wenn man ständig Zeit braucht - Zeit, Zeit, Zeit! - und anderen hinterherhinkt.

(Beifall bei der CDU)

Zu unserem Programm gehört viertens, daß aus Nordrhein-Westfalen eine Nobelpreisschmiede werden muß, "Nobelpreisschmiede NRW"! Dazu müssen die Hochschulen in den Zustand versetzt werden, daß sie wettbewerbsfähig sind. Wir müssen in Nordrhein-Westfalen nicht nur die meisten Hochschulen haben - darauf sind wir stolz -, sondern wir müssen auch die qualitativ besten Hochschulen haben; das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehört ein klares Bekenntnis zur Leistungselite. Dazu gehört, daß man auch Studenten sich Hochschulen auswählen läßt, genauso wie sich Hochschulen Studenten auswählen können müssen. Wir müssen Wettbewerb in diese Systeme hineinbringen; ansonsten können wir nicht an die Spitze kommen.

Zu unserem Programm gehört fünftens, daß man mit dem Anspruch "Solide Finanzen" wirklich ernst macht. Meine Damen und Herren, der Pfad der Konsolidierung, der zu Beginn dieser Legislaturperiode vom Ministerpräsidenten angekündigt wurde, ist völlig verlassen worden. Ich gestehe gern zu, daß es Veränderungen in den Steuerschätzungen gegeben hat - wer erkennt die denn? -, aber Sie müßten dann zumindest in der Lage sein, ein neues Ziel anzuvisieren. Wenn es nicht 2000 mit nur noch einer Milliarde DM Nettoneuverschuldung geht, dann muß es eben 2003 oder 2005 sein. Aber setzen Sie sich doch Wegmarken, setzen Sie sich doch Ziele, wie es Stoiber in Bayern getan hat!

(Beifall bei der CDU)

Und dann gehört zu dem Programm sechstens, daß man zu einem "Starken Staat" steht, der mehr Aufklärung bewirkt als bisher, der eine motiviertere Polizei hat als bisher, wo wir gegen Entkriminalisierung von Bagatelldelikten stehen, wo wir keine Toleranz gegenüber Straftaten walten lassen wollen und wo für alle gilt: Die Ehrlichen dürfen in diesem Staat nicht die Dummen sein!

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) Meine Damen und Herren, siebte: "Schlankere Verwaltung" - mehrmals angekungen. Problemnah und bürgernah muß entschieden werden. Dazu müssen Aufgaben nach unten an die Kommunen gegeben werden. Dazu aber muß das Geld mitgeliefert werden. Was Sie jedoch auch in diesem Haushalt wieder tun, ist genau das Gegenteil! Sie sprechen manchmal zwar genau die gleichen Grundsätze aus wie ich. Aber warum befrachten - wie es man technisch nennt - Sie dann das Gemeindefinanzierungsgesetz mit 325 Millionen DM, warum nehmen Sie diesen Betrag aus dem Haushalt heraus, warum nehmen Sie den Kommunen diese Summe weg mit der Folge, daß die Kommunen mit eigenem Geld, das ihnen bisher für eigene Maßnahmen zur Verfügung stand, nunmehr für die ausländischen Flüchtlinge zahlen müssen? Meine Damen und Herren, so geht es nicht! Sie müssen schon montags zu dem stehen, was sie sonntags verkündet haben!

(Beifall bei der CDU)

- (B) Und dann ist es für uns als einem Land mit so vielen ausländischen Mitbürgern wichtig, daß wir achte: ein Programm "Mehr Integration - weniger Zuwanderung" realisieren. Es kann nicht angehen, daß wir in diesem Land so wenig Sprachkurse anbieten, daß im Kindergarten für solche Problemgruppen nicht genügend Zeit zur Verfügung steht - das haben wir gerade gestern im Zusammenhang mit dem Kindergartengesetz vorgetragen -, es kann nicht angehen, daß die Städteplanung bei uns Gettoisierung zuläßt. Das sind unsere Beiträge, die wir für Integration leisten müssen - genauso, wie wir Integrationsbeiträge von denen erwarten, die zu uns kommen.

Und zu "weniger Zuwanderung" gehört natürlich eine schnellere Abschiebung. Dazu gehören raschere Verfahren. Dazu gehört auf Dauer auch mehr Hilfe in den Herkunftsländern der Flüchtlingsströme, damit die Menschen dort eine Perspektive finden und nicht glauben, sie müßten alle nach Deutschland kommen. Wir müssen arbeiten an diesem Ziel einer integrativen Gesellschaft für Nordrhein-Westfalen!

(Beifall bei der CDU)

Und dann, so denke ich mir, muß neunte: der "Schutz von Ehe und Familie" zu diesem Programm gehören. Zu Recht haben die katholischen Bischöfe dieser Tage vor der Familienvergessenheit gewarnt, die in diese Gesellschaft eingezo-

- (C) gen ist. Ich glaube, daß wir gerade durch Schutz von Ehe und Familie, durch das Möglichmachen von wertorientierter Erziehung uns selber jeden Gefallen tun, weil wir damit Prophylaxe, weil wir damit Vorbeugung, Vorsorge gegenüber Kriminalitätsentwicklungen gewährleisten.

Dazu gehört natürlich auch, daß man über Änderungen beim Wohngeld spricht. Dazu gehört doch, daß Herr Vesper völlig recht hat, wenn er sagt: Wir müssen so etwas machen. Sie haben es gefordert, als in Bonn noch die alte Regierung im Amt war. Da konnten Sie schön fordern. Ja wo ist denn jetzt die Verankerung im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen? Wo ist denn diese Priorität? Ich erkläre ganz deutlich: Wenn Sie einen Nachtragshaushalt einbringen, weil sich der Bund endlich dazu bekannt hat, so etwas zu machen, werden Sie die CDU an Ihrer Seite finden, da ich glaube, daß wir gerade den Ärmsten der Armen in diesem Bereich helfen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Dann gehört dazu, daß wir den Familieneigenheimbau subventionieren und erst in zweiter Linie autofreies Wohnen mit 150 Millionen DM forcieren, Herr Minister.

(Beifall bei der CDU)

- (D) Dann müssen wir zehnte: über den "Wettbewerb der Länder" sprechen. Was die Landesregierung hier zum Länderfinanzausgleich vorgetragen hat, ist absolut unbefriedigend. Es entspricht nicht den Interessen Nordrhein-Westfalens, sich weiterhin an einer Klage zum Länderfinanzausgleich vorbeizudrücken. Meine Damen und Herren, Bayern, Baden-Württemberg und jetzt auch Hessen - SPD-regiert - klagen. Wir haben nun zweieinhalb Jahre immer wieder gehört, es müßten Gespräche geführt werden. - Sie kommen damit nicht weiter, wenn Sie nicht auch mit der Keule: "Wir klagen vor dem Bundesverfassungsgericht!" drohen. Ich erwarte von Ihnen als den gewählten Vertretern in der Regierung, daß Sie die Interessen Nordrhein-Westfalens ernst nehmen und zu dieser Klage kommen!

(Beifall bei der CDU)

Ich erwarte von Ihnen, daß Sie auch auf dem Feld der Mischfinanzierung das tun, was wir immer wieder gefordert haben, daß sich nämlich der Bund von bestimmten Bereichen, die er bisher in Mischfinanzierung verwaltet - z. B. den Hochschulbau und den Wohnungsbau -, trennt und

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) daß auch wir, die Länder, versuchen, Dinge nach unten zu geben und die Finanzen mitzuliefern. Ich weiß, daß es da große Unterschiede zwischen großen und kleinen Ländern und auch in der Anschauung gibt. Das gibt es bei der SPD, und das gibt es auch bei der CDU genauso wie bei der CSU. Aber ich glaube, daß wir diesen Schritt gehen müssen, wenn wir unseren Staat wettbewerbsfähiger machen wollen, wenn wir schneller werden wollen, entscheidungsfreudiger werden wollen, wenn wir näher an den Problemen der Menschen sein wollen.

Dieses 10-Punkte-Ziel-Programm für Nordrhein-Westfalen deckt sicherlich nicht alles ab. Aber wir müssen Prioritäten setzen, um schnell zukunftsfähig zu werden. Wir müssen umsteuern, um Nordrhein-Westfalen endlich auf die Gewinnerstraße zu bringen. Und wir müssen in die Chancen unserer Kinder investieren, um ihre und auch unsere Zukunft zu sichern. Denn dazu gehört z. B. der Generationenvertrag, über den hinlänglich gesprochen ist; dazu gehört die Gemeinsamkeit der Generationen, denn wir wollen ein kinder-, ein familien- und auch ein altenfreundliches Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Meine Damen und Herren, wir stellen uns dem Wettbewerb der Ideen. Wir glauben, daß wir die besseren Konzepte haben als diese Landesregierung, die offensichtlich auch unter dem neuen Ministerpräsidenten weiterwurstelt wie bisher.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, daß unsere Devise lauten muß: Nordrhein-Westfalen zuerst! Für Nordrhein-Westfalen haben wir alles zu geben, was in unseren Kräften steht. Nur so werden wir Nummer 1 in Deutschland und in Europa.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile das Wort Herrn Prof. Dr. Dammeyer für die Fraktion der SPD.

Dr. Manfred Dammeyer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dies ist tatsächlich der Haushalt in einem Jahr des Wechsels von vielen Persönlichkeiten. Wir konnten erleben, wie Ministerpräsident Johannes Rau

- nach vielen erfolgreichen Jahren als Ministerpräsident unseres Landes von seinem Amt zurückgetreten ist. Wir sind ihm für seine Arbeit, die er für dieses Land geleistet hat, sehr dankbar. (C)

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir wünschen ihm für die Zukunft und seine weitere Arbeit alles Gute, insonderheit in seinem Amt als Bundespräsident für die Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Gerd Mai [GRÜNE] - Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben erlebt, daß Ministerpräsident Wolfgang Clement mit einer ganzen Reihe neuer Initiativen für das Land öffentlich aufgetreten ist. Wir haben erlebt, wir er dafür in der Bevölkerung Zustimmung erhalten hat.

(Beifall bei der SPD)

Gerade angesichts der Rede, die der Oppositionsführer hier gehalten hat, kann man feststellen: Das, was diese Landesregierung und wir hier tun, hat ganz offensichtlich die Zustimmung der Bevölkerung, und Sie sind in den Prozentzahlen, die Sie bislang in Wahlen erreicht haben, eingemauert und bleiben es auch. (D)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben eine neue Bundesregierung und setzen auf die gute Zusammenarbeit. Diese Bundesregierung hat ihre Arbeit gerade erst begonnen. Deshalb werden wir ihr auch die Chance einräumen, weitere Erfolge öffentlich mit uns gemeinsam zu erarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Klaus Matthiesen ist von seinem Amt zurückgetreten, weil er sich noch so viel vorgenommen hatte. Nach wie vor stehen wir unter dem Schock, den sein Tod ausgelöst hat. Wir sehen aber, daß das, was er für unser Land in Gang gesetzt hat, Kontinuität hat. Wir stehen in der ganz selbstverständlichen Kontinuität, die Klaus Matthiesen für die Sozialdemokratie und die sozialdemokratische Fraktion hier öffentlich formuliert hat.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir befinden uns heute in der dritten Lesung des Haushaltsplanent-

(Dr. Manfred Dammeyer (SPD))

- (A) wurfes für das Jahr 1999. Spannend ist in dem Zusammenhang, wie Herr Linssen, der Herr Oppositionsführer, aufgetreten ist und wie das im Zusammenhang mit all dem steht, was seine Partei und seine Fraktion anlässlich der realen Haushaltsplanberatungen vorgetragen haben: Noch in der zweiten Lesung haben Sie zusätzliche Forderungen in Höhe von 1,3 Milliarden DM gestellt, ohne einen Deckungsvorschlag für auch nur eine einzige Mark anzubieten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Linssen, eben haben Sie sich wieder hier hingestellt und alles mögliche, was in diesem Land passieren sollte, eingefordert, ohne auch nur andeutungsweise Ihrer Pflicht nachzukommen, wenigstens den Schimmer eines Deckungsvorschlages oder einer Lösungsmöglichkeit zu formulieren. Alles, was Sie wirklich können, ist: Anklagen! Vorwürfe erheben! Hämisches formulieren! - Damit hat sich's. Ende! Schluß! Hängen im Schacht!

(Beifall bei der SPD)

- (B) Sie unterziehen sich nicht einmal der Mühe, Deckungsvorschläge zu formulieren. Würde man Sie im Rahmen von Haushaltsplanberatungen ernst nehmen, so nähmen Sie damit eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme in Kauf im Gegensatz zu Ihrer Rede insofern, als Sie von der Landesregierung verlangen, Sie solle die Nettokreditaufnahme senken. Das ist Ihre Art der rhetorischen Spagatrederei, von der man nichts, aber auch wirklich gar nichts halten darf.

(Beifall bei der SPD)

Das ist finanzpolitisch unseriös, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme, die Sie faktisch insinuierten, einen glatten Bruch der Verfassung darstellen würde.

Dazu kommen Mehrforderungen in Höhe von 1 400 Stellen bei den realen Haushaltsplanberatungen; und hier und heute reden Sie schnell noch einmal von 2 000 Stellen. Meine Damen und Herren, auch das ist so irre aberwitzig, weil Sie gleichzeitig der Landesregierung immer noch vorwerfen, sie sei beim Stellenabbau viel zu langsam.

Verehrter Herr Oppositionsführer, das paßt vorne und hinten nicht zusammen. Damit wollen Sie lediglich von der Tatsache ablenken, daß wir den

- (C) Landeshaushalt 1999 unter katastrophalen finanzpolitischen Bedingungen aufstellen mußten, für die die Bundesregierung, die von Ihnen verantwortet war, die Rahmenbedingungen gesetzt hatte. Das alles tun Sie vor dem Hintergrund, daß Sie eigentlich eine Rede gehalten haben, die zwar möglicherweise für Ihre innerparteilichen Auseinandersetzungen eine Qualität besitzen könnte, aber nichts, aber auch gar nichts mit den Zukunftsmöglichkeiten unseres Landes zu tun hat.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir stehen an der Seite von Ministerpräsident Wolfgang Clement und werden seine Politik zur Modernisierung Nordrhein-Westfalens tatkräftig unterstützen. Davon dürfen Sie und die Öffentlichkeit ausgehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen an der Seite von Bundeskanzler Gerhard Schröder und werden die Bundesregierung entsprechend unseren Möglichkeiten hier in Nordrhein-Westfalen genauso tatkräftig unterstützen. Sie können auch davon ausgehen, daß Nordrhein-Westfalen und der Bund kooperativ zusammenarbeiten werden. Die neue Bundesregierung wird nordrhein-westfälische Landesinteressen jedenfalls deutlich besser beachten, als das die abgewählte Bundesregierung getan hat.

(D)

Wir stehen zur industriellen Zukunft unseres Landes. Die wollen wir gewährleistet und gesichert sehen. Wir werden daran alle Maßnahmen messen, die andere treffen. Wir werden das alles leisten. Meine Damen und Herren, ganz offensichtlich können wir uns nicht darauf verlassen, daß sich die CDU daran konstruktiv und wirklich zukunftsweisend beteiligen wird. Deshalb werden wir das auch alleine machen.

Meine Damen und Herren, Sie konnten hier insbesondere erleben, daß der Oppositionsführer Attacken gegen den Ministerpräsidenten geritten ist. Das ist Ausweis dafür, daß er in der Opposition festgefahren ist. Das ist im Bund so; das ist im Land und den meisten Gemeinden so. Das wird auch so bleiben. Würde man in seinen Stiefeln stecken, würde man vielleicht ebenfalls versuchen, so etwas wie verbale Befreiungsschläge zu unternehmen, kommt man schon in der Sache nicht weiter.

Verehrter Herr Oppositionsführer, dennoch sollten Sie versuchen, ein paar Punkte mit etwas größerer Seriosität anzugehen. Sehen Sie eigent-

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

- (A) lich schon einmal in den Spiegel, bevor Sie sich Ihre Argumente morgens aufschreiben lassen?

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Reden Sie eigentlich immer so, wie Sie hier etwa über den Untersuchungsausschuß geredet haben? Respektieren Sie nicht einmal andeutungsweise, daß es Dinge gibt, die erst einmal untersucht werden müssen, bevor man Urteile fällt?

(Beifall bei der SPD - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das ist alles öffentlich.)

Sie behaupten, das sei alles klar. Herr Oppositionsführer, wenn dem so wäre, wäre es dann nicht folgerichtig, wenn der Untersuchungsausschuß seine Arbeit einstellte?

Verehrter Herr Oppositionsführer, Sie verwenden hier Formulierungen und urteilen über Dinge, die in vertraulichen und nichtöffentlichen Sitzungen des Untersuchungsausschusses erörtert worden sind. Das ist nicht nur eine Frage parlamentarisch guten Stils, sondern eine Frage danach, wie und in welchem Umfang man Häme vermeidet und nicht auch noch mit entsprechenden Verben um sich wirft.

- (B) Ich glaube schon, daß Sie nicht nur zu erkennen gegeben haben, daß Ihre Rede nur innerparteilicher Wahlkampf war, ---

(Zurufe von der CDU)

- Aber sicher. Wer mag Ihnen denn nach einer solchen Rede Ihr Lob auf Johannes Rau noch glauben?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wer mag Ihnen glauben, daß Sie überlegen, was Sie hier sagen wollen? Sie haben von unserem Land eindeutig ein Zerrbild zeichnen wollen und haben es auch gezeichnet.

Sie fordern, daß Nordrhein-Westfalen die Nummer eins unter den deutschen Ländern sein solle und Nummer eins unter den Regionen Europas. Nordrhein-Westfalen ist Nummer eins,

(Beifall bei der SPD)

insbesondere, was den Strukturwandel betrifft. Wir sind das auch im Medienbereich. Wie Sie mit Nordrhein-Westfalen umgehen, zeigt, daß Sie Ihre Möbelwagen-Gesinnung früherer Wahlkämpfe immer noch nicht überwunden haben.

(Beifall bei der SPD)

(C) Bei der inflationären Aufzählung des Namens des Landes Bayern können Sie sich offensichtlich überhaupt nicht vorstellen, daß in unserem Lande zukunftssträchtige Entwicklungen stattfinden. Sie wollen sie offensichtlich im Geheimen oder auch offen ausgesprochen in anderen Ländern. Sie sehnen sich - so scheint es - geradezu danach. Wir dagegen wollen unser Land entwickeln. Wir wollen die Spitzenstellung Nordrhein-Westfalens, und wir wollen sie bewahren. Wir haben es erreicht: Nordrhein-Westfalen gehört nicht nur an die Spitze der deutschen Länder und die Spitze Europas, sondern es ist schon dort.

Man sieht geradezu Ihre trüben Pupillen, wenn Sie von Nordrhein-Westfalen reden, und Ihre blanken Augen, wenn Sie das Wort "Bayern" aussprechen dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Dabei haben Sie doch erlebt, daß der Ministerpräsident Bayerns hierhergekommen ist, um zu sehen, welchen Strukturwandel wir hier betreiben und welche Perspektiven es hier gibt.

(Heiterkeit bei der CDU)

Er hat doch offen erklärt - Ihnen doch auch -, daß er hierhergekommen sei, um Selbstbewußtsein zu lernen.

(D)

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Ja, ja! - Weitere Zurufe von der CDU - Loke Mernizka [SPD]: Für die hat der doch keine Zeit gehabt!)

Das hat er auch nötig! Selbstbewußtsein lernt man in Nordrhein-Westfalen, wo sonst?

(Beifall bei der SPD)

Denn wir haben nicht nur allen Grund, stolz auf das Erreichte zu sein, sondern auch allen Grund zu beschreiben, welche Schwierigkeiten wir dabei zu überwinden hatten. Wenn es nach Ihnen ginge, hätte ich fast das Gefühl, daß man Deutschland langsam mit "ay" oder mit "oi" schreiben müßte.

(Beifall bei der SPD - Brigitte Speth [SPD]: Das verstehen die aber nicht, das muß man erklären! - Zurufe von der CDU)

1999 werden wir gegenüber den ursprünglichen Planungen beim Start in die laufende Legislaturperiode 9,5 Milliarden DM weniger Steuern einnehmen. Für den Zeitraum von 1996 bis 1998

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

- (A) summieren sich allein diese Einbußen auf insgesamt 25 Milliarden DM. Diese Zahlen machen deutlich, vor welchen Herausforderungen wir stehen und in welchem Dilemma wir stecken.

Herr Linssen machte ja auch so eine zarte Andeutung, daß das Land nicht die Verantwortung dafür trage, daß die Steuerschätzungen ständig zurückgingen. Nein, nicht das Land trägt dafür die Verantwortung, sondern der Bund ist dafür verantwortlich, daß dem Land Steuern entzogen werden.

Wir haben eine Entkopplung der Zuwachsraten bei den Steuereinnahmen von den Zuwachsraten des wirtschaftlichen Wachstums hinzunehmen. Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer ist seit 1992 kontinuierlich rückläufig. Von ursprünglich 40 Milliarden DM ist das Aufkommen auf 5 Milliarden DM zurückgegangen. Die Einkommensteuer ist praktisch liquidiert.

- (B) Dafür ist die frühere Bundesregierung verantwortlich. Denn mit diesen miserablen oder nicht vorhandenen Steuereinnahmen muß natürlich auch das Land zurechtkommen. Die Wohlhabenden in unserem Land können die Abschreibungsmöglichkeiten, die ihnen planvoll eingeräumt worden sind, auch nutzen, während die normalverdienenden Arbeitnehmer der Besteuerung nicht ausweichen können. Das haben Sie so gewollt. Sie haben doch diese Verteilung organisiert, und Sie haben diese Verteilung zu Lasten der Länder organisiert. Sie haben gewissermaßen unserem Land das Geld genommen, damit andere Abschreibungsmodelle nutzen können.

(Beifall bei der SPD)

Dieser strukturelle Bruch kann durch die neue Bundesregierung unter Kanzler Schröder nicht schon im nächsten oder übernächsten Jahr ins Gegenteil verkehrt werden. Die Probleme und Herausforderungen werden deshalb größer, die landespolitischen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten werden geringer, wenn wir nicht überall, wo wir es können, entschlossen gegensteuern. Die Haushaltskonsolidierung, die das Land Nordrhein-Westfalen begonnen hat und die deutlich bessere Erfolge zeigt als die anderer Länder, muß trotz schwieriger werdender Rahmenbedingungen eindeutig fortgesetzt werden. Wir sind mit unserem Finanzminister einer Meinung; er kann sich auch weiterhin der Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion sicher sein.

- (C) Als die Landesregierung den Landeshaushalt für 1999 vorlegte, hat die Landesregierung die Konsequenzen aus der von der alten Bundesregierung unter Kanzler Kohl verursachten Krise der Staatsfinanzen gezogen. Denn die Finanzplanung mußte neu justiert werden, und die zwingenden Entscheidungen zur Sicherung des Haushalts mußten getroffen werden. Deshalb war ein Haushaltssicherungsgesetz nötig, mit Einschnitten in Leistungsgesetze, die in der Hoheit des Landes liegen.

Aktuell fehlt dem Land fast 1 Milliarde DM. Diese Lücke kann und darf nicht durch zusätzliche Kredite geschlossen werden, auch wenn es uns der Oppositionsführer insinuiert, weil wir uns damit Zukunftspfade versperren würden. Konsequenterweise werden deshalb Ausgabepositionen gekürzt, deren Dynamik die Handlungsfähigkeit der Landespolitik so einschränken würde, wie wir das nicht hinnehmen können.

Dazu gehören auch Sparmaßnahmen im Personalbereich. Bei dem hohen Personalkostenanteil an den Ausgaben des Landes lassen sich Kürzungen nicht umgehen. Wir bitten die Beschäftigten des Landes ausdrücklich um Verständnis. Wir stützen die Absicht der Landesregierung, mit ihrem Haushaltssicherungsgesetz in den entscheidenden Teilen dafür zu sorgen, daß wir die aus den Haushaltsverhältnissen resultierenden Schwierigkeiten nicht verlängern.

(D)

Auch den Städten und Gemeinden wird ein Sparbeitrag in Höhe von 325 Millionen DM abverlangt. Wenn alle sparen müssen, werden auch diese nicht daran vorbeikommen können. Wir nennen diesen Eingriff unumwunden eine finanzielle Belastung. Herr Oppositionsführer, das ist so. Aber das ist eine Belastung, die im Durchschnitt der Jahre bis 1995 immerhin dem negativen Finanzierungssaldo des Landes gegenübergestellt werden muß, der immerhin doppelt so groß wie der kommunale Saldo war.

In den Jahren 1996 und 1997 hat sich die Schere weiter dramatisch geöffnet. Die Unterdeckung betrug beim Land 1997 10 Milliarden, bei den Kommunen 1 Milliarde DM. Herr Oppositionsführer, wenn Sie also Krokodilstränen für die Kommunen vergießen, hätten Sie auch die Haushaltsituation des Landes berücksichtigen müssen!

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

- (A) Wir stehen in einer schwierigen Situation für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen und tun das, was uns jetzt möglich ist. Deshalb haben wir auch in Abstimmung mit der Landesregierung beschlossen, die Abrechnung aus der Absenkung der Annuitäten zum Fonds Deutsche Einheit im Jahre 1998 in Höhe von 120 Millionen DM den Kommunen bereits 1999 zukommen zu lassen.

Das ist eine Veränderung gegenüber dem Haushaltsansatz. Von den 120 Millionen werden 80 Millionen DM zur Erhöhung der Investitionszulage verwandt. Arbeitsplatzverluste in den Montanregionen sollen mit zusätzlichen 10 Millionen DM abgedeckt werden, und ebenfalls 10 Millionen DM werden zusätzlich für die Kurorte bereitgestellt. Die Landeszuweisungen für die Stadterneuerung werden um 20 Millionen DM aufgestockt. Kein Wort davon in der Rede des Oppositionsführers! Da wird nur die Lage schlechtgemalt, und die Verhältnisse, unter denen wir uns darum bemühen, den Kommunen ihre schwierige Situation zu erleichtern, werden schlicht übersehen!

(Beifall bei der SPD)

- (B) Meine Damen und Herren, es ist doch wahr, daß die falsche Steuerpolitik der alten Bundesregierung nicht nur von den Ländern, sondern auch von den Kommunen ausgebadet werden muß und daß wir das auch mit berücksichtigen müssen.

Immerhin haben wir in den letzten zwei Jahren für die Kommunen als Gemeinschaftsleistung der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen einiges zustande gebracht: Da ist nicht nur die Selbstbindung des Landtags zu erwähnen, daß wir keine neuen Aufgaben mehr an die Kommunen übertragen, wenn wir nicht auch für die volle Finanzierung sorgen.

(Albert Leifert [CDU]: Keinen Pfifferling wert!)

Wir haben auch mit dem Kommunalisierungsmodell einen Einstieg in mehr Selbständigkeit für die Entscheidungen auf der kommunalen Ebene ermöglicht. Das ist etwas, was die Spielräume der Gemeinden jedenfalls nicht weiter einschränkt, sondern - ganz im Gegenteil! - ihre Handlungsmöglichkeiten sichert. Diesen Weg der Ausweitung kommunaler Zuständigkeit und der Verbesserung der kommunalen Entscheidungsmöglich-

keiten werden wir auch ganz konsequent fortsetzen. (C)

In diesem Zusammenhang wird wohl auch generell weiter über die Entmischung kommunaler und staatlicher Aufgaben zu reden sein. Die Kommunen sollen in eigener Verantwortung die Aufgaben erfüllen, für die sie nach dem Grundgesetz oder anderen Gesetzen zuständig sind oder die sie unter Beachtung des Grundsatzes der Subsidiarität auch besser erfüllen können als das Land.

(Albert Leifert [CDU]: Aber gebt ihnen auch das Geld dafür!)

Wir treten dafür ein, daß auf der Ebene der Europäischen Union vertragsgemäß das Subsidiaritätsprinzip beachtet wird, das jedenfalls die Handlungsmöglichkeiten der europäischen Ebene in allen Politikfeldern, die nicht ausschließlich auf europäischer Ebene geregelt werden müssen, beschränkt.

Die deutschen Länder haben dafür der europäischen Öffentlichkeit einen Kompetenzkatalog vorgeschlagen. Wir wollen damit eine klare Trennung der realen Zuständigkeiten der europäischen Ebene, der Mitgliedstaaten und der Regionen, und wir reklamieren viele Zuständigkeiten dabei für uns. (D)

Wir verlangen im Verhältnis von Bund und Ländern die Restituierung der föderativen Befugnisse und Handlungsmöglichkeiten der Länder. Das ist mehr als nur Finanzausgleich, Herr Oppositionsführer! Politikverflechtung, Mischzuständigkeiten sollen aufgegeben werden. Eine Reform des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern und zwischen den Ländern soll dafür die materielle Grundlage bilden - aber das ist nur die materielle Grundlage, freilich eine, die schon die wichtigsten Elemente enthält, welche Aufgaben denn auch auf der jeweils anderen Ebene erfüllt werden können.

Wir stehen dabei zur Solidarität als dem notwendigen Attribut von Subsidiarität und Föderalismus. Das ist nicht ein Anhängsel! Wir wollen nicht die Kleineren und/oder Schwächeren von einem Wettbewerbsföderalismus niederwalzen lassen, von dem gegenwärtig auch die Rede ist.

Deshalb beteiligt sich das Land Nordrhein-Westfalen auch nicht an der Klage, wie Sie es so heftig einfordern, weil ein großer Teil davon - eigentlich alle Punkte, die Bayern und Baden-Württemberg jetzt dem Bundesverfassungsgericht vorge-

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

- (A) legt haben - schon in jeweils einzelnen Verfahren verfassungsgerichtlich beraten und entschieden worden ist. Deshalb kommt es darauf an, eine vernünftige Regelung zu treffen.

Es ist schon bezeichnend, daß das Land Bayern nach 39 Jahren heftiger Entgegennahme von Subventionen, die auch von unserem Land bezahlt worden sind, jetzt, nachdem es gerade einmal zwei Jahre selber zahlt, gleich seine Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt sieht, statt sich an Solidarität erinnert zu fühlen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, weil diese Prinzipien generell gelten, sind gemischte Zuständigkeiten auch im Verhältnis des Landes zu den Kommunen sicherlich nicht zweckmäßig; denn sie vermischen die Verantwortung für die Aufgabenerfüllung. Aber gerade eine Entmischung kommunaler und staatlicher Aufgaben ist eines der Ziele einer grundlegenden Verwaltungsstrukturreform. Das ist der Beitrag zur Modernisierung. Der Geist Montgelas' jedenfalls muß nicht auch nordrhein-westfälische Politik bestimmen: immer Unabhängigkeit von anderen verlangen, aber sie denjenigen, die von uns abhängig sind, nicht gewähren.

- (B) Ein Beispiel für solch eine sinnvolle Entmischung kommunaler und staatlicher Aufgaben ist in den letzten Wochen ganz gut zu erkennen gewesen. Sie haben gesehen: Die Pflicht, Kindertagesstätten zu errichten und zu betreiben, liegt nach Bundesgesetz in der Folge der §-218-Gesetzgebung bei den Kommunen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich in ganz besonders intensiver Weise an der Entwicklung der Kindertagesstätten beteiligt und erhebliche Mittel aufgewandt, mehr und umfangreicher als alle anderen Länder. Und es hat sich bereit erklärt, die Kommunen bei der Erfüllung dieser Aufgabe finanziell zu unterstützen.

Wir haben dann auch das Recht in Anspruch genommen, Standards für die hohe Qualität der Kindertagesstätten im Interesse unserer Kinder zu gewährleisten und deshalb auch vorzuschreiben. Aber die öffentlich geführte Debatte hat gezeigt, daß die meisten Eltern, aber auch die Erzieherinnen und Erzieher dem Land die alleinige Verantwortung für diese Kindertagesstätten zuweisen. Vielleicht haben wir in der Vergangenheit diesem falschen Eindruck Vorschub geleistet - der Oppo-

sitionsführer mit seiner Rede gestern hier im Landtag flammenfrisch auf jeden Fall! (C)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Tatsache ist aber, daß die Kommunen die Aufgabe haben, eine ausreichende Zahl von Kindergartenplätzen anzubieten. Selbstverständlich müssen wir als Land den Kommunen ausreichende finanzielle Mittel für die Wahrnehmung dieser Aufgaben zukommen lassen. Dieser Verantwortung dürfen und wollen wir uns nicht entziehen. Aber ich denke schon, daß eine Diskussion darüber fällig ist, ob und in welchem Umfang das Land die Verantwortung für diese Entwicklung weiterhin trägt und ob nicht besser die Kommunen die Träger der Verantwortung für diesen Bereich sein sollen.

Meine Damen und Herren! Arbeits- und Ausbildungsplätze sind 1999 weiterhin Schwerpunkt der Landespolitik, weil das die wichtigsten Bereiche sind. Alle haben erklärt, daß daran die Leistungsfähigkeit unserer Regierung zu messen ist. Das ist auch wahr! Wir halten daran fest, weil wir in den nächsten Monaten mit aller Deutlichkeit spüren werden, welche Konsequenzen sich aus der Krise in Südostasien und Rußland für das exportorientierte Land Nordrhein-Westfalen ergeben. Deshalb werden wir die Anstrengungen zur Sicherung des Industrie- und Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen fortsetzen.

Wir wissen aber auch, daß zwei Drittel der statistischen Außenhandelsbeziehungen in Wahrheit innereuropäischer Handel sind. (D)

In der globalen Wirtschaft sind unsere unmittelbaren Nachbarn besonders wichtig. Der Handel mit den Niederlanden etwa ist exakt so groß wie der mit Japan. Die Beziehungen zu dem global am weitesten entfernten Dorf sind so bedeutungsvoll wie die mit dem nächsten.

Unsere Wirtschaftsbeziehungen zu dem uns benachbarten Teil der blauen Banane, der industriell bestimmte Teile der Niederlande, Flanderns, Walloniens und Nordfrankreichs beschreibt, sind so eng und so zukunftssträchtig, daß wir einen Fehler machen würden, wenn wir sie nicht planvoll gemeinsam entwickeln würden. Deshalb werden wir mit diesen europäischen Regionen gemeinsam handeln. Vieles davon ist längst auf dem Weg, einiges seit Jahren vertraglich angelegt.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

- (A) Meine Damen und Herren, wir setzen die Gründungs-offensive fort. Auch das ist Teil unseres Haushalts. Das ist Teil unserer selbstverständlichen Politik. Für die regionale Wirtschaftsförderung stehen rund 211 Millionen DM zur Verfügung. Für die berufliche Aus- und Weiterbildung sind es 127 Millionen DM. Für das Technologieprogramm Wirtschaft sind es 127 Millionen DM. Für die Nordrhein-Westfalen-EU-Gemeinschaftsprogramme sind es 492 Millionen DM. Für die Förderung rationeller Energietechnik sind es 48 Millionen DM.

Wir stützen die neuen Initiativen der Bundesregierung. Wir wollen uns an ihnen beteiligen, ja mehr noch, wir verlangen ausdrücklich, an allen Erprobungen beteiligt zu werden.

Einen deutlichen Schwerpunkt setzen wir bei der Stärkung von Wissenschaft und Forschung. Das Innovationsprogramm Forschung, bei dem den Hochschulen gezielt Mittel für innovative Projekte zur Verfügung gestellt werden, kann ebenso wie im Vorjahr mit einem Ansatz von rund 34 Millionen DM uneingeschränkt weitergeführt werden.

- (B) Wir halten am Ausbildungskonsens in Nordrhein-Westfalen fest. Er hat sich bewährt. Im Ländervergleich war er äußerst erfolgreich. Er hat erheblich zur Mobilisierung von Lehrstellen beigetragen. Die Zahl der in Nordrhein-Westfalen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge lag zum 30. September 1998 um 4,3% über dem Vorjahr. Im Ländervergleich hatte Nordrhein-Westfalen mit plus 4826 Verträgen die höchste absolute Steigerung, Herr Oppositionsführer. Dieses Ergebnis ist Folge der Bemühungen von Ministerpräsident Clement, der sich wochenlang abgerackert hat

(Beifall bei der SPD)

und sich nicht zu schade war, bei den Betrieben persönlich anzuklopfen. Im kommenden Jahr werden wir für den Ausbildungskonsens 34 Millionen DM und rund 13 Millionen DM mehr als im Vorjahr zur Verfügung stellen.

Bei den Arbeitsmarktprogrammen unseres Landes geht es uns vor allem darum, Arbeit zu finanzieren und nicht die Arbeitslosigkeit zu bezahlen. Deshalb ist uns das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" so wichtig. Herr Linssen, es war schon bemerkenswert, mit welcher Häme Sie darüber geredet haben, daß wir sichergestellt haben, daß dieses Programm unverändert fortgesetzt werden kann. Daß Sie Details zusammentragen,

als ob dabei Einschnitte zu befürchten wären, ist schon ganz eigentümlich. Offensichtlich wollen Sie gar nicht, daß dieses Programm Erfolg hat. Wir aber legen Wert darauf, daß dieses Programm durchgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir legen deshalb auch so großen Wert darauf, weil wir wissen, wie bedeutungsvoll es ist, daß Menschen aus der Sozialhilfe wieder in die Arbeit kommen. Aus diesem Grunde haben wir auch die Entschließung vorgelegt. Wir möchten gerne wissen, verehrter Herr Oppositionsführer, wie sich Ihre Kollegen zu dieser Resolution verhalten werden.

(Beifall bei der SPD)

Hohe Jugendarbeitslosigkeit ist ein besonders bedrückendes Ergebnis der verfehlten Politik der abgewählten Bundesregierung. Wir wollen deshalb hier einen weiteren Schwerpunkt setzen, weil wir Jugendarbeitslosigkeit mit ihren negativen Folgen für die künftige Entwicklung junger Menschen nicht tatenlos hinnehmen wollen.

Mit der Initiative "Jugend in Arbeit" sollen mit Gesamtkosten von 122 Millionen DM bis Ende des Jahres 2000 junge Arbeitslose eine auf ein Jahr orientierte Anstellung in einem Betrieb bekommen, der einen Einstieg in das Berufsleben ermöglicht. Das Land wird von den Gesamtkosten rund 82 Millionen DM übernehmen.

Wir begrüßen ausdrücklich die Pläne der Bundesregierung, das Programm "100 000 Jugendliche in Arbeit" aufzulegen. Wir rechnen davon mit 375 Millionen DM, die uns hier in Nordrhein-Westfalen für Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung stehen werden. Dieses Programm ist ein außerordentlich wichtiger Schritt und zeigt, daß Gerhard Schröder und die SPD die gegebenen Wahlversprechen einlösen, und zwar umgehend.

Meine Damen und Herren, die Jugend ist uns besonders wichtig. Neben Ausbildungskonsens und "Jugend in Arbeit" wollen wir mit der Initiative "Zukunft für die Jugend" Jugendlichen den Übergang von der Ausbildung in den Beruf und damit in das Beschäftigungssystem erleichtern. Wir setzen damit in diesem Haushalt die ersten Schwerpunkte. Der Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf ist für junge Menschen der entscheidende Schritt in ein eigenverantwortliches Berufs- und Arbeitsleben.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

- (A) Hinsichtlich des Bildungsbereichs nehmen wir die OECD-Studie ernst, die mahnt, daß wir mehr Ingenieure und mehr Hochschulabsolventen brauchen und deshalb in unseren Anstrengungen nicht nachlassen dürfen, die Hochschulen offen zu lassen und so zu entwickeln, daß diese Ziele auch erreicht werden.

Wir wollen die Internationalität des Studiums verbessern. Herr Linssen, Sie haben davon gesprochen, daß man dabei unsere Hochschulen leistungsfähig machen muß. Das ist ein richtiger Aspekt einer solchen Entwicklung. Ich glaube, daß zu Internationalität freilich auch gehört, daß unsere jungen Menschen Internationalität erleben.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Dazu gehört, daß wir unsere Anstrengungen entfalten müssen, damit junge Menschen mehr Chancen erhalten, Hochschulen in anderen Ländern zu besuchen und in anderen Sprachen zu studieren. Wir haben dabei in Deutschland einen um vieles größeren Nachholbedarf als wir einen Nachholbedarf darin haben, Studenten aus anderen Ländern an unsere Hochschulen einzuladen. Wir dürfen uns dieser Aufgabe nicht länger entziehen. Wir müssen den jungen Menschen die Chance geben, Sprachen zu können, um einem Studium in einem anderen Land folgen zu können.

Wir müssen das sicher auch auf andere Bereiche der Berufsausbildung ausdehnen. Wenn sich die Unternehmen international organisieren, ist es selbstverständlich, daß man künftig nicht mehr nur in Rheinland-Pfalz oder Schleswig-Holstein, sondern möglicherweise in Polen, in der Tschechien, in Frankreich oder in Madrid arbeiten muß. Wer das tut, muß ganz selbstverständlich auch über Sprachkenntnisse verfügen. Dazu beizutragen, ist eine ungeheuer wichtige Angelegenheit. Das ist eine Zielsetzung, die wir für unsere Hochschulen vorsehen müssen.

Es ist deshalb geradezu schändlich, daß BAföG bislang nur für ein Jahr Auslandsstudium gezahlt wird. Die Verantwortung dafür trägt Herr Rüttgers, von dem einige früher gesagt haben, daß er für so etwas wie Zukunft zuständig sein könnte. Meine Damen und Herren, er hat offenbar nicht die Zukunft der jungen Menschen im Sinn. Er hat nicht die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft im Sinn. Wir warten deshalb nicht auf ihn. Wenn

er sich hier im Land, Herr Oppositionsführer, um einen Posten bewirbt, den auch Sie gerne hätten, wollen wir nicht in Ihre innerparteilichen Auseinandersetzungen eingreifen. Aber wir erwarten nicht so sonderlich viel davon, wer auch immer hier diese Funktion ausübt. Denn Sie sind in die Opposition eingebunden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir stehen ganz generell für Chancengleichheit und sehen dabei vieles längst getan, seit Willy Brandt die Bildungspolitik an die Spitze der Reformen setzte. So können wir uns heute vornehmlich mit der Qualität unserer einzelnen Schulen beschäftigen. In diesem Sinne hat die Denkschrift, die in unserem Lande erarbeitet worden ist, sehr segensreiche Wirkung gezeigt. Wir freuen uns, daß die Mädchen mit den Jungen in der Bildungsbeteiligung, wie es die Soziologen nennen, gleichgezogen haben.

Wir sehen aber natürlich immer noch Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten, an die uns etwa der neue Sozialbericht des Deutschen Studentenwerks wiederum erinnert: So studieren viele Studenten nicht nur, sondern müssen während ihres Studiums auch arbeiten. Auch sind Arbeiterkinder immer noch deutlich unterrepräsentiert. Das ist schon etwas, was uns verpflichtet, wenn wir Chancengleichheit im Bildungsbereich weiter ernst nehmen wollen. Wir werden deshalb auch darauf unser Augenmerk richten. Die Verbesserungen beim BAföG, die die Bundesregierung gleich zu Anfang vorgenommen hat, sind genau der richtige Schritt, um den jungen Menschen wenigstens die Chance zu geben, sich verstärkt durch ein Hochschulstudium profilieren zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir von der SPD-Landtagsfraktion haben uns immer dafür eingesetzt, daß die Bereiche Arbeit und Umwelt politisch nicht auseinandergerissen werden. Wir wollen da auch weiterhin keinen neuen Gegensatz entstehen lassen. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die Erlaubnis des Landesoberbergamtes, die den Beginn der Sumpfungsmaßnahmen für den Tagebau Garzweiler II ermöglicht. Wir bleiben dabei: Dieser Braunkohlentagebau ist ökologisch zu bewältigen und in sozialer Hinsicht - damit sind die Umsiedlungsmaßnahmen gemeint - auch zu beherrschen; vor allen Dingen sichert er viele

(C)

(D)

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

- (A) tausend Arbeitsplätze im Braunkohlenbergbau in der Region und im nordrhein-westfälischen Anlagenbau.

(Beifall bei der SPD)

Zusammen mit dem Kraftwerkserneuerungsprogramm wird die CO₂-Belastung der Luft drastisch reduziert. Deshalb ist das 20 Milliarden-DM-Umrüstungsprogramm zur Modernisierung des Kraftwerksparks im rheinischen Braunkohlenrevier sinnvoll und notwendig. Ich gehe davon aus, daß RWE zu seinem Wort steht und jetzt zügig die weiteren Entscheidungen zum Bau neuer Kraftwerksblöcke trifft.

(Zuruf von der CDU: Da sind wir mal gespannt!)

- (B) Als gleichrangig zu den Interessen Nordrhein-Westfalens auf der Bundesebene sehen wir unsere Interessen auf der europäischen Ebene an. Es gehört zu unseren selbstverständlichen rhetorischen Figuren, daß die europäische Politik längst in all unsere Politikbereiche eingegriffen habe. Wir spüren es ganz besonders bei allen Aspekten, die mit Wirtschaftsförderung im Zusammenhang stehen. Mit der europäischen Entwicklung war so etwas von Anfang an intendiert. Seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl waren die Regionen, auf die sich am Anfang dieser Zusammenschluß richtete, auch der Motor der europäischen Entwicklung. Nordrhein-Westfalen zählte ebenso dazu wie Wallonien, Nordfrankreich, Lothringen und viele andere Regionen.

Nordrhein-Westfalen setzt die Umstrukturierung fort und bedarf auch europäischer Mittel dafür. Die Vorschläge der EU-Kommission für die Strukturfonds befriedigen die Interessen Nordrhein-Westfalens noch lange nicht. Welche Förderung Nordrhein-Westfalen aber tatsächlich erhält, ist gegenwärtig nicht präzise zu errechnen. Die Kommission hat zur Vergabe der Strukturfondsmittel Kriterien gesetzt, die dazu führen müßten, daß die bisherigen Ziel-II-Gebiete in Nordrhein-Westfalen aufgrund der derzeitigen Wirtschaftsdaten zum Teil auch weiterhin durch EU-Strukturfondsmittel gefördert werden dürfen. Aber es ist wohl noch Überzeugungsarbeit notwendig, die Landtag und Landesregierung leisten müssen. An uns soll das nicht liegen. Wir werden uns darum kümmern. Wir brauchen dieses Geld nicht nur - das ist die eine Wahrheit -, es liegt auch im europäischen Interesse, daß starke Regionen

- (C) stark bleiben und aus dieser Position heraus ihren Strukturwandel vollziehen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen deshalb auch, daß dieses weiter als ein Prinzip für die zukünftige Entwicklung Europas und seiner Regionen, die den Strukturwandel vor sich haben, gilt.

Vor einem Mißbrauchsvorwurf, der gegenwärtig offensichtlich die Gazetten durchzieht, möchte ich warnen: Wer den finanziellen Beitrag Deutschlands zur Europäischen Union kürzen will, muß wissen, daß eine Kürzung nur über eine Kürzung der Ausgaben der Europäischen Union zu machen ist. Damit steht auch der Agrarhaushalt zur Disposition. Ich habe das Gefühl, daß einige CDU-Leute, die in der Vergangenheit ja selber die Forderung nach einer Reduktion der Nettozahlungen Deutschlands erhoben haben, davon jetzt abrücken wollen, weil sie zu spüren bekommen, daß das auch Konsequenzen für einen Bereich hat, in dem sie eigene Klientel vermuten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

- (D) Meine Damen und Herren, das ist etwas, bei dem die Christdemokraten ganz offensichtlich ihre parteipolitischen Interessen über die Interessen des Landes setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zuruf des Eckhard Uhlenberg [CDU]: Unverschämtheit!)

Unmittelbar nachdem sie die Regierungsverantwortung abgegeben haben, tun jedenfalls einige aus deren Reihen so, als ob sie mit den Forderungen von gestern nichts mehr zu tun hätten. "Saudummes Läßelgeschwätz" hat das Bundespräsident Heuss früher genannt. Was gestern war, ist heute nicht mehr ihre Position.

Damit Sie wissen, worüber wir reden: Selbst in einem so hoch industrialisierten Land wie Nordrhein-Westfalen bekommt die Landwirtschaft mehr als doppelt soviel Zuschüsse, wie wir für den Strukturwandel erhalten.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das ist das Problem der SPD!)

Um wieviel mehr gilt das für andere Regionen, die deutlich stärker durch die Landwirtschaft bestimmt sind!

Meine Damen und Herren, damit wir uns nicht mißverstehen: Landwirtschaft benötigt Zuschüs-

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

- (A) se. Sie hat es auch nötig, daß wir dafür, wie es so schön heißt, eine gemeinsame Agrarpolitik in Europa machen. Aber es ist auch selbstverständlich, daß wir uns dabei um neue Ziele kümmern. Das sind zum Teil solche, wie sie die Kommission vorgegeben hat, daß nämlich nicht das Produzierte an sich zu subventionieren oder - wie es auf europäischer Ebene heißt - zu stützen sei,

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Dadurch wird es teurer!)

sondern daß auch die ökologische Verantwortung der Landwirtschaft, die Verantwortung für Nachhaltigkeit zu berücksichtigen ist, daß die Entwicklung ländlicher Räume gefördert wird und auch die in der Landwirtschaft Beschäftigten berücksichtigt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Genau diese Aspekte sind in der Agenda 2000 für diesen Bereich bedeutungsvoll. Daran haben wir in Nordrhein-Westfalen mindestens genauso viel Interesse wie viele andere Regionen auch.

- (B) Meine Damen und Herren, eine Voraussetzung für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Landes wird der Erfolg des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit sein. Das erste Treffen in Bonn hat stattgefunden. Die ersten Ergebnisse sind überaus erfolgversprechend. Viele von uns haben gar nicht erwartet, daß bei einer ersten Zusammenkunft bereits solche konkreten und zukunftsweisenden Verabredungen hätten getroffen werden können. Das ist schon einmal sehr gut. Es ist auch hervorragend, daß Ministerpräsident Clement daraus eine Konsequenz gezogen hat und bereits für morgen eine erste entsprechende Zusammenkunft für Nordrhein-Westfalen verabredet hat,

(Beifall bei der SPD)

so daß wir hier in Nordrhein-Westfalen auf diesem wichtigen Sektor ohne jeden zeitlichen Bruch und unmittelbar anschließend an das, was in Bonn in Gang gekommen ist, auch unsere eigenen Aufgaben erledigen können.

Arbeitgeber, Gewerkschaften, Bundesregierung und die Landesregierung haben damit eine große Chance, auf die drängenden Fragen endlich konkrete Antworten zu geben, die uns weiterbringen können. Wir begrüßen die Absichten, die die Landesregierung da hat. Wir wünschen ihr allen Erfolg. So etwas kann man nur sagen, bevor es angefangen hat.

- (C) Ich bin sicher, daß eine solche Initiative in unserem Land erfolgreich sein wird, denn die Atmosphäre in unserem Lande ist hervorragend. Haben wir, bevor das alles anging, solche Töne der Arbeitgeber und der Unternehmerverbände in unserem Land gehört? Nein, ganz im Gegenteil. Auch sie setzen offensichtlich große Hoffnungen auf die Wirtschaftspolitik unserer Landesregierung. Sie stehen nicht in einer prinzipiellen und fundamentalen Opposition zu ihr, sondern sie sind ganz offensichtlich bereit, ihren Beitrag ebenso zu leisten wie die Gewerkschaften dazu ihren Beitrag leisten wollen und werden.

Meine Damen und Herren! Die Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit ist die größte Herausforderung für Politik und Gesellschaft beim Übergang ins nächste Jahrhundert. Ich hoffe, alle haben diese Herausforderung begriffen und werden das ihnen Mögliche tun, um die Beschäftigung nachhaltig zu erhöhen.

Wir in Nordrhein-Westfalen haben wie nur wenige andere Regionen in den vergangenen Jahrzehnten große Erfahrungen im sozialverträglichen Strukturwandel gesammelt. Wir haben damit auf den Konsens von Unternehmen, Gewerkschaften und Politik gesetzt. Wir haben damit große Erfolge gehabt. Miteinander haben wir den Strukturwandel gestaltet und die Regionen an Rhein und Ruhr zu einem der modernsten Industrie- und Dienstleistungszentren in Europa und weltweit entwickelt. Wir wollen uns das weder kleinreden noch kleinmachen lassen.

Wir setzen auf diese Zusammenarbeit. Wir werden unsere Bemühungen weiter fortsetzen. Wir dürfen nicht nachlassen. Wir haben vieles erreicht. Wir haben allen Grund, zuversichtlich in die Zukunft zu blicken - das tun wir auch. Glück auf, Nordrhein-Westfalen!

(Läng anhaltender lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Abgeordneten Appel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Roland Appel (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Frauen und Männer Parlamentsmitglieder! Der Landtag hat heute über einen Haushalt in dritter Lesung zu entscheiden, der der letzte in diesem

(Roland Appel [GRÜNE])

- (A) Jahrtausend mit den Anfangsziffern "19" sein wird.

Gestatten Sie mir deshalb heute einen kleinen Ausflug in die Science-fiction der 60er, 70er und 80er Jahre. Mit dem Jahr mit der magischen Zahl 1999 - so dachten die Menschen in den 60er Jahren - befänden wir uns an der Schwelle eines neuen Jahrtausends. Mit dem Jahr 2000 verbanden sich damals nicht selten die positiven Vorstellungen einer Welt, in der Hunger und Kriege überwunden, soziale Spannungen zwischen Ost und West, Nord und Süd vielleicht abgemildert und viele Krankheiten besiegt sein würden. Die Menschen hätten unter diesen Umständen Muße und vor allen Dingen Geld, den Weltraum zu erobern oder Philosophie zu treiben.

In den 70er Jahren brach dieser Fortschrittsglaube ein, hatten viele Visionen in Form negativer Utopien vom Atomstaat, den dritten Weltkrieg als Apokalypse. Dann wurden diese Bedrohungsszenarien abgelöst von den immer realer werdenden Gefahren der Computerüberwachung und Genmanipulation der 80er Jahre, den Sorgen um mediale Verblödung oder des Erstickungstodes einer Zivilisation in ihren eigenen Emissionen in den 90er Jahren.

- (B) Diese Utopien betreffen interessanterweise die Bürgerinnen und die Bürger in Nordrhein-Westfalen an der Schwelle des Jahres 2000, an der wir jetzt sind, nur sehr mittelbar. Aber diese Bilder, diese negativen oder positiven Utopien haben erstaunlicherweise mehr menschliche und politische Aktionen motiviert, sie haben mehr Widerstand und Engagement freigesetzt, sie haben eigenartigerweise mehr bewirkt, mehr Betroffenheit hergestellt als das, was die Menschen hautnah angeht, nämlich die Finanzsituation der staatlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Realitäten der Jahrtausendwende sind gegenüber den früheren Utopien, die ich geschildert habe, eher kleinkariert, oder sie wirken kleinkariert, aber sie sind sehr nahe. Niemand hat sich damals vorstellen können und wollen, daß eine Bundesregierung wie die letzte - sie hat in Europa und weltweit gezeigt, daß sie nicht die einzige ist - die Staatshaushalte und damit den Handlungsrahmen von Demokratie und Sozialstaat derartig gegen Null bringen könnte, indem sie die Haushalte ausplündern und an die Grenze der

Steuerungsfähigkeit, zum Teil darunter drücken würde. (C)

Das Problem der Politik, aber auch der gesellschaftlichen Diskussion scheint mir deshalb zu sein, daß ein "Wohin?" kaum noch artikuliert wird. Doch müssen die dramatischen Haushaltszahlen Anlaß sein, diese Frage zu stellen: Wird in Zukunft weiterhin nur Krisenmanagement angesagt sein, das sich auf die Ablehnung dessen beschränkt, wo wir nicht hinsteuern können, oder gibt es noch Zielentwürfe? Können wir überhaupt mit Politik noch etwas bewegen? Ich meine, wir bedürfen dieser dringend, denn die Realität des Machtwechsels in Bonn darf nicht in einem "Weiter so!" mit anderem Vorzeichen bestehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier ist auch die Landespolitik gefordert, liebe Kolleginnen und Kollegen, die gesellschaftlichen Impulse für eine Diskussion über den Kurs unserer Gesellschaft über unseren Tellerrand hinaus, über notwendige Reformen, die in den nächsten Jahren anstehen, zu geben.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Lieber Herr Linssen! Die Parteien, die diese gesellschaftlichen Diskussionen verschlafen - ich spreche auch andere Parteienvertreter hier an -, reduzieren sich selbst auf Vollstrecker des Mainstreams, auf Instrumente der bestehenden Verhältnisse. Das kann nicht der Sinn von zukunftsgerichteter Politik sein. (D)

Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben in der kurzen Zeit seit der Bildung der Bundesregierung gezeigt, daß wir das stabile Element der Bundesregierung sind. Darüber bin ich sehr froh.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch in NRW sind wir nach 3 ½ Jahren Regierungspolitik trotz aller innerparteilicher Diskussionen über unterschiedliche Strategien immer einig, daß wir die bestehenden Verhältnisse aufrütteln wollen und daß wir ganz genau hinschauen, liebe Kolleginnen und Kollegen, was sich im einzelnen hinter dem Wort "Reformen" verbirgt, denn dieses Wort kann auch mißbraucht und ganz anders verwendet werden.

Deswegen bleiben wir als Bündnisgrüne auch bei der Ablehnung der Zusammenlegung von Innen- und Justizministerium, auch wenn wir bis zur nächsten Landtagswahl kein parlamentarisches

(Roland Appel (GRÜNE))

- (A) Mittel sehen, das rückgängig zu machen. Eine Reform ist das unserer Meinung nach nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Landeshaushalt 1999 ist unter noch schwierigeren Rahmenbedingungen zustande gekommen als der vorherige. Die Steuergeschenke der damaligen Bundesregierung an Abschreibungskünstler und Besserverdienende in den letzten Jahren haben auch in unserem Landeshaushalt zu einem Einbruch der Steuereinnahmen in Höhe von fast 40 Milliarden DM über den Zeitraum geführt.

Um der Verantwortung des Landes dennoch gerecht zu werden, haben wir uns schweren Herzens für zwei Maßnahmen entschieden: erstens eine hohe Nettokreditaufnahme und zweitens eine konsequente, aber mit Augenmaß umgesetzte sozialverträgliche Sparpolitik. Der Landeshaushalt wächst 1999 um 2,02 %. Ausgabenwünsche haben wir deutlich eingeschränkt. Das ist eine solide Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen. Sie unterscheidet sich auch unter diesen Rahmenbedingungen von dem, was uns in 16 Jahren Herr Kohl und Herr Waigel vorgemacht haben. Dazu sehe ich nach dem, was der Herr Oppositionsführer uns hier heute vorgetragen hat, keine Alternative.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ohne die Nettokreditaufnahme von 7,24 Milliarden DM könnten wir elementare Landesaufgaben in Schulen und Hochschulen, für Ausbildungsplätze, zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht mehr erfüllen. Hierzu gibt es kurzfristig keine andere Möglichkeit als die NKE hochzusetzen, es sei denn, man wolle den kommenden Generationen untragbar hohe Zinslasten hinterlassen oder sich aus der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik verabschieden.

Ich weiß, daß viele Menschen - z. B. wegen der Entscheidungen im Haushaltssicherungsgesetz - enttäuscht sind. Hätten wir aber weniger gespart, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre das Land nicht mehr handlungsfähig gewesen. Von Reformpolitik oder der Sicherung von Reformpolitik, geschweige denn von ihrem Ausbau wäre gar nicht mehr zu reden.

Wir haben als GRÜNE unsere ganze Kraft in allen Politikbereichen dafür eingesetzt, daß Einsparungen den Kriterien der sozialen Gerechtigkeit genü-

- gen. Ich glaube, das ist weitgehend auch erreicht worden. (C)

Wir haben nicht alle unsere Ziele erreicht. Aber von dem, was an sozialer Abfederung erreicht wurde, können wir uns vieles zugute halten. Deswegen können wir mit gutem Gewissen diesem Haushalt mehrheitlich zustimmen.

Wir hätten gerne mehr bei der Bürokratie und bei der Verwaltung - besonders bei überflüssigen Behörden wie z. B. dem Verfassungsschutz - gespart, dafür bei Schulen und Hochschulen weniger gekürzt. Aber wir mußten schließlich mit unserem Koalitionspartner Kompromisse finden. Natürlich gilt es da Rücksicht auf Herzblut und Empfindlichkeiten zu nehmen.

Die Personalsituation des Landeshaushalts ist dramatisch. Zum einen kann es uns nicht darum gehen, Menschen zu entlassen und Stellen zu streichen; denn nicht selten heißt es doch, lediglich Kosten zu verlagern vom öffentlichen Haushalt ins Sozial- oder Rentensystem, vom Land auf die Kommune. Aber der Personalabbau im Wege einer demokratischen Leistungsverwaltung ist notwendig. Wenn einerseits die 22 000 kw-Vermerke, über die sich die Koalition 1995 geeinigt hat, nicht oder nur zögerlich realisiert werden, sondern derzeit sogar eine Personalsteigerung zu verzeichnen ist, wenn aber gleichzeitig politisch vorrangige Personalbedarfe wie zum Beispiel an den Hochschulen, an den Schulen bis hin zu so kleinen, aber wichtigen Bereichen wie dem Datenschutz nicht erfüllt werden können, liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmt etwas nicht. Dann ist eben die Grenze der politischen Handlungsfähigkeit erreicht.

(D)

(Beifall und Zuruf von den GRÜNEN: Genau!)

In den Zeiten der höchsten Arbeitslosigkeit wird niemand Stellenabbau als Selbstzweck betreiben. Das darf nicht sein. Das ist völlig klar. Aber es müssen auch in Zukunft die Probleme gelöst werden - hier nenne ich vor allen Dingen den Bildungsbereich -, an denen sich die Konkurrenzfähigkeit, die Zukunftsfähigkeit, die Handlungsfähigkeit unserer Gesellschaft entscheidet. Deswegen müssen wir in Zukunft auch in der Lage sein, Prioritäten zwischen den Ressorts mit Augenmaß zu verschieben.

Ich habe mich geärgert, daß wir zum Beispiel im Hochschulsonderprogramm I nicht durchsetzen konnten, daß 100 kw-Stellen verlängert werden

(Roland Appel [GRÜNE])

- (A) angesichts der Engpässe, die wir in der Hochschulausbildung haben. Das ist einfach nicht sachgerecht. Das kann nicht sein.

Aber es geht schon gar nicht, was die Opposition an dem Punkt macht. Herr Linssen, mit Ihren Erhöhungsanträgen, mit denen Sie allen Wohl und keinem Wehe wollen, beweisen Sie mangelnde Handlungsfähigkeit, mangelndes Verständnis, mangelnde Weitsicht und überhaupt keine Einsicht in finanzpolitische Zwänge und Realitäten.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Wie schade! - Beifall bei den GRÜNEN)

Sie fordern hier trotz leerer öffentlicher Kassen wieder einmal mehr Polizisten, mehr Lehrer, mehr Erzieherinnen im KiTa-Bereich, ohne daß Sie ein einziges Wort dazu gesagt haben, worauf Sie verzichten wollen. Sie wollen ein bißchen Tafelsilber zur Disposition stellen.

So kann es doch nicht gehen. Wir haben mit 46 200 Polizisten die höchste Zahl von Ordnungshütern, die Nordrhein-Westfalen in seiner Geschichte jemals hatte.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Gute Leute!)

- (B) - Das sind gute Leute. Genau, Herr Kollege Groth.

Aber wenn wir wissen, daß die Zukunftsfähigkeit dieses Landes in Europa und in der Welt von der Ressource Bildung abhängt, wenn es weiterhin stimmt, daß das einzige Kapital eines Hochindustrialandes NRW in der EU Wissenschaft und Ausbildung sind, dann müssen Sie sich entscheiden, Herr Linssen. Dann müssen Sie Prioritäten setzen. Davor drücken Sie sich die ganze Zeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage meine persönliche Meinung dazu. Ich habe das nicht mit meiner Fraktion abgestimmt. Wenn Sie mehr Polizei mobilisieren wollen, dann lassen Sie uns darüber nachdenken, wie mehr Ressourcen auf die Straße kommen, wenn wir die staatliche Polizei in Nordrhein-Westfalen so umorganisieren, daß sie auf bestimmte Verwaltungsapparate bei den Bezirksregierungen und bei den Oberkreisdirektoren verzichtet. Lassen Sie uns doch darüber diskutieren.

(Beifall des Ewald Groth [GRÜNE])

Wozu brauchen wir eigentlich Polizei bei Herrn Antwerpes und bei anderen Regierungspräsidenten? - Diese Polizisten könnten auf die Straße.

- (C) Sie könnten für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sorgen.

Ich glaube, hier gibt es Optimierungspotentiale, die man sich nur trauen muß zu wecken. Aber dazu wird Ihnen, Herr Linssen, wahrscheinlich wieder der Mut fehlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie stellen hier lieber regelmäßig Anträge, bei denen die Finanzierung in den Sternen steht. Sie haben im Rechtsausschuß Anträge für 12,5 Millionen DM Erhöhung gestellt. Sie haben Anträge für Streichungen in Höhe von 7,5 Millionen DM gestellt, die gar nicht gehen. Das haben Sie trotzdem gegen die Anträge verrechnet. Was unten herauskommt, ist kein Antrag, sondern christliche Mathematik.

Ihre Konzepte sind unseriös. Sie sind nicht das Papier wert, auf dem sie stehen. Das ist so. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Bei aller Trennschärfe des Profils zwischen den Koalitionspartnern sind wir doch Koalitionspartner, aber bleiben eigenständige Parteien mit eigenständigen Positionen. Dazu muß ich wieder eine Liebeserklärung abgeben. Das, was Sie hier vorstellen, ist überhaupt keine Alternative.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Das wäre vielleicht anders, wenn Hermann-Josef Arentz eine christlich-sozialistische Partei gründen und die AFA und die Jusos zum Eintritt motivieren würde. Dann käme vielleicht noch Kardinal Meisner mit seinen Abtreibungsgegnerinnen dazu, und dann würden Sie möglicherweise auf mehr als die 32 % kommen, für die Herr Linssen normalerweise steht.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Das könnte ja sein. Aber ich glaube, daß Herr Linssen sich wieder durchsetzen wird, und insofern können wir

(Zuruf von der SPD: Beruhigt sein!)

beruhigt sein. Wir werden mal sehen, wie sich die Dinge seitens der Opposition entwickeln.

Ich finde das übrigens nicht gut für die Demokratie. Denn eine gute Regierung braucht natürlich auch eine gute Opposition. Es geht ja eigentlich ja nicht an, daß wir immer die Stichworte im Wege der Nachhilfe liefern müssen. Das machen wir gar nicht gerne, und das ist eigentlich für die Demokratie nicht gut.

(Roland Appel [GRÜNE])

- (A) Die ernsthaften Schwierigkeiten der Haushaltslage scheinen Sie, Herr Dr. Linssen - dazu muß ich noch ein paar Worte sagen - immer noch begriffen zu haben.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Meinen Sie, der lernt?)

Denn eine über Jahre anhaltende Massenarbeitslosigkeit unterminiert die Steuerquellen. Die Massenkaukraft ist und war seit Jahren rückläufig. Während die Nettolöhne zurückgehen, wachsen seit Jahren die Lohnnebenkosten, weil zum einen die deutsche Einheit daraus finanziert wurde, um Steuererhöhungen zu vermeiden, und weil auch Ihre Arbeitskonzepte von Herrn Blüm, beispielsweise Vorruhestand, Sozialpläne usw., und die Arbeitslosigkeit natürlich zusätzlich die Sozialkosten erhöht haben. Das können Sie doch nicht einfach wegdiskutieren.

Der Haushalt 1999 und das begleitende Haushaltssicherungsgesetz stellen deswegen einen außerordentlichen Kraftakt dar. Die Landesregierung hat nicht vor schmerzhaften Einschnitten zurückgeschreckt. Aber wir haben ermöglicht, daß Reformpolitik trotz knapper Kassen nicht aufhört. Lassen Sie mich ein paar Eckpunkte dieses Landeshaushalts nennen.

- (B) Erstens: die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit. Wir haben dafür gekämpft, das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" so aufzustocken, daß die Zahl von 3 300 Maßnahmen auch im nächsten und in den folgenden Jahren erhalten bleibt. Wir GRÜNE hätten gerne auch die entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen erhöht, aber dazu war unserer Koalitionspartner nicht bereit. Die Ministerin hat aber zugesichert - und jetzt hören Sie zu, Herr Linssen -, daß dieses Programm Priorität hat, daß sie aus ihren Mitteln die Maßnahmen verstetigen kann und das auch tun wird. Das gilt auch für soziale Wirtschaftsbetriebe und die Maßnahmen, die hier genannt worden sind, um Jugend in Arbeit zu bringen.

Die Koalitionsfraktionen erwarten, daß dieses Versprechen eingelöst wird. Deswegen haben wir unseren Willen in einem Entschließungsantrag gemeinsam bekräftigt. Das lassen wir von Ihnen, Herr Linssen, nicht herunterziehen. Das können Sie nicht lächerlich machen; damit zeigen Sie auch, wie wenig ernst Ihnen das Problem der Ärmsten der Armen ist, die von einem Arbeits-

marktprogramm wie "Arbeit statt Sozialhilfe" profitieren. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Ah! bei der CDU)

Zweitens: Wir haben weiter den Schwerpunkt Frauenpolitik.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das ist doch Betrug der Öffentlichkeit!)

Das würde Ihrer Partei auch gut anstehen, Herr Linssen. Wir haben mit dem Schwerpunkt Frauenpolitik hohe Prioritäten gesetzt. Mit der Frauenförderung an der Hochschule, dem Landesprogramm "Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk", den Dienstleistungspools, Beratungs- und Präventionsmaßnahmen gegen sexualisierte Gewalt und Frauenhandel, Förderung der Frauenkultur und dem Wiedereingliederungsprogramm für Frauen haben wir Maßnahmen verstetigt, die im Regierungsentwurf allesamt gekürzt werden sollten. Sie werden aufgrund unserer Initiative trotz knapper Haushaltsmittel in vollem Umfang vorhanden bleiben. Das ist im Gegensatz zu den anderen Ländern ein Fortschritt. Es ist ein Schwerpunkt dieser Landesregierung dank Rot-Grün, und das werden wir von Ihnen auch nicht zerreden lassen, Herr Linssen. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens: Bürgerrechts- und Minderheitenpolitik. Diese Koalition hat völlig neue Wege in der Migrationspolitik eingeschlagen. Das gilt nicht nur für das Zentrum für Zuwanderung und seine Arbeit, für die vielen migrationsspezifischen Maßnahmen, die ressortübergreifend gefördert werden. Wir haben auch erreicht, daß die Beratung und Betreuung von Flüchtlingen und die Förderung des Flüchtlingsrates in vollem Umfang erhalten bleiben. Ich finde es schon peinlich, Herr Linssen, wenn Ihr Kollege Paus, der in den letzten Jahren permanent bei jedem Haushalt diese Maßnahmen als "grüne Spielwiesen" bezeichnet und ihre Streichung gefordert hat, sich hier in der zweiten Lesung hinstellt und sich plötzlich als Anwalt der Flüchtlingsbetreuung geriert. Ich finde, das haben die Flüchtlinge nicht verdient. Das hat aber auch dieses Land nicht verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ewald Groth [GRÜNE]: Das Land hat eine bessere Opposition verdient!)

(Roland Appel [GRÜNE])

- (A) In der Hochschulpolitik wird das Innovationsprogramm Forschung in vollem Umfang mit 33,9 Millionen DM weiter finanziert. Die Maßnahmen zur Personalabsicherung von Existenzgründungen im Hochschulbereich werden ebenfalls in voller Höhe fortgeschrieben. Damit unterstreicht das Land seinen Willen, Hochschulabsolventen den Weg in die Selbständigkeit zu ebnen.

Auf die Nachwuchsförderung mit dem Schwerpunkt Frauen - das habe ich bereits erwähnt - legen wir besonderes Gewicht. Trotz intensiver Bemühungen ist es uns aber nicht gelungen, eine Überbrückungsfinanzierung für die Stellen des Hochschulsonderprogramms zu erreichen, die durch Realisierung von kw-Vermerken jetzt verlorengelassen, obwohl absehbar ist, daß die Bundesregierung in diesen Bereich beabsichtigt, in den nächsten Jahren neue Stellen zu schaffen. Sie werden ausschließlich bei den Universitäten und Gesamthochschulen wegfallen und treffen den wissenschaftlichen Nachwuchs. Das finde ich ein Stück enttäuschend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) In der Sozialpolitik hat die Koalition gestern bei der Verabschiedung des Kindergartengesetzes gezeigt, daß sie handlungsfähig ist. Ich freue mich besonders, daß wir seit den sogenannten 10 Punkten der SPD vom Frühjahr, nach denen Gefahr für Zehntausende Stellen von Erzieherinnen drohte, insgesamt 18 Änderungen in der Koalition durchgesetzt haben. Die Deckelung von 190 Millionen DM der Betriebskostenverordnung wurde aus dem GTK herausgenommen. Die automatische Anpassung der Elternbeiträge entfällt. Die zweite Stufe der Absenkung der Trägeranteile bedarf der Zustimmung der Ausschüsse. In Zukunft werden Eltern, Familien und Erzieherinnen in die Arbeit der Steuerungsgruppe einbezogen.

Durch die Entkoppelung der Sach- und Personalkosten entstehen Spielräume und mehr Gerechtigkeit. Die Gesundheitsvorsorge im Kindergarten bleibt erhalten. Ich glaube, hier ist insgesamt ein Kompromiß erreicht worden, bei dem die grüne Handschrift deutlich sichtbar bleibt.

In den anderen sozialpolitischen Bereichen ist es gelungen, unsere reformpolitischen Ansätze zu erhalten. Das betrifft die Förderung zielgruppenspezifischer Aids-Prävention ebenso wie die Hilfe für Wohnungslosen, von denen es ja bedauerlicherweise in den letzten Jahren immer mehr gibt.

Die Drogen- und Suchtpolitik ist einer der sensibelsten Politikbereiche, in denen wir im kommenden Jahr erwarten, daß durch die neue Bundesregierung endlich eine Wende im Umgang mit Suchtkranken erfolgen kann. Es ist ein ganz wichtiger Erfolg, der hier am 27. September erstritten worden ist. Wir können nur hoffen, daß es statt der Kriminalisierung von Kranken endlich zu einer neuen Politik der Hilfe gegenüber Kranken kommt.

(Beifall des Jens Petring [GRÜNE])

Ich denke, es ist in diesem Zusammenhang ganz wichtig, daß wir noch mehr finanzielle Mittel für die Bekämpfung der Sucht in den kommenden Haushalten einstellen. Es ist doch ein ganz wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Drogenpolitik, wenn die Gesundheitsministerin dieser Tage erklärt hat, daß die geplanten drogentherapeutischen Ambulanzen für sie nur eine Vorstufe für Konsumräume sind, die geschaffen werden sollen, sobald die Bundesregierung die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen schafft. Ich kann nur hoffen, daß dies schnell passiert. Denn das sind die eigentlich wichtigen Maßnahmen, nicht das bisherige Konzept, das unter den Rahmenbedingungen der alten Bundesregierung herbeigebogen wurde. Das war nicht das richtige Konzept. Wir brauchen endlich die Konsumräume. Wir müssen dafür sorgen, daß hier die kontrollierte Abgabe von Originalsubstanzen an Schwerstabhängige endlich möglich wird und daß auf diesem Wege Menschen vor der Todesgefahr, die der illegale Drogengebrauch mit sich bringt, geschützt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es muß ja zu denken geben, wenn sich zahlreiche Polizeipräsidenten inzwischen für diese Maßnahmen einsetzen. Dann müßte sich die Politik diesen Leuten, die sicher wissen, wovon Sie reden, nicht weiterhin verschließen und sollte hier nicht immer - wie Sie, Herr Linssen, das auch regelmäßig tun -, Popanze aufbauen.

Wir wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Lage der kommunalen Haushalte ist dramatisch. Die Befrachtung des GFG mit einem Teil des Flüchtlingsaufnahmegesetzes, nämlich 325 Millionen DM, ist ein heftiger Einschnitt in die Verbundmasse. Das haben wir nicht gern getan, und wir haben versucht, Alternativen durchzusetzen. Das war aber in der schwierigen Finanzlage des Landes nicht möglich, und nur vor dem Hinter-

(C)

(D)

(Roland Appel [GRÜNE])

- (A) grund der schwierigen Finanzlage des Landes ist das zu rechtfertigen. Wir mußten uns allerdings der Tatsache stellen, daß ein verfassungsmäßiger Haushalt nur mit einem Haushaltssicherungsgesetz zusammen mit dieser Befrachtung erreichbar war.

Die Steigerungsrate bei den Schlüsselzuweisungen von 3 % und die Anhebung der Investitionspauschalen sorgen zusammen mit höheren Gewerbesteuererinnahmen für einen Finanzkraftzuwachs um weit mehr als 4 %. Jede Gemeinde, jede Stadt hat also im Jahre 1999 mehr Geld in der Kasse. Das ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, schon lange nicht mehr der Fall gewesen, und das ist ein wichtiger Erfolg für unsere Kommunalpolitiker.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN begrüßen das insbesondere deshalb, weil damit Arbeitsplätze in den Städten und Gemeinden gesichert werden.

Endlich ist es uns GRÜNEN auch gelungen, eine besondere Bedarfszuweisung für den Ausgleich der Mehrkosten im integrativen Unterricht von behinderten Kindern zu erreichen, immerhin pro Schüler und Schülerin ein Betrag von mehr als 500 DM. Ich finde, auch das ist ein Erfolg.

(B)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Jahr waren wir gezwungen, mit einem Haushaltssicherungsgesetz Einschnitte in gesetzliche Leistungen vorzunehmen, die je nach Sichtweise teilweise nahe oder jenseits der Grenze dessen liegen, was manche unserer verantwortlichen Fachpolitiker und -politikerinnen in den beiden Fraktionen noch für vertretbar gehalten haben.

Es ist uns aber unter dem Druck der finanziellen Engpässe endlich auch gelungen, die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit langem erhobenen Forderungen nach Kürzungen bei den Ministerialzulagen und flexibleren Teilzeitregelungen durchzusetzen und damit die Grundlagen zu schaffen, daß mehr Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren auch im öffentlichen Dienst möglich ist und daß, wenn wir es schaffen, mehr Menschen von den vorhandenen Ressourcen profitieren und beschäftigt werden können. Ich finde, daß es ein wichtiger Schritt unter dem Damoklesschwert des Sparenmüssens ist, Reformen durchzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C) Aber natürlich steht weiterhin unter all dem der Zwang zu Einsparungen. Die Ursache: das ökonomische und steuerpolitische Versagen der ehemaligen Bundesregierung, die die Bundesrepublik in eine Krise getrieben hat, die natürlich nachwirkt und die noch einige Jahre nachwirken wird. Ich denke, da müssen wir realistisch sein.

Erst langsam wird die neue Bundesregierung von SPD und Bündnis-Grünen eine Chance haben, aus dem steuerpolitischen Tal der Tränen herauszufinden. Und selbst dann - das lehrt ja die Erfahrung - werden selbstbewußte Länder darauf dringen müssen, vom Steueraufkommen auch mehr abzubekommen. Ich erwarte auch, Herr Ministerpräsident, daß Nordrhein-Westfalen da selbstbewußt auftritt, wie Sie es ja getan haben. Das sollte man allerdings auch immer zum rechten Zeitpunkt machen, und ob der Schulterschluß mit dem CSU-verfilzten Bayern statt mit den anderen rot-grün regierten Bundesländern wie Hessen, Hamburg und Schleswig-Holstein bei der rot-grünen Bundesregierung so wirkungsvoll sein kann, darüber muß man noch das eine oder andere reden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Mit der ersten Runde der Steuerreform, die jetzt in Bonn auf den Weg gebracht wird, sind wir einverstanden. Weil die neue Finanzpolitik nicht zuletzt dank des Engagements unseres Finanzministers Schleußer in den Bonner Koalitionsverhandlungen eine deutliche Kursänderung in Richtung zur Gesundung, Konsolidierung und Solidität genommen hat, möchte ich ihm an dieser Stelle besonders danken.

Die bisherigen Beschlüsse der neuen rot-grünen Bundesregierung sind aber nur ein erster Einstieg in die Lösung der Probleme. Wir hätten uns eine deutlichere Senkung der Steuern bei gleichzeitigem Streichen der Steuervergünstigungen gewünscht. Nur eine drastisch höhere Ökosteuer kann die wirklich beschäftigungsfördernde Senkung der Lohnnebenkosten erreichen, die wir dringend brauchen, um entsprechende Konjunktur- und Beschäftigungsimpulse zu geben. Bei einer ökologischen Steuerreform, die die Lohnnebenkosten so spürbar senkt, daß von ihr Konjunkturimpulse und positive Beschäftigungseffekte ausgehen, stand sich der Bundeskanzler

(Roland Appel [GRÜNE])

- (A) mit seinen fundamentalistischen 6 Pfennig leider selber im Weg.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Noch wichtiger wäre ein ökologisches Investitionsprogramm!)

Die Ökosteuer zur Senkung der Lohnnebenkosten - das ist richtig - wirkt nur spürbar, wenn sie in ausreichender Höhe erhoben wird. Das ist einfach zu erklären: Wenn Sie über einen Abgrund springen müssen, kann es mit erst einmal der Hälfte einfach nicht gut gehen. Hier fordern wir Nachbesserung, hier wollen wir, daß endlich gesprungen wird, daß hier endlich eine Wende eintritt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Lobby-Politik treibt ja manchmal seltsame Blüten. Wenn man Lobby-Politik macht und energieintensive Betriebe fördert und damit die Energiesteuer konterkariert und in ihr Gegenteil verkehrt, dann wird es schon schwierig. Wohlverstanden: Ich rede hier nicht gegen angemessene Übergangsfristen für Betriebe, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen könnten. Das wollen wir nicht. Aber eine Energiesteuer, die solche Ausnahmen zuläßt, wie die jetzt beschlossenen, kommt schon nahe an die Grenze ihrer Glaubwürdigkeit und könnte in einigen Punkten ihren Namen verlieren.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man könnte dann eher glauben, Ökosteuern heißen Ökosteuern, weil damit die Ökologie besteuert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist wirklich so: Wenn energieintensiv hergestellte Alu- und PVC-Fenster von der Ökosteuer befreit sind, während für ökologische Holzfenster der volle Steuersatz gezahlt werden muß, dann stimmt doch irgend etwas nicht.

Wenn die Öko-Bauern im Rheinland ihre Energiesteuern bezahlen müssen, der pestizid- und energieintensive Unterglasgartenbau in Niedersachsen oder anderswo aber davon freigestellt wird, dann stimmt doch etwas nicht. Wenn das Braunkohlebrikett - die energiepolitische Stinkbombe vom Niederrhein - von der Öko-Steuer befreit wird, dann spricht das doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, für sich selbst. Das kann doch nicht angehen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen brauchen wir auch hier dringend eine ökologische Weiterentwicklung der Energiebesteuerung und eine europäische Lösung, die sich an unserem deutschen Modell orientiert und nicht wieder zu einer Nivellierung und noch mehr Ausnahmen führt. In diese Richtung muß es in Europa gehen.

(C)

Wir brauchen natürlich auch einen deutlichen Anstieg der Öko-Steuer, denn sonst sind weitere Steuersenkungen und Senkungen der Lohnnebenkosten nicht zu bezahlen, Herr Linssen. Auch hier hat der rheinische Kapitalismus eine einfache Lebensweisheit parat, die lautet: Vun nix kütt' nix.

Sie sehen, Herr Linssen: Ich schone auch nicht die neue Bundesregierung, wo ihre Politik halbherzig und ohne Mut zu einem wirklichen Umsteuern auftritt. Ich nenne Roß und Reiter. Die Chance, um die Jahrtausendwende die Wende in eine echte, wirksame ökologische Steuerreform zu erreichen, scheiterte in Bonn bisher, weil im Bremserhäuschen - das normalerweise beleuchtet ist - nicht die grüne, sondern die rote Beleuchtung gebrannt hat. Das finde ich ein bißchen schade.

Nur mit der generellen Erhebung einer Energiesteuer, mit der viele Unternehmen längst gerechnet hatten und auf die sie sich einstellen wollten, kann der Wettbewerb gerecht sein und die Bedingungen für alle gleich sein. Wenn diese Energiesteuer von ihren Ausnahmen befreit ist, wird nicht nur mehr Gerechtigkeit hergestellt und mehr Ökologie praktiziert, sondern dann wird es auch mehr Wettbewerb geben und ökologische Produkte wettbewerbsfähiger. Das wollen wir schließlich alle.

(D)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Henke?

Roland Appel (GRÜNE): Ja.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte schön!

Rudolf Henke^{*)} (CDU): Herr Kollege Appel, da Sie jetzt als Wirkung Ihrer Öko-Steuer die Absenkung der Steuern und Sozialabgaben genannt haben,

(Rudolf Henke [CDU])

- (A) können Sie mir einmal erklären, wieso die Öko-Steuer sowohl in der Lage sein soll, die Beiträge zu den Sozialversicherungen respektive Steuern an anderer Stelle zu senken als auch steuerwirksam zu sein, indem sie das zu ihrem Aufkommen führende Verhalten vermeiden läßt?

Roland Appel (GRÜNE): Das haben Sie nicht verstanden. Die Öko-Steuer hat natürlich zwei Wirkungen: Zum einen wird sie erhoben, und dadurch werden die Lohnnebenkosten gesenkt. Zum anderen hoffe ich, daß unsere Unternehmer sowie Produzenten und Produzentinnen so klug sein werden, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die durch die Steuern entstehenden Kosten möglichst gering zu halten. Das heißt natürlich, daß sie auf diesem Wege ihre Produktionsverfahren optimieren werden. Ich werde Ihnen dieses später unter der Überschrift "Produktionsintensiver Umweltschutz" etwas näherbringen. - Das ist ja für Sie neu, dafür habe ich Verständnis. Darüber haben Sie in Ihrer Partei noch nicht diskutiert.

(Oh-Rufe bei der CDU)

- (B) Also: Wir haben bei den Energiesteuern eine Situation, in denen der Nachbesserungsbedarf auf Bundesebene klaworden ist. Wir haben diesbezüglich auch weitere Ansprüche.

In diesem Zusammenhang möchte ich übrigens daran erinnern, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß auch in Nordrhein-Westfalen die Situation, was das Fördern ökologischer Investitionen angeht, etwas besser sein könnte, wenn die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in die Koalition eingebrachten und vereinbarten Öko-Abgaben endlich erhoben würden. Auch hier haben wir verabredet, kein Geld einzubehalten, sondern zur Finanzierung ökologischer Investitionen wieder auszugeben. Der Bedarf hierfür ist vorhanden, und kann noch wesentlich gesteigert werden. Ich möchte Sie, Herr Ministerpräsident, deshalb daran erinnern, was das Kabinett beschlossen hat, und ich unterstreiche, daß meine Fraktion erwartet, daß Sie im kommenden Frühjahr die betroffenen Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und Umweltverbände zu Gesprächen zu diesem Thema einladen.

Welche positiven innovativen Effekte Öko-Abgaben haben, wird am Abwasserprogramm der Umweltministerin deutlich. Hier sind mit 256 Millionen DM über 6 000 Arbeitsplätze ge-

schaffen und dauerhaft gesichert worden. Arbeitsplätze schaffen auch die umfangreichen Anstrengungen zum Hochwasserschutz, bei dem die Mittel von 35 auf 70 Millionen DM in diesem Haushalt verdoppelt wurden, und z. B. neue Techniken zur Abfallbehandlung, die verstärkt zu Kreislaufprozessen und Verwertung von Zwischenprodukten führen. (C)

Die Umweltministerin hat die genehmigungsbedürftigen Abfallanlagen untersucht und die Recyclingquoten von 60 bis 85 % ermittelt, um hier Potentiale zu wecken und auszuschöpfen und auch so die Wirtschaft zukunftsfähig zu gestalten. Da haben Sie, Herr Linssen, mit Ihrer Altideologie vom Straßenbau ebensowenig an Ideen fürs nächste Jahrtausend zu bieten wie die Verfechter der Müllverbrennung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Produktionsintegrierter Umweltschutz ist die von uns verfolgte Vision. Sie soll die nachsorgende Technik der Abfallverwertung, Müllverbrennung oder den Etikettenschwindel des Grünen Punktes überholen. Mit einem Ansatz von 3 Millionen DM haben wir für 1999 die Initialzündung gegeben. Denn in der Produktion ökologisch zu wirtschaften heißt, Ressourcen bereits im Produktionsprozeß zu schonen, Energie einzusparen und dadurch Wettbewerbsvorteile zu gewinnen. Das erfordert viel Know-how. Aber es stärkt gerade auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Produkte und Produktionsmethoden. Hier ist Umweltschutz nicht Kostenfaktor, sondern Wettbewerbsknüller, liebe Kolleginnen und Kollegen. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Beispiel für ökologisches Wirtschaften ist in diesem Jahr die Erhöhung des Haushaltsansatzes für örtliche und regionale Beschäftigungsinitiativen. Da wird genau dies gemacht, und ich versuche einmal, dies plastisch darzustellen. Wir wollen z. B. das Industrie- und Gewerbegebiet "Grüner Weg" in Aachen zu einem Ökotechnikgelände weiterentwickeln.

(Zuruf des Lothar Hegemann [CDU])

Ziel hierbei ist es, Unternehmen zusammenzuführen, die Ressourcen gemeinsam nutzen. In Bielefeld wird z. B. das Abwasser einer Textilfabrik zuerst in einer angesiedelten Autowaschanlage genutzt und entölt und danach in einem benachbarten Druckbetrieb verwendet. Alle drei beteilig-

(Roland Appel [GRÜNE])

- (A) ten Unternehmen sparen dadurch Kosten und erreichen Vorteile für die Umwelt. Ähnliche Beispiele gibt es nur in Dänemark und in den Vereinigten Staaten. Das ist produktionsintegrierter Umweltschutz, und das hilft, Wettbewerbsvorteile auszugleichen. Das gibt den deutschen Unternehmen Vorsprung durch Umwelttechnik, und genau diesen wollen wir fördern.

Wir wollen - dafür stehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - diese Volkswirtschaft nachhaltig gestalten, umbauen und zukunftsfähig machen. Wir müssen von der Nachsorge- zur Vorsorgepolitik kommen. Das bedeutet langfristig, die Nase ökologisch und ökonomisch vorn zu haben.

Das gilt, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch für eines meiner Lieblingsthemen, den Energiebereich. Hier ist unsere konkrete Utopie eine dezentrale Energieversorgung mit hohen Wirkungsgraden bis zu 85 % und darüber hinaus. Wenn nach einer Untersuchung der Deutschen Bank Research, übrigens von einem Befürworter von Garzweiler II verfaßt, der Wettbewerbsvorteil von Erdgas bei der Energieerzeugung gegenüber der Braunkohle immer größer wird, schon heute die Kilowattstunde Braunkohlenstrom in der Erzeugung bei 7,8 Pfennig kalkuliert wird, während Wasserkraftstrom aus Skandinavien für 2 Pfennig pro Kilowattstunde angeboten wird, mit Durchleitungsgebühr vielleicht bei 6 Pfennig landet, dann ist das ökonomische Aus eines Verlustprojektes von 750 Millionen DM per anno - das wäre Garzweiler II - heute schon absehbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen jedenfalls eine dezentrale, eine ressourcensparende, eine nachhaltige Energiewirtschaft, die im übrigen mehr Arbeitsplätze schafft als Großkraftwerke. Mit der Lockerung der Gemeindeordnung, die wir für die energiewirtschaftliche Betätigung der Stadtwerke auf dem Energiemarkt fordern - derzeit gehen wir in Gespräche darüber -, machen wir einen wichtigen Schritt zu mehr Marktgerechtigkeit und Dezentralität.

Ein ganz wichtiger Beitrag zur Schaffung ökologischer Arbeitsplätze ist das REN-Programm, die sogenannte REN-Breitenförderung im Haushalt des Bauministers. Auch wenn es nicht gelungen ist, für das kommende Jahr eine erneute Steigerung des Ansatzes zu erreichen, hält sich die Kürzung doch im Rahmen, so daß die 50 Millionen DM, die wir 1999 im Ansatz haben, immer noch über dem Ansatz von 1997 liegen und damit ver-

stetigt worden sind. Durch dieses Programm wurden bisher landesweit 25 000 Vorhaben realisiert. Das ergibt eine Reduzierung des Ausstoßes von CO₂ um ca. 1,2 Millionen Tonnen pro Jahr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, damit wird deutlich, daß sich Umweltschutz im Zusammenhang mit dem Schaffen von Arbeitsplätzen lohnt.

Das sind wichtige Schritte auf dem Weg zu einer Energiewende, aber jeweils nur wenige Millionen im Landeshaushalt, die sehr viel auslösen. Man muß sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, einmal vorstellen, welchen Meilenstein im ökologischen und energiepolitischen Umbau es bedeuten würde, wenn sich der Stromkonzern RWE endlich von seinen alten Ideen verabschieden würde, wenn er die 25 Milliarden DM Rücklagen, die er besitzt, für eine moderne kraftwärmegekoppelte und dezentrale Energieversorgungsstruktur einsetzen würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie viele Arbeitsplätze würde das schaffen! Ein Vielfaches dessen, was mit dem Kraftwerkserneuerungsprogramm denkbar und möglich ist.

Die Zukunft der Energieversorgung liegt in dezentralen Einheiten und in der Kraft-Wärme-Kopplung. Damit würden der Energieverbrauch und der Ressourcenverbrauch drastisch gesenkt.

Nordrhein-Westfalen schafft auch mit diesem Haushalt Arbeitsplätze durch Umsteuern in der Umweltpolitik, durch erste Schritte zu einer Verkehrswende, die wir dringend brauchen. Die Sicherung nichtbundeseigener Eisenbahnen ist eine wichtige Voraussetzung, um mittelfristig den Güterverkehr in Nordrhein-Westfalen von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

Ich greife auf mein anfängliches Bild von den Utopien zurück. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nicht der Utopie ausgeliefert sein, daß der letzte Zentimeter Rasen in unserem Land mit Straßen zubetoniert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht werden Sie sagen: Das ist übertrieben. Aber ich glaube, wir stehen heute ganz konkret vor der Entscheidung, ob im nächsten Jahrtausend trotz acht- oder zehnspurigen Autobahnen die Realität von einem fortgesetzten Verkehrskollaps mit einer drastischen Steigerung der Emissionen durch den Lkw-Verkehr geprägt sein

(C)

(D)

(Roland Appel [GRÜNE])

- (A) wird oder ob es uns gelingt - hören Sie zu! -, bis zum Jahr 2010 den um 50 % ansteigenden Güterverkehr auf die Schienen zu verlagern. Das müssen wir tun. Das ist die richtige Richtung, das ist die Zukunftsfrage. Ich habe kein Verständnis dafür, mit welcher ideologischen Befrachtung die CDU, aber leider auch Teile unseres Koalitionspartners an der Rolle des Straßenbaus hängen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend konkret sagen, wie der Laden in zehn, zwanzig Jahren aussehen soll. Diese Frage muß man auch im Rahmen einer Haushaltsdebatte klar stellen und nicht immer nur sagen: Da stehen 150 Millionen DM Verpflichtungsermächtigung oder so für den Straßenverkehr. - Sagen Sie doch den Bürgerinnen und Bürgern, wie sie mit den Emissionen, mit dem Lärm und all dem zurandekommen wollen. Das ist doch technisch gar nicht möglich.

- (B) Dreh- und Angelpunkt unserer konkreten Utopie für die ökologische und ökonomische Entwicklung ist außerdem der Agenda 21-Prozeß, der ein Bündnis von Innovation, Umwelt und Beschäftigung anstrebt und von der Koalition als Beschreibung eines kooperativen vernetzten Politikmodells in diesem Jahr auf den Weg gebracht worden ist. Wir wollen damit weit mehr als einen Umweltpakt oder Verfahrensbeschleunigung. Wir wollen Verschränkungen, wir wollen Vernetzungen, die weit über das Feld der Umweltpolitik hinausgehen, um nachhaltige Politik, nachhaltiges Wirtschaften als Gegenmodell zum bisherigen Wirtschaften zu machen. Wir möchten vor allen Dingen, daß dies zum bestimmenden gesellschaftlichen Prinzip wird. Wir haben gute Ansätze. Es gibt viele Unternehmer, die heute in dieses Prinzip ihr Vertrauen setzen.

Die Logistik der Zukunft wird anders ablaufen als über Straßen und mit den bisherigen Verfahrensweisen. Auch die Kommunikation wird anders laufen. Aber auch hier brauchen wir eine nachhaltige Entwicklung.

Wenn wir immer mehr Medien haben, brauchen wir Medienkompetenz. Deswegen haben wir in diesem Jahr dafür gekämpft, daß selbst für die Grundschulen Computer zur Verfügung gestellt werden, damit junge Menschen sehr früh lernen, mit den Risiken und Chancen der Kommunika-

tionsmittel handlungsfähig umzugehen. Sie müssen unterscheiden können, was sie gebrauchen können, um sich in der Welt bewegen zu können, was ihnen nutzt und was eher überflüssiger Schnickschnack ist, der ihnen nicht die Arbeit, nicht das Leben erleichtert, sondern der wie die d-Box von Herrn Kirch, von den Medienmogulen darauf ausgerichtet ist, daß ihnen mehr Geld aus der Tasche gezogen wird. Hier liegt die Zweiseitigkeit der Medien. (C)

(Zuruf des Lothar Hegemann [CDU])

- Aber sicher, Herr Hegemann. Ich weiß doch, daß Sie sich darüber aufregen. Nur: Seien Sie doch einmal ehrlich, mehr als einen bis drei Fernsehfilme am Abend können auch Sie nicht konsumieren. Sie können doch nicht drei in Stereo gucken. Deswegen können Sie nur auf das Angebot zurückgreifen, das Sie heute haben. Sie müssen Rundfunkgebühren zahlen, ein Fernsehgerät müssen Sie bezahlen und möglicherweise noch für einen Kabelanschluß oder eine Satellitenschüssel.

Das sind die Kosten, die jetzt anfallen. Und in dieses, also genau das gleiche Angebot, nur in einer anderen Verpackung präsentiert, möchte sich nun Herr Kirch und möchten sich auch die Leute von Bertelsmann zwischenslinken mit dem Ziel, noch eine, eine vierte Rechnung zu schreiben: digitale Verschlüsselung. Diesen Effekt haben die Bürgerinnen und Bürger durchschaut. Deswegen hat das Ganze auch keine Marktchancen. Und deswegen war die Entscheidung von Herrn van Miert auf EU-Ebene richtig, der diese Machenschaften eines Großkartells nicht zugelassen hat. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN - Lothar Hegemann [CDU]: Da war Bertelsmann auch dabei!)

Man muß also, wenn es um die Innovationen für das nächste Jahrtausend geht, genau hinschauen.

Das gilt im übrigen auch für die Call-Center. Sie gelten ja neuerdings auch als so ein Job-Schaffer. Das darf allerdings nicht dazu führen, daß die Citibank, die bisher in Nordrhein-Westfalen drei Call-Center betreibt - eines in Bochum, eines in Köln und ein weiteres -, mit Mitteln des Landes an einem vierten Standort ein Call-Center einrichtet, allerdings dafür die drei anderen streicht. So haben wir uns das mit der Arbeitsplatzförderung und der Wirtschaftsförderung nicht vorgestellt!

(Roland Appel [GRÜNE])

- (A) Das kann nicht sein! Deshalb muß man ganz genau schauen, wie so etwas läuft.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Und deswegen brauchen wir natürlich in diesem Bereich - dies gilt aber auch für den Bereich der Medienpolitik - einen validen Subventionsbericht. Wir brauchen eine Effektivitätskontrolle von Subventionen: wohin sie fließen, was damit erreicht wird.

Ich denke, wir müssen uns statt solcher Förderungen stärker in der Förderung von Unternehmensgründungen engagieren. Wir müssen uns stärker bei Betriebsübernahmen engagieren, damit junge Menschen die vielen Betriebe, deren Inhaber die Ruhestandsgrenze erreichen, übernehmen können, damit sie dafür fit gemacht werden, damit sie dafür Beratung, Kapital - auch Risikokapital - sowie Know-how bekommen. - Übrigens auch Risikokapital für ökologische Projekte. Insofern sind wir damit, wie es bisher mit dem Risikokapital gelaufen ist, lange noch nicht zufrieden.

Die Medienwirtschaft in Nordrhein-Westfalen wollen wir erhalten und ausbauen. Aber wir wollen sie auf ihrem jetzigen Level und mit der Stärke, die sie heute hat, indem sie viele kleine und mittlere Unternehmen ausweist, ausbauen und stärken. Diese Vielfalt brauchen wir. Wir erwarten, daß auch der WDR seinen Beitrag dazu dadurch leistet, daß er mehr in Köln, Düsseldorf und im übrigen Umfeld bei den kleinen und mittleren Produzenten in Nordrhein-Westfalen herstellen läßt und nicht woanders. Das heißt: Wir wollen unsere Förderpolitik nicht in erster Linie auf große Gesellschaften verlagern. Denn das könnte sehr schnell zu Situationen führen, in denen solche Projekte doch das eine oder andere mal ordentlich auf der Kippe stehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich das wiederholen, was wir schon im Sommer gesagt haben: Wir, die BÜNDNIS-GRÜNEN, sind an einer vollen Sachverhaltsaufklärung dessen interessiert, was bei der Förderung von HDO und dessen Sub- und Schachtelunternehmen abgelaufen ist. Dafür stehen wir.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe des Oliver Wittke und des Michael Breuer [CDU])

- Wir haben einen Untersuchungsausschuß, der ist dazu da, zu untersuchen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Er ist aber nicht dazu da,

mit Indiskretionen, Manövern und möglicherweise auch mit Verfahrenstricks zu versuchen, zwischendurch Öffentlichkeit über Sachverhalte zu schaffen, die noch gar nicht voll aufgeklärt sind und bei denen man noch genau dahintergucken muß, wer im einzelnen betroffen ist.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was hat denn Frau Höhn beim Dioxin-Untersuchungsausschuß getan? - Ministerin Bärbel Höhn: Das haben wir alles durchgesetzt! - Weitere Zurufe zwischen Dr. Helmut Linssen und Ministerin Bärbel Höhn)

- Seien Sie mal vorsichtig, Herr Linssen. Wissen Sie, in den Aufsichtsratsprotokollen, die wir gesehen haben, kommen immer wieder Namen von Personen vor, die Ihrer Partei angehören, beispielsweise der von Herrn Vondran. Das haben wir hier ja auch schon diskutiert.

(Zurufe von der CDU)

- Seien Sie doch mal ruhig! Warten Sie mal ab, was da noch kommen wird! Das ist alles noch gar nicht so klar.

(Zuruf des Oliver Wittke [CDU])

- Benehmen Sie sich doch einmal ein bißchen.

(Unruhe)

Ich meine nicht die Lautstärke. Ich muß das erklären: Ich meine die Qualität. Da kommt ja nichts. Machen Sie doch einmal einen ordentlichen Zwischenruf.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege, Herr Hegemann hat eine Zwischenfrage. Würden Sie die zulassen?

Roland Appel (GRÜNE): Aber ja.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte schön!

Lothar Hegemann (CDU): Herr Kollege, woher wissen Sie eigentlich, was im Untersuchungsausschuß läuft? Sie als ordentliches Mitglied sind doch erst in zwei von zehn Sitzungen gewesen.

(Zuruf des Oliver Wittke [CDU]: Treffer versenkt! - Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

- (A) **Roland Appel** (GRÜNE): Sehen Sie, Herr Kollege, körperliche Anwesenheit und geistige Beteiligung sind zwei unterschiedliche Kategorien, die bei Ihnen öfters auseinanderfallen.

(Unruhe)

"Öffentliche Sicherheit" liebe Kolleginnen und Kollegen, eines der Lieblingsthemen der CDU. Wir haben anlässlich der Haushaltsdebatten zu dem Komplex "Inneres" von der CDU wieder herrliche Anträge gehört, die sie gestellt hat, um die Zahl der Stellen bei der Polizei zu erhöhen. Allerdings hat sie dafür keine Finanzierungsvorschläge vorgelegt.

Ich habe Ihnen, Herr Linssen, schon erklärt, was man organisatorisch tun könnte, um über mehr Ressourcen zu verfügen.

Ich glaube aber auch, daß wir noch einmal ausführlich darüber reden müssen, wofür Polizei in diesem Lande eingesetzt wird. Ich bin nämlich sehr skeptisch gegenüber dem, was manchmal unter der Überschrift "Ordnungspartnerschaften" praktiziert wird: Die Polizei wird daran nicht in erster Linie beteiligt, um Kriminalität zu bekämpfen, sondern weil Sie sie am liebsten dazu mißbrauchen möchten, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, d. h., eigentlich im sozialen Bereich einzugreifen, um mit den gesellschaftlichen Problemen fertigzuwerden, etwa wenn sich Drogenkranke oder Obdachlose am Bahnhof - dem einzigen Platz, wo sie sich aufhalten können, weil ansonsten die entsprechende soziale Infrastruktur fehlt - treffen. Da möchten Sie Polizei einsetzen und begründen das mit der Gefährdung der öffentlichen Ordnung.

- (B) Ich halte das nicht für den richtigen Weg, und ich glaube auch, daß die Ordnungspartnerschaften nicht der richtige Weg sind, um der Polizei für die Zukunft die richtigen Aufgaben in der Gesellschaft zuzuweisen. Ihre Aufgabe ist immer noch Gefahrenabwehr und Strafverfolgung und nicht das Eingreifen bei sozialen Mißständen und nicht die Beseitigung von sichtbaren Spuren von Armut in der Gesellschaft, damit die Konsumtempel und -zentren der privatisierten Öffentlichkeit inzwischen in einigen Städten sauberer aussehen und mehr dem Konsum gewidmet werden können.

Wenn eine Gesellschaft Armut hat, wenn eine Gesellschaft Armut erzeugt, dann muß diese Armut auch sichtbar sein. Dann darf die Polizei nicht mißbraucht werden, um die Armut aus der Sichtbarkeit, aus der Öffentlichkeit zu verbannen,

obschon sie doch da ist. Das gehört zu den Grundprinzipien einer demokratischen, einer solidarischen Gesellschaft. Und das werden wir verteidigen. (C)

Ich habe mit großer Sorge die Diskussion um die weiteren Aufgaben der Polizei verfolgt, die Sie von der CDU-Fraktion geführt haben. Hierfür gibt es sicherlich noch eine andere Ursache. Dabei denke ich an das, was sich rund um die Demonstration gegen die NPD in Bonn abgespielt hat.

Anlässlich der Haushaltsberatung möchte ich ansprechen: Zunehmend müssen wir die Tendenz feststellen, daß es eine gutgemeinte Polizeitaktik gibt, die davon ausgeht, daß der Polizei jede mögliche technische Ausrüstung zur Verfügung steht. Die Abwehr einzelner Störer und Straftäter bei Demonstrationen wird es bei Demonstrationen immer geben. Dann muß die Strafverfolgung funktionieren. Es kann aber nicht angehen, daß einige wenige Straftaten begehen und durch ihr Verhalten dafür sorgen, daß 300, 400 oder 500 Jugendliche eingekesselt werden, daß es Massenfestnahmen gibt, die Leute nicht nur stundenlang im Regen stehen müssen, sondern alle erkennungsdienstlich behandelt werden, befürchten müssen, daß ihre erste Konfrontation mit dem Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit in einer Konfrontation mit der Staatsgewalt endet. Das kann gesellschaftlich nicht toleriert werden. (D)

(Heinz Paus [CDU]: Immer dieselbe Leier!)

- Herr Paus, daß es zu Ihren Phantasien gehört, Demonstrationen am liebsten nur unter Polizeischutz - am besten schon bei der Aufstellung - und eingekesselt durch die Stadt führt, haben Sie hier schon des öfteren verbal unter Beweis gestellt. An dieser Stelle erwarte ich von Ihnen überhaupt keine andere Reaktion mehr.

(Heinz Paus [CDU]: Das ist hochgradiger Quatsch. - Theodor Kruse [Olpe] [CDU]: Erzählen Sie doch nicht so einen Blödsinn!)

Wir müssen wieder darüber nachdenken, was hier eigentlich wirklich passiert, welches Demokratieverständnis bei Jugendlichen geweckt wird, welcher Schaden angerichtet wird. In den 60er und 70er Jahren haben wir in diesem Lande eine solche Entwicklung bereits einmal durchgemacht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben es mit einer neuen Generation Jugendlicher zu tun, die lernt, mit ihren demokratischen Rechten umzugehen. Wenn die in solche Situationen gerät, werden ihr Bewußtsein und ihre positive Einstellung

(Roland Appel [GRÜNE])

- (A) zum demokratischen Gemeinwesen nicht gestärkt. Mit solchen Vorgehensweisen erweisen Sie der Demokratie einen Bärendienst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Paus, manches Feindbild, das sich hinter Begrifflichkeiten wie zum Beispiel "gewaltbereit" versteckt, der überhaupt kein justitierbarer Begriff ist, den ich deshalb gerne einmal hinterfragen würde, verkehrt eine Entwicklung in das genaue Gegenteil dessen, was beabsichtigt ist, weil dann nämlich gesagt wird: Wenn ich sowieso als gewaltbereit eingestuft werde, ist es ja auch egal. - An dieser Stelle werden die Grenzen fließend.

(Heinz Paus [CDU]: Abenteuerlich!)

Dann haben wir es mit einer Situation zu tun, die der in den 70er Jahren entspricht, als es den Begriff des "Sympathisanten" gab, mit dem versucht wurde, Menschen, die sich in einer Situation gegenüber der damaligen Politik kritisch äußerten, nicht im Main-stream gerudert sind, als damals die Anti-Terror-Gesetze geschaffen und alle möglichen Bürgerrechte in diesem Lande eingeschränkt wurden, zu belegen. Dazu gehörten auch Schriftsteller wie Heinrich Böll und andere, die mit dem Begriff des "Sympathisanten" stigmatisiert wurden.

- (B) Genauso geraten wir heute schleichend in eine Situation, in der Begrifflichkeiten wie "Störer" und "Gewaltbereiter" auf Jugendliche angewendet werden, die an einer Demonstration teilnehmen, wobei das nur an ihrer Kleidung festgemacht wird, an dem Ort, an dem sie sich aufhalten, der Ecke, aus der sie kommen. Dabei wird nicht auf ein rechtsstaatliches Verhalten bzw. eine Straftat abgestellt, sondern lediglich ein potentielles Tun. Herr Paus, das ist nicht rechtsstaatlich. Darüber müssen wir nachdenken. So darf es nicht weitergehen. Es muß ein Umdenken geben.

Über die Nachdenklichkeit hinaus, wie wir mit Jugendlichen umgehen sollen, haben wir schon erhebliche Fortschritte in der Polizeiausbildung sowie insbesondere in den letzten Wochen und Monaten mit der Förderung der Kompetenz unserer Polizei beim Umgang mit hier Eingewanderten umzugehen, erzielt. Das möchte ich an dieser Stelle ganz besonders hervorheben, dient es doch - anders als die Diskussion über die angebliche Ausländerkriminalität, Herr Linssen - wirklich der Verbesserung der polizeilichen Arbeit und des Vertrauens. Lieber Herr Linssen, immerhin werden 98 % aller Straftäter nicht etwa gefaßt, weil

die Polizei für Aufklärung sorgt, sondern weil Bevölkerung, die Bürgerinnen und Bürger, die Straftäter bzw. die aufklärungsrelevanten Dinge berichten und den Straftäter meistens gleich mitliefern. Das ist Tatsache.

Was bedeutet das? - Wir brauchen auch in der eingewanderten Bevölkerung Vertrauen, mehr Eingewanderte, die in den Polizeidienst eintreten. Wir brauchen darüber hinaus die sogenannten Interkulturellen Trainings - die es in Nordrhein-Westfalen übrigens schon gibt. Dort lernt der Ermittler unter anderem, daß die niedergeschlagenen Augen einer jungen Türkin bedeuten, daß sie Respekt gegenüber Älteren und gegenüber Fremden bezeugt. Es bedeutet nicht das Eingeständnis einer Schuld, wie er es auf der Polizeischule gelernt hat. Das muß man lernen und wissen. Dazu gehört auch, daß man beim Besuch an der Haustüre nicht zum falschen Zeitpunkt die Hand gibt. Das gehört zu den Dingen, die das Vertrauen stärken und die durch die Interkulturellen Trainings, die unsere Polizei absolviert, einfließen. Das erzeugt ein Mehr an Sicherheit und ist ein Beleg für die Tatsache, daß wir eine Migrationsgesellschaft haben.

Gestatten Sie mir nun noch Bemerkungen zu zwei Punkten.

(Unruhe bei der CDU - Heinz Paus [CDU]: Wir gestatten nicht.)

- Herr Paus, gleich werden Sie sich wieder freuen. Gestern habe ich in der Zeitung lesen können, daß sich auch der Präsident der Arbeitgeberverbände Sorgen um unsere Zukunft macht, nicht nur um die derzeitige Situation, sondern auch die zukünftige Entwicklung. Der Kombilohn ist in die Diskussion geraten. Den fordert Herr Hundt, weil er meint, daß durch ihn eine deutliche Absenkung der Arbeitslosigkeit möglich sei. Man habe - so hieß es - ein Problem mit nicht gering qualifizierten Arbeitslosen. - Ich meine, daß wir es zunächst einmal mit dem Problem zu weniger Arbeitsplätze zu tun haben. Ganz ausdrücklich wende ich mich dagegen, daß Arbeitslosigkeit als Problem immer bei den Arbeitslosen als Opfern und Betroffenen festgemacht wird, nicht aber bei denen, die für die wirtschaftlichen Prozesse verantwortlich sind, die zu Arbeitslosigkeit geführt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es mag zutreffen, daß die Problembeschreibung von Herrn Hundt an einigen Punkten vielleicht gar

(C)

(D)

(Roland Appel [GRÜNE])

- (A) nicht so falsch ist, dann allerdings unter einer anderen Überschrift.

Aber es muß doch die Ursache gesehen werden, daß in Wirklichkeit die immense Beschleunigung der wirtschaftlichen Anforderungen, des Konkurrenz- und Rationalisierungsdrucks dafür verantwortlich ist, daß Menschen, die langsamer, älter, krank oder behindert oder aus anderen individuellen Gründen einfach weniger leistungsfähig sind, in unserer Beschäftigungsgesellschaft ganz schnell und auf Dauer durchs Raster fallen. Da müssen wir helfen; da brauchen wir neue Ideen und Konzepte. Es geht aber nicht so, wie Herr Hundt in der "Westfalen Post" am 15. Dezember 1998 philosophiert hat: "Schuhe putzen ist eine Tätigkeit wie jede andere auch". Ich würde hinzufügen: Für 10 000 DM im Monat mag das stimmen, aber nicht unter den Umständen, die Herr Hundt gemeint hat.

- (B) Ich glaube, daß das volkswirtschaftliche Intelligenzniveau unserer arbeitgeberischen Innovationskräfte doch einmal an einigen Stellen auf den Prüfstand müßte. Dazu fällt mir übrigens die Idee des Kölner Kabarettisten Jürgen Becker ein - Sie kennen ihn wahrscheinlich noch nicht -, der im Rahmen seiner Reflexionen über die Segnungen des rheinischen Kapitalismus den Gegensatz zum amerikanischen Kapitalismus konstruiert und als neueste Idee des US-Jobwunders den Beruf des Gesäßabputzers empfohlen hat. Er formuliert dies natürlich anders, aber das ist in diesem Hause nicht erlaubt.

Es mag ja sein, daß es bei besonders Reichen in unserem Land den Gedanken gibt, dafür finde sich bei 5 Millionen Arbeitslosen niemand, aber ich glaube, daß der Staat um die Jahrtausendwende, daß die Gesellschaft andere Weg aufspüren muß, um diese Menschen in Arbeit zu bringen und dafür zu sorgen, daß sie nicht weiter durch den Rost fallen. Billigarbeitsplätze per Kombilohn zu subventionieren und damit den Ausbau des Billiglohnsektors voranzutreiben, das wollen wir nicht. Wir wollen Hilfe. Dazu müssen wir zur Idee des Kombilohns und vor allen Dingen über seine Ausgestaltung einiges hinterfragen.

Im Zusammenhang mit Zukunftsfragen komme ich zur Jugendarbeitslosigkeit. Wir begrüßen das neue Programm der Bundesregierung, Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen; denn eine Gesellschaft, die Jugendliche von Arbeit und

Ausbildung ausschließt, stellt letztlich ihren sozialen Frieden zur Disposition. Wir erwarten aber auch, daß mit den Geldern der Bundesregierung neue Konzepte zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit entwickelt werden. Dabei ist mehr gefragt als manche geschickte Medieninszenierung.

Ich hoffe, daß wir im kommenden Jahr mit den 370 Milliarden DM gemeinsam mehr tun werden als Ausbildungsplätze per Rundreise einzusammeln. Ich will die Bemühungen des Herrn Ministerpräsidenten nicht schlecht schätzen. Man stelle sich jedoch vor: Ministerin Fischer mit dem Roten Kreuz auf Rundreise für Drogentherapieplätze, der Justizminister mit der Caritas auf Tour für Haftplätze, und Minister Vesper führt, ohne Geld dafür zu haben, Vier-Augen-Gespräche über Solartechnik und das REN-Programm. Das geht nicht!

Wir brauchen also Konzepte; wir müssen uns grundsätzlich etwas einfallen lassen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat angekündigt: Wenn die Unternehmer, die nicht ausbilden, bereit sind, dieses Handeln aufzugeben und wieder ausbilden, dann ist sie notfalls bereit, ein Umlagemodell mitzutragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gestatten Sie mir zum Schluß eine Bemerkung zu dem Politikbereich, der meines Erachtens ein großer Erfolg der neuen Bundesregierung ist, sein wird und der - so glaube ich - in diesem Land einiges verändern wird. Es ist wirklich ein Erfolg für die Demokratie, über den man sich freuen kann, daß diese Regierung die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts endlich angeht. Wir brauchen dringend die doppelte Staatsbürgerschaft für die Menschen, die lange in diesem Lande leben, und vor allem für die, die hier geboren sind und nicht länger Fremde per Dekret bleiben dürfen.

Wir dürfen dabei aber nicht vergessen, daß auf unserem Planeten und damit auch in Europa weiterhin Menschen auf der Flucht sind und diese aufgenommen werden müssen. Wir dürfen nicht verdrängen, daß Migration ein normaler Zustand in einer modernen Industriegesellschaft ist. Deswegen werden wir das Ausländerrecht verändern müssen, um die Ungerechtigkeiten zu beseitigen, die es immer wieder schafft. Wenn die geltende Gesetzeslage unerträgliche Härtefälle erzeugt, wenn Menschen 7, 8, 9 oder 10 Jahre in diesem

(Roland Appel [GRÜNE])

- (A) Lande leben können, geduldet werden, aber gleichzeitig illegal bleiben, um dann eines Tages abgeschoben zu werden, dann hat das am Ende mit Humanität nicht viel zu tun.

Deswegen hat die Bundesregierung eine Altfallregelung vereinbart, die im Frühjahr eintreten soll. Zu dieser Altfallregelung sage ich insbesondere in Richtung unseres Innenministers sehr eindeutig und eindringlich: Wir brauchen eine Altfallregelung im Wege einer Änderung des Ausländergesetzes, die den Ländern und den Ausländerämtern die Möglichkeit zurückgibt, humanitäre Entscheidungen für die Flüchtlinge zu treffen. Ich weiß, daß die sozialdemokratischen Länderinnenminister derzeit wieder eine einmalige Altfallregelung planen. Eine solche einmalige Regelung hatten wir schon 1996, und ich prophezeie, daß die unabwiesbaren Fakten ungerechter Entscheidungen auch nach einer erneuten einmaligen Regelung wieder entstehen werden.

Ein ungerechtes Gesetz, das solche schlechten Entscheidungen erzeugt, kann man nicht dadurch beseitigen, daß man immer wieder im übertragenen Sinne Amnestien erläßt; denn nichts anderes sind die Altfallregelungen. Wenn es sich um ein nicht rechtstaatliches Gesetz handelt - das merken wir an den Auswirkungen des Asylkompromisses und der Folgegesetze - kann es nicht immer wieder durch Amnestien ein bißchen repariert und abgemildert werden; es muß dauerhaft humanisiert werden. Deswegen bedarf es einer gesetzlichen Altfallregelung.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Demokratiefähigkeit einer Gesellschaft mißt sich daran - das hat Gustav Heinemann gesagt -, wie sie mit Minderheiten umgeht. Das ist uns Verpflichtung, und das sollte, meine ich, auch den sozialdemokratischen Länderinnenministern Verpflichtung sein. In diesem Sinne hat die Demokratie mit dem Staatsbürgerschaftsrecht viel gewonnen und mit dem Flüchtlingsrecht und der Altfallregelung - so hoffe ich - noch viel zu gewinnen. - Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun für die Landesregierung Ministerpräsident Clement.

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir wollen heute den Haushalt 1999 endgültig verabschieden. Das ist die wichtigste Entscheidung, die dieses Haus in diesem Jahr zu fällen hat. Es ist eine Entscheidung, die darüber Auskunft gibt, was in unserem Lande 1999, soweit es von der Politik beeinflussbar ist, getan werden soll und getan werden kann.

Deshalb ist es auch richtig, daß wir uns in einer solchen Debatte nichts schenken. In der politischen Auseinandersetzung muß dies nicht sein.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Das ändert nichts daran, daß heute wahrscheinlich viele Menschen in unserem Land und auch in anderen Ländern auf etwas anderes schauen als auf uns, auf diese Auseinandersetzung und diese Debatte. Viele Menschen in Deutschland, im Mittleren Osten, im Nahen Osten, in Israel, nicht zuletzt im Irak schauen heute voller Angst und Sorgen auf die militärische Auseinandersetzung, die dort in der letzten Nacht entbrannt ist. Ich bin davon überzeugt, daß wir alle hoffen, daß diese militärische Auseinandersetzung so rasch wie möglich zu Ende geht. Ich bin davon überzeugt, daß wir alle meinen, daß der Einsatz militärischer Mittel keine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, sondern die absolute Ultima ratio, die Antwort, die nur gegen Gewalt, gegen die Verletzung von Menschenrechten, wie dies im Irak der Fall ist, erlaubt ist.

(C)

(D)

Ich denke, wir hoffen alle mit den Menschen im Irak, daß dieser schreckliche Diktator Saddam Hussein diesem Land, dem Volk im Irak, aber auch darüber hinaus bald erspart bleibt.

(Allgemeiner Beifall)

Wir erfahren damit wenige Tage vor der Jahreswende, daß diese Welt doch ein bißchen unsicherer ist - in manchen Regionen sehr viel unsicherer -, als wir hier unter unseren Lebensbedingungen denken mögen. Der Ost-West-Konflikt ist zu Ende, aber die Welt ist ganz offensichtlich nicht sicherer geworden. Ich denke, es ist nicht unwichtig, daran wenige Tage vor der Jahreswende zu erinnern.

Wenn es um den Haushalt Nordrhein-Westfalens geht, geht es um ganz klare Aufgaben, die uns gestellt sind. Die entscheidende Aufgabe lautet,

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) das Land Nordrhein-Westfalen fit zu machen nicht nur für das nächste Jahr, sondern für diese Zeit, die ja wohl eine Zeitenwende ist, um mit den Herausforderungen - vor allen Dingen internationalen Herausforderungen - fertig zu werden. Das Land fähig zu machen heißt nichts anderes als dies an erster Stelle: Die Menschen - zumal die junge Generation - sind soweit wie irgend möglich wieder in Arbeit und Brot zu bringen. Nichts ist wichtiger als diese Aufgabe.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben rund 4 Millionen offiziell registrierte Arbeitslose. Darunter sind viele, viele tausend junge Leute, unter 25jährige. Es sind viele unter 25, die wir heute schon als Langzeitarbeitslose bezeichnen müssen. Das ist es, was uns nicht zur Ruhe kommen lassen darf und was wir mit aller Kraft bekämpfen werden. Das bekämpfen wir mit aller Kraft sowohl von Bonn aus - demnächst von Berlin aus - als auch hier mit dem, was uns im Lande gegeben ist. Das ist die allererste Aufgabe.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Meine Damen und Herren, Herr Kollege Linssen, darauf können Sie sich verlassen: Daran und an nichts anderem werden wir uns messen lassen, an unserem Einsatz gegen die Arbeitslosigkeit. Wir werden uns daran messen lassen, das zu beseitigen, was in der Bundesrepublik Deutschland innerhalb von 16 Jahren unter der politischen Verantwortung und der politischen Führung - nicht der Alleinverantwortung, aber der politischen Mitverantwortung - der bisherigen Bundesregierung entstanden ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Eine politische Auseinandersetzung über das, was einen Haushalt ausmacht und was ein Haushalt aussagt, ist vernünftig. Ich bedauere, Herr Kollege Linssen, daß Sie mir zwar einen Wettbewerb angeboten haben, aber leider keinen Wettbewerb in der Sache. Es war kein Satz in der Sache neu. Einen Wettbewerb in politischer Herabsetzung haben Sie heute angeboten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das muß Ihnen der Neid lassen, Herr Kollege Linssen: Sie haben ein Meisterstück der politischen Herabsetzung gezeigt.

(Beifall bei der SPD)

Das war die Rede eines Bewerbers für die CDU-Spitzenkandidatur. Das war keine Rede, um ein Land regieren zu können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich bin davon überzeugt, für politische Herabsetzungen geben die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land in ihrer Mehrheit keine Zustimmung. Sie stehen nicht zu Unrecht auf dem tiefsten Stand der CDU in der Nachkriegszeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben recht, Herr Kollege Linssen, Herr Kollege Stoiber war hier. Vermutlich ist er nicht hierher zu mir gekommen, weil sein Bild von mir dem Zerrbild entspricht, das Sie von mir entworfen haben.

(Beifall bei der SPD)

Die Vermutung, Herr Kollege Linssen, liegt nahe, daß er mich ernst nimmt und nicht auf die Idee käme, ein solches Zerrbild zu entwerfen, wie Sie das heute hier getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Dr. Stoiber hat Nordrhein-Westfalen besucht, und er hat dafür gute Gründe gehabt. Ihm ist völlig klar, daß man ein Land sehr ernst nehmen muß, das einen solchen Strukturwandel bewältigt, das eine starke Bevölkerung mit hochklassiger Infrastruktur versorgt, das in Telekommunikation und Biotechnologie Spitze ist und das nebenbei Jahr für Jahr Milliarden in den Länderfinanzausgleich steckt. Ein solches Land hat der Kollege Stoiber besuchen wollen. Er war hier willkommen. Offensichtlich könnten Sie bei ihm Nachhilfe nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann das, was Sie an meine Adresse - auch an persönlicher Herabsetzung - gesagt haben, nur als Teil des Wettbewerbs, in dem Sie sich befinden, verstehen. Es ist Panik. Offensichtlich fühlen Sie sich durch die politischen Jobhopper, mit denen Sie jetzt zu tun haben, Herrn Rüttgers und Frau Thoben - die eine kommt aus der politischen Warteschleife in Bonn, der andere sucht jetzt eine neue Karriere -, bedrängt.

Das ist Ihr Problem. Das ist aber kein Grund, mit anderen, auch nicht mit dem politischen Gegner - erst recht nicht, wenn man dessen Stelle ein-

(C)

(D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) nehmen will -, so umzugehen, wie Sie das getan haben.

(Loke Mernizka [SPD]: So ist es! - Zurufe von der CDU)

Wissen Sie, Herr Kollege, die schlimmste Form der Arroganz ist die der Herabsetzung anderer.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Die schlimmste Form der Arroganz ist, wenn man sich wie Sie über andere erhebt. Das ist es.

(Lebhafte Zuruf von der CDU)

- Nun beruhigen Sie sich doch. Bei Ihnen möge Frieden einkehren!

Sie versuchen mich immer wieder bei drei Themenbereichen zu bekämpfen. Ich will sie im einzelnen behandeln:

Erneut haben Sie über die Zusammenlegung von Innen- und Justizministerium gesprochen. Ich habe den Eindruck, meine Argumente haben Sie bisher nicht überzeugt. Ich will Ihnen deshalb einmal die Argumente von Herrn Professor Dr. Sandler vortragen.

(B) (Heinz Hardt [CDU]: Die haben wir schon zwanzigmal gehört! - Herbert Reul [CDU]: Das ist einer! Ein Männkes! Ein Männlein steht im Walde!)

- Ich nenne sie Ihnen trotzdem einmal. Es könnte sein, Herr Kollege Hardt - bei Ihnen, Herr Reul, wage ich das nicht zu vermuten -, daß Sie einmal darüber nachdenken.

Der ehemalige Präsident des Bundesverwaltungsgerichts sagt in einem Aufsatz in der "Neuen Juristischen Wochenschrift":

"Natürlich kann man verschiedener Meinung darüber sein, ob es verfassungs- und rechtspolitisch opportun, erwünscht oder aber verfehlt war, als kürzlich in Nordrhein-Westfalen die Ministerien für Inneres und Justiz unter der Regie eines Ministers zu einem Doppelministerium zusammengefaßt worden sind. Allerdings muß man den Eindruck gewinnen, als sei in der öffentlichen Diskussion mit Fleiß und üppiger Übertreibung alles zusammengetragen worden, was dagegen spricht."

Weiter sagt er:

"Mich haben die erwähnten maßlosen Ausfälle gegen das Novum in Nordrhein-Westfalen ...

eher stutzig und mißtrauisch gemacht. In politischen Auseinandersetzungen" (C)

- das paßt zu dem, was Sie hier heute dargeboten haben, Herr Kollege, wirklich blendend -

"übertreibt hierzulande nahezu jeder, offenbar in der Vorstellung, dadurch seine Position zu verbessern, ohne zu erkennen, daß er sie damit fragwürdiger und angreifbarer macht. So auch hier."

(Beifall bei der SPD)

Dann sagt Professor Sandler - ich könnte jeden Satz so unterschreiben; Sie werden es mir nicht glauben, aber ich finde es wunderbar -:

"Aber was soll man von der kaum noch verständlichen Übertreibung halten, Nordrhein-Westfalen werde ins Mittelalter und in eine vordemokratische, gar absolutistische Staatlichkeit - wiederum nach dem Vorbild des *Altten Fritz*?! - zurückgestoßen? Kein Wort davon, daß solche 'absolutistischen' Zustände auch in anderen Staaten bestehen, denen man nicht finsternes Mittelalter vorwerfen sollte, so in der Schweiz oder in den USA; gewiß bestehen dort andere Verhältnisse, was aber die Vergleichbarkeit und Übertragbarkeit nicht von vornherein ausschließt." (D)

Zum Grundsatz der Gewaltenteilung sagt er zum Beispiel:

"Die Gerichte werden auch jetzt durch die Exekutive 'verwaltet'; daran ändert sich nichts, wenn ein 'Doppelminister' zuständig wird."

Das nächste zitiere ich nur, damit wir wieder einmal auf Bayern zu sprechen kommen, was ja auch Sie so gerne tun:

"Jedenfalls werden solche angeblichen Interessenkonflikte in Bayern, wo die Verwaltungsgerichte dem Innenministerium zugeordnet sind, problemlos bewältigt; daß die Verwaltungsrichter in Bayern jemals in ihrer Unabhängigkeit beeinträchtigt wurden, ist nicht ruckbar geworden, ebensowenig im Bund und in anderen Bundesländern, als dort noch die Innenminister für die Verwaltungsgerichte zuständig waren."

"Die Bedenken, die gegen die Regelung in Nordrhein-Westfalen erhoben werden,"

- das bezieht sich übrigens auf Ihre Klage -

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) "sind bezeichnenderweise überwiegend nur abstrakt formuliert und berufen sich meist auf unpräzise, nur mit allgemeinen Redensarten verbrämte Grundsätze des Rechtsstaats; weil hinreichend nebulös und kaum greifbar, lassen sie sich naturgemäß schwer widerlegen. Wo sie konkreter zu werden versuchen, halten sie einer kritischen Betrachtung schwerlich stand."

Zum Vertrauen der Bürger in die Justiz sagt Professor Sendler:

"Ich bin insoweit allerdings nicht so skeptisch; wenn Vertrauen wirklich verlorengehen sollte, dann durch das unverantwortliche Gerede derer, die sich für verantwortlich halten."

(Beifall bei der SPD)

"Den Bürger interessiert, wie ich vermute, die organisatorische Zuordnung der Gerichte zu bestimmten Ministerien wohl kaum; wahrscheinlich nehmen Juristen ihre Probleme wichtiger als Normalbürger."

(Beifall bei der SPD)

Das könnte sein.

- (B) Jetzt das letzte Zitat, dann erspare ich Ihnen weiteres. Aber es ist zu schön, Sie müßten den Aufsatz einmal insgesamt lesen:

"In der Öffentlichkeit wird jedenfalls das Vertrauen in die Justiz entscheidend davon abhängen, ob diese in der Lage ist, in angemessener Zeit und mit Ergebnissen, die den Bürgern verständlich zu machen sind, zu Entscheidungen zu gelangen."

(Beifall bei der SPD)

Das sind einige Zitate aus dem, was Professor Sendler - ich finde das sehr lesenswert - in der "Neuen Juristischen Wochenschrift" veröffentlicht hat. Ich gebe Ihnen nachher gerne die Fundstelle; wir können Ihnen gerne behilflich sein, wenn Sie sich dafür interessieren.

Ich denke, daß das Thema damit ausreichend erörtert ist. Alles weitere ist der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes unseres Landes überlassen. Ich nehme an, auch die Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes kennen diesen Aufsatz.

Zum zweiten haben Sie über das Stadttor, den Glaspalast, in den ich jetzt zusammen mit der

(C) Staatskanzlei einzuziehen beabsichtige, gesprochen. Um das für alle und vor allen Dingen für die Bürgerinnen und Bürger, die uns zuschauen, zu sagen: Der Glaspalast, das heißt das Stadttor, ist ein wunderbares und ausgezeichnetes Gebäude; es ist von der energetischen Ausstattung und von der architektonischen Ausführung her beispielhaft; Sie haben völlig recht, das ist wirklich ein Symbol unseres Landes und der fortschrittlichsten Architektur, die es in Form des Zusammenwirkens von Glas und Stahl gibt. In Kürze wird übrigens von demselben Architekten, wie ich höre, ein Haus aus Holz und Glas in der gleichen Weise entstehen.

(Heinz Paus [CDU]: Für Herrn Vesper! - Heiterkeit bei der CDU)

- Sie überlegen sich das sicher noch einmal. - Die Miete für dieses Stadttor kostet das Land im Schnitt jährlich 7 Millionen DM.

(Zuruf von der CDU: Dummes Zeug!)

Diesen 7 Millionen DM, die für dieses Haus jährlich aufzuwenden sind, steht eine nicht mehr zu zahlende Miete in Höhe von 6 Millionen DM für das bisherige Bürogebäude gegenüber, das Frau Kollegin Brusis mit ihrem Ministerium gemietet hat - 6 Millionen DM hat sie dafür zu zahlen gehabt - und 3,5 Millionen DM, die das Land dadurch spart, daß ein Teil des staatlichen Bauamtes umziehen kann.

(D) Insgesamt steht der Miete von rund 7 Millionen DM, die wir jährlich zu zahlen haben, ein Einspareffekt von Minimum 10 Millionen DM entgegen.

(Michael Breuer [CDU]: Alles falsch!)

Das heißt, der Spareffekt beträgt 3 Millionen DM jährlich. Meine Damen und Herren! Eine solche Rechnung macht heute jeder Bauherr, jeder langfristige Mieter eines kleinen Häuschens oder eines großen, und er kommt zu dem Ergebnis, daß eine solche Rechnung vernünftig ist und daß eine solche Miete, wie wir sie hier vornehmen, auch in der Konzentration der Unterbringung der Landesregierung überaus vernünftig ist.

Dabei lasse ich noch außer acht, daß in den Rechnungen, die die Opposition hier aufmacht, von - jetzt höre ich - 47 Millionen DM auch noch die wunderbare Rechnung über 16 Millionen DM Umsatzsteuer enthalten ist, die an die Staatskasse jetzt gezahlt werden müssen. Die Staatskasse

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) hat sich verpflichtet, wir haben uns verpflichtet, dafür die 16 Millionen DM wiederum an den Bauherrn zu zahlen.

(Michael Breuer [CDU]: Falsch!)

Das sind die Vorgänge. Das können wirklich nur Leute ---

Herr Kollege Linssen erweckt den Eindruck, er könne ökonomisch und unternehmerisch denken. Solche Rechnungen, wie sie hier von Ihnen, von der Opposition aufgemacht werden, sind nur noch unter amüsanten kameralistischen Umständen zu verstehen. Das ist der Sachverhalt.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre amüsant. Ich habe Ihnen ja versprochen, ich lade Sie ins Stadttor ein. Sie werden dann in diesem Glashaus erkennen, wie wichtig es ist, in einem solchen Glashaus zu sein und sich entsprechend zu verhalten.

(Michael Breuer [CDU]: Alles falsch!)

Was Sie, Herr Kollege Linssen, zu diesem Punkt Stadttor gesagt haben, hat mich betroffen gemacht. Sie wissen, daß ich einem politischen Streit gar nicht aus dem Weg gehe, daß politische Auseinandersetzung mir Spaß macht, daß ich aber - das will ich doch deutlich sagen - empfindlich reagiere - das stimmt -, wenn die Grenze zur Verleumdung erreicht ist und wenn davon nicht nur ich, sondern auch andere betroffen sind. Dann gilt für mich ein alter Ruhrgebietsgrundsatz: "Jetzt ist Schluß mit lustig."

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben in Ihrer Rede gesagt - das bezieht sich jetzt auf das Stadttor, auf die anderen Dinge komme ich auch -, eine Hamburger Firma sei bei der Vermittlung des Umzugs in das Stadttor tätig geworden, die 1995 den Landtagswahlkampf für die SPD organisiert habe. Sie haben gesagt: Dem müsse man noch näher nachgehen. Wie wir es gewöhnt sind, pflegen Sie dann zu sagen: Dann müßt Ihr euch warm anziehen!

(Heinz Hardt [CDU]: Ja, wenn sich das herausstellt!)

Diese Art der Andeutungen, Herr Kollege Linssen, hat inzwischen bei Ihnen Methode. Ihnen geht es nicht um Aufklärung, Ihnen geht es darum zu verunglimpfen. Dabei schrecken Sie inzwischen vor nichts mehr zurück.

(Beifall bei der SPD)

Ich werde Ihnen das alles Punkt für Punkt erläutern. Zu den Fakten:

1. Die Firma, von der Herr Linssen gerade gesprochen hat, ist die Hamburger Agentur Noventa. Ihr Gesellschafter und Geschäftsführer heißt Christian Langer. Ich kenne Christian Langer seit den 80er Jahren, unter anderem haben wir gemeinsam bei der "Hamburger Morgenpost" gearbeitet.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

- Das ist eine Katastrophe. Wie kann ein Mensch mit mir zusammenarbeiten? Mein Gott, mein Gott!

Im Landtagswahlkampf 1995 - Sie müssen sich das Aha aufsparen! - war Christian Langer der Chefredakteur der "Zeitung am Sonntag". In dieser Funktion hat er an einigen Beratungsrunden teilgenommen. Noventa war nicht die Agentur, die den Landtagswahlkampf 1995 für die SPD vorbereitet hat.

2. Ich habe bereits öffentlich dargestellt, ---

(Herbert Reul [CDU]: Waren sie beteiligt?)

- Herr Kollege Reul, die Ratschläge für die Führung von Wahlkämpfen gebe ich Ihnen einmal, wenn Sie in Pension sind.

(Beifall bei der SPD - Herbert Reul [CDU]: Waren sie beteiligt beim Landtagswahlkampf?)

- Herr Kollege, Sie müssen einfach abwarten, bis ich diese Verunglimpfung richtig abgearbeitet habe. Das müssen Sie ertragen.

Den Medien war bereits zu entnehmen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, daß die Voranfragen beim Vermieter des Stadttors aus Gründen der notwendigen Diskretion - wir mußten nämlich, Herr Kollege Linssen, anders als Sie unterstellen, natürlich diese Anmietung vorbereiten - von einer Hamburger Agentur vorgenommen wurden. Ich habe die Agentur gebeten und Herrn Langer gesagt: Geh du doch dahin - ich duze den sogar - und sprich mit dem, damit nicht frühzeitig der Eindruck entsteht, dort sei die Landesregierung tätig.

Bei der Agentur, die diese Gespräche geführt hat, handelte es sich um Noventa mit dem Geschäftsführer Christian Langer. Er hat mir also bei der Anbahnung der Verhandlungen geholfen, er hat erste Informationen über das Gebäude recher-

(C)

(D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) chiert und in diesem Zusammenhang auch erste Gespräche mit dem Vermieter geführt.

(Aha-Rufe von der CDU)

- Aha! Und alles das geschah ohne Honorar. Aha! Das ist Ihr Problem!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Linssen, angesichts dieser Verunglimpfung sollten Sie, wenn Sie einmal irgendwann zur Ruhe kommen - ob nach dem 31. Januar oder sonst wann - , einmal darüber nachdenken, ob es gut und richtig ist, solche Dinge schlichtweg so in die Welt zu setzen, ob das gut und richtig ist, mit anderen Menschen so umzugehen, nicht mit mir - ich kann ziemlich viel aushalten -, sondern mit anderen Menschen. Das sollten Sie sich sehr überlegen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will hinzufügen: Die Verhandlungen mit dem Vermieter hat das zuständige Finanzministerium des Kollegen Heinz Schleußer geführt. Eine Bertätigkeit hat die Firma Noventa dabei nicht ausgeübt. Zwischen der Landesregierung und Christian Langer gibt es deshalb auch keinen Vertrag zum Thema Stadttor. Das ist die ganze Geschichte.

(B)

(Laurenz Meyer [CDU]: Warum erzählen Sie das nicht vorher?)

Sie zeigt wieder einmal, Herr Kollege Reul, Herr Kollege Linssen, daß Ihnen politisch nichts mehr einfällt. Es ist so: Der Zustand der CDU ist auf einem Tiefpunkt. Sie mögen mit ein bißchen Lautstärke darüber hinwegreden wollen - wir haben ja auch einige Erfahrungen mit Tiefständen der Sozialdemokratie -, was ansteht, ist aber mehr, als über den politischen Gegner herzufallen. Was bei Ihnen ansteht, ist wirklich mehr. Was hier stattfindet, zeigt, daß Sie sich dann, wenn Ihnen nichts mehr einfällt, auf den Weg der Andeutungen und der Verunglimpfungen begeben. Das haben Sie heute hier getan.

Ich erwarte jetzt nicht, daß Sie sich dafür entschuldigen. Ich hoffe, daß Sie irgendwann einmal zur Ruhe kommen und dann unter solchen Gesichtspunkten über das nachdenken, was Sie heute so von sich gegeben haben.

Sie haben zum dritten alle möglichen unternehmerischen Schwierigkeiten in Nordrhein-Westfalen angesprochen. Inzwischen ist es offensichtlich so, daß Sie mich für jede drohende Pleite

oder jeden Konkurs in Nordrhein-Westfalen verantwortlich machen wollen. Die Menschen in unserem Lande wissen sehr genau zu unterscheiden, was an solchen Dingen echt ist und was nicht. Sie mögen da wahlweise jeweils irgendein Unternehmen auswählen. Über Medebach und über das, was in Medebach passiert ist und was in Medebach auch an Arbeitsplätzen entstanden ist, kann man sich ja in der Tat noch einmal in Ruhe unterhalten.

(C)

Ich will nur einmal ein Beispiel erwähnen. Bei der letzten Auseinandersetzung dieser Art haben Sie mir die Pleite der Firma StollCom aus Köln anpappen wollen. Die Firma StollCom war auch vom Land gefördert worden. Daß es dort zu unternehmerischen Schwierigkeiten gekommen war, hat mit mutmaßlichen - ich darf darüber nicht mehr sagen - strafrechtlichen Tatbeständen zu tun. Das ist der eine Teil. Solche Dinge sind - wie alle wissen, die sich mit Bürgschaften oder ähnlichem beschäftigen - natürlich nicht auszuschießen. Wir müssen davon ausgehen, daß etwa 5 % unserer Bürgschaften in Schwierigkeiten geraten können.

In diesem Fall ist es aber leider so, daß die Fortsetzung der Geschichte von StollCom nirgendwo stattfindet. Es steht nirgendwo, daß und wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beispielsweise des Wirtschaftsministeriums zusammen mit denjenigen, die jetzt in dem Unternehmen Verantwortung tragen, aus dem Unternehmen heraus zu erreichen versuchen, daß so viele Arbeitsplätze wie möglich dort gerettet werden. In diesem Fall StollCom geschieht das mit einigem Erfolg. Das ist nämlich die Aufgabe, die ein Wirtschaftsministerium auf der Landesebene zu erfüllen hat.

(D)

Nachdem Sie mir nun StollCom angepappt haben, verlassen Sie das und suchen den nächsten Fall, die nächste Pleite irgendwo in diesem großen Land mit 18 Millionen Einwohnern.

(Laurenz Meyer [CDU]: Das sollten Sie besser vorher tun!)

Aber die Frage, was daraus wird, interessiert Sie dann nicht. Ist das Call-Center in Dortmund, das in der Verantwortung dieses Unternehmens stand, gerettet worden oder nicht? - Das interessiert Sie dann nicht. Das ist der Unterschied zwischen dem, was Sie tun, und dem, was sonst geschieht.

Zum Thema HDO. Ich muß offen gestehen: Es ist nicht ganz leicht, zu einzelnen Aspekten, die Sie

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) jeweils herausgreifen, sofort antworten zu können.

Deshalb will ich zunächst einmal folgendes sagen, damit wir uns wirklich gut verstehen. Herr Linssen, Sie haben gesagt, daß der Verdacht besteht, im Ministerium - wahrscheinlich ist das Wirtschaftsministerium gemeint - könnte Beihilfe oder Anstiftung zum Subventionsbetrug begangen worden sein. Sie haben die Behauptung in die Welt gesetzt, dort seien Akten manipuliert worden.

Sie haben - so habe ich das verstanden - dann gesagt, ich hätte Subventionsbetrug verschleiert. So war Ihre Aussage zu verstehen, wenn man Sie ernst nimmt. Das sind Aussagen, Herr Kollege Linssen, die man eigentlich nur tun kann in der Gewißheit des Schutzes der Immunität. Das ist wirklich politische Verleumdung.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das wollen wir einmal abwarten!)

Deshalb will ich hier klar sagen: Die Staatssekretäre, die in diesem Fall angesprochen worden sind - das sind Herr Bickenbach und das war vor dem Herr Staatssekretär Krebs -, und die Mitarbeiter, um die es hier hauptsächlich geht - ich kann nicht alle erwähnen, die mit diesem Projekt beschäftigt waren; das sind Herr Dr. Prodoehl und Herr Schulz -, haben mein absolutes Vertrauen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe nicht den geringsten Anlaß zu vermuten, daß dort irgend etwas Fehlerhaftes oder gar Unrechtmäßiges geschehen sei. Dafür möchte ich gerne einstehen können.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wie bitte?)

- Dafür möchte ich gerne einstehen können. Herr Kollege Linssen, ich möchte Ihnen in aller Klarheit sagen:

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Stehen Sie dafür ein?)

Die Weise, in der Sie diese Vorwürfe gegen diese Mitarbeiter erhoben haben, ist fast unerträglich. Sie werfen ihnen vor, daß sie vor dem Ausschuß aussagen müssen, vor den Sie sie selber bringen. Das ist doch schon fast an Heuchelei nicht mehr

zu überbieten, was Sie sowohl gegenüber diesen Mitarbeitern als auch gegenüber mir veranstalten.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Den Vorwurf der Verschleierung von Subventionsbetrug kann ich jetzt hier nur in aller Schärfe, in aller Deutlichkeit, in aller Klarheit zurückweisen.

Sie haben unter anderem gesagt - ich kann das jetzt nicht anders nachprüfen -, daß ich am 15. August noch bestritten habe, daß es Hinweise auf Subventionsbetrug gegeben habe und daß ich das - das ist ja der Kern - wider besseres Wissen getan hätte.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie nichts gewußt haben!)

Noch Anfang September - so habe ich gerade von meinen Mitarbeitern recherchieren lassen - hat das Wirtschaftsprüfungsunternehmen BDO, das Sie zitiert haben, uns mitgeteilt, es gebe keine Hinweise auf Subventionsbetrug beim Investitionsvorhaben HDO in der zweiten Ausbaustufe. Das sind die Realitäten. Das sind die Fakten.

Herr Kollege, alles das, was Sie darum herumrühren, ist nicht ganz einfach erträglich. Das ist politische Verleumdung.

(Beifall bei der SPD - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Nein!)

Weil es hier nahezu ununterbrochen Falschdarstellungen, Fehldarstellungen und Mißverständnisse gibt, möchte ich für die Öffentlichkeit in aller Deutlichkeit sagen: Bei dem Projekt HDO ist bisher nachweisbar kein Pfennig öffentlichen Geldes hinterzogen oder sonstwie beiseite gebracht worden.

(Lothar Hegemann [CDU]: Haben Sie eine Strafanzeige gestellt?)

- Ja, selbstverständlich. Weil es Vorwürfe gibt, muß den Vorwürfen nachgegangen werden. Herr Kollege Hegemann, damit wir uns auch da klar verstehen, sage ich noch etwas zu Frau Peitz und zu dem Brief, der dann sofort in die Öffentlichkeit lanciert wird. Dann werden Menschen öffentlich sofort unter entsprechenden Verdacht gestellt.

(C)

(D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Das ist die Methode. Ich kenne Frau Peitz nicht so gut.

(Laurenz Meyer [CDU]: Sie haben die Strafanzeige veröffentlicht!)

Ich möchte gerne sagen, daß für mich auch für Frau Peitz selbstverständlich die Unschuldsvermutung gilt. Ich möchte noch hinzufügen: Ich habe bisher nicht einen Grund gesehen, Mißtrauen in Frau Peitz zu haben, ganz im Gegenteil. Ich möchte gerne, daß dieser Aspekt - es ist ein kleiner Nebenaspekt - überprüft wird. Er wird von der Staatsanwaltschaft überprüft. Sie werden mir verzeihen, daß ich da mehr Vertrauen habe als in Sie.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe deutlich gemacht - und damit komme ich auch zu dem, was Sie, Herr Kollege Appel, zu solchen Zentren gesagt haben -: In Oberhausen steht ein ausgezeichnetes, von allen Experten, die sich mit dieser Frage der Trickfilmtechnologie beschäftigen, anerkanntes Technologiezentrum, wie es auf der Welt nur wenige gibt. Vermutlich gibt es zwei außer diesem. Die Förderung in der Größenordnung von rund 100 Millionen DM, die dort eingesetzt worden ist, ist natürlich sehr schwierige Wege gegangen. Das weiß jeder.

(B)

Die Bundesregierung hat, als die Arbeit an diesem Technologiezentrum begonnen wurde - das war, glaube ich, etwa 1987 -, wie wir und wie die Europäische Kommission auf die sogenannte HDTV-Entwicklung gesetzt. Die damalige Bundesregierung hat dafür mit der Europäischen Kommission zusammen mehr als 1 Milliarde DM eingesetzt. Wir haben auch auf diese Technologie gesetzt und mußten nach einigen Jahren feststellen: Dies ist nicht der Weg; die technologische Entwicklung hat sich davon abgesetzt, sie geht in die digitale Welt über. Dies hat natürlich viel Zeit gekostet. Diese Strecke hat natürlich Geld gekostet. Die Veränderungen, die dadurch vollzogen wurden, haben natürlich unternehmerische Kraft gekostet. Sie haben ganz offensichtlich deutsche Unternehmen auch überfordert.

Dennoch heißt dies, daß mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Oberhausen ein beispielhaftes Technologiezentrum steht. Und dieses beispielhafte Technologiezentrum, gefördert mit rund 100 Millionen DM, wird jetzt von einem internationalen Konsortium unter der Führung von "Digital Domain", dem weltweit anerkannten Unternehmen im Bereich des Trickfilms,

übernommen. Wir sind sehr zuversichtlich, daß dieses Firmenkonsortium in der Lage ist, das Zentrum dort in eine vernünftige, in eine gute Zukunft zu führen. Die Verträge sind unterschrieben.

(C)

Um das gleich zu sagen, Herr Kollege Meyer - Sie werden ja gleich sowieso darauf zurückkommen; Sie glauben gar nicht, was alles offen ist -: Selbstverständlich wird dieses Trickfilmzentrum, soweit dort Filme produziert werden, Mittel aus der Filmstiftung des Landes Nordrhein-Westfalen beantragen können. Selbstverständlich habe ich denen zugesagt: Ja, Sie können damit rechnen, daß für Sie in den nächsten drei Jahren und darüber hinaus im Minimum eine Förderung von sieben Millionen DM zustande kommt. Selbstverständlich habe ich dies zugesagt.

(Zuruf von der CDU: Nun ja!)

- Wie, was: "Nun ja"? - Die Voraussetzung ist, daß die Filme, die dort produziert werden, einen Nordrhein-Westfalen-Effekt haben und daß die Produktion in Nordrhein-Westfalen stattfindet. Selbstverständlich!

(Beifall bei der SPD)

Jeder Film, der hier produziert wird, mit dieser Technologie in Oberhausen, wird selbstverständlich mit solchen Instrumenten gefördert. Was denn sonst? Was meinen Sie eigentlich, warum Herr Stoiber nach Nordrhein-Westfalen kommt?

(D)

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Was meinen Sie eigentlich, warum Herr Stoiber seine Staatskanzlei so baut, wie er sie baut? Was glauben Sie eigentlich?

(Zurufe von der CDU)

Das Zentrum, das in Oberhausen steht, wird gefördert wie jedes andere Zentrum auch. Übrigens wird dabei etwas vernachlässigt - deshalb komme ich auf Sie, Herr Kollege Appel -: Auch andere Zentren im wissenschaftlichen Bereich, An-Institute beispielsweise, kosten selbstverständlich etliche Millionen. Ohne die Errichtung solcher An-Institute, die ebenfalls 50 Millionen DM und mehr kosten und die über die Zeit noch eine ganze Menge weiteres Geld verschlingen, sind wir nicht in der Lage, die technologische, die wirtschaftliche, die infrastrukturelle Entwicklung in Nordrhein-Westfalen zu verändern. Womit soll das denn sonst geschehen?

(Beifall bei der SPD)

(A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Ministerpräsident!

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Es ist doch eine Naivität sondergleichen - jedenfalls, wenn man so tut, als wisse man es nicht besser - zu glauben, irgendeine dieser Entwicklungen im Bereich der Kommunikationsbranche, der Bio- und Gentechnologie, der neuen Verkehrstechniken, der neuen Energietechniken würde aus sich selbst heraus entstehen. Selbstverständlich geht das nur mit dem, was der Kollege Rüttgers, als er noch nicht auf Oppositionskurs war, immer wieder als Notwendigkeit der Errichtung von Kompetenzzentren bezeichnet hat. Nichts anderes findet in Oberhausen statt und hat in Oberhausen stattgefunden.

Wir setzen diese Zentren ein, um damit entsprechende Erfolge zu erzielen.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident, eine Zwischenfrage von Herrn Meyer?

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Nein, Herr Präsident, ich möchte keine Frage zulassen.

(B)

Präsident Ulrich Schmidt: Nein, keine Frage; gut.

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Ich möchte deutlich machen, daß dies einer der entscheidenden Faktoren ist, mit denen wir die wirtschaftliche Struktur in diesem Land verändert haben und verändern.

Ich möchte noch eines hinzufügen. Bitte, verstehen Sie das ungeachtet aller Dinge, die heute gegen ein vernünftiges Gespräch, auch zwischen Regierung und Opposition - was ich selbstverständlich für vernünftig halte -, aufgebaut worden sind. Ungeachtet dessen ist meine dringende Bitte - ich sage das völlig ungeschützt und auch auf die Gefahr hin, Mißverständnisse zu erregen -, daß jetzt nicht das nächste erfolgt und die neuen Investoren, das Konsortium von fünf Unternehmen, das hier in Oberhausen antritt, auch so ins Gerede gebracht wird, wie andere ins Gerede gebracht worden sind.

(Ho, ho! bei der CDU)

Meine dringende Bitte ist, dieses Technologiezentrum

(C)

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

so entstehen und so arbeiten zu lassen, wie es sich gehört. Das ist im Interesse des Landes.

(Zuruf des Lothar Hegemann [CDU] - Herbert Reul [CDU]: Warum legen Sie dann nicht alle Fakten auf den Tisch?)

- Wir werden dazu --- Ich bin zu jedem vertraulichen Gespräch darüber bereit.

(Oh! bei der CDU - Herbert Reul [CDU]: Angst vor der Wahrheit!)

Ich bin nicht bereit zuzusehen, daß der neue Anfang, der in Oberhausen jetzt nach allem, was ich weiß, gelingen kann und gelingen wird, noch einmal zerredet wird. Denn in einem einzigen, Herr Kollege Linssen, in einer Bemerkung zu HDO hatten Sie recht: Sie haben in etwa gesagt, wir hätten alles zu tun versucht, um zu verhindern, daß dieses Projekt pleite geht. - Jawohl, das haben wir getan. Wir haben alles getan und tun es weiterhin,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

um zu verhindern, daß irgendeine Mark öffentlichen Geldes dort in den Sand gesetzt wird.

(D)

(Lachen bei der CDU)

- Ja, tut mir leid.

(Zurufe von der CDU)

Wir tun alles, um dieses Projekt in eine sichere Zukunft zu bringen. Meine Bitte ist, daß Sie sich daran beteiligen, daß Sie - bei aller Hoffnung, Sie hätten damit ein Thema, das Sie bis ins Jahr 2000 tragen könnten - nicht vergessen: Hier ist wirklich etwas vorhanden, was wir schützen müssen, wofür ich natürlich verantwortlich bin - und andere mit -, nämlich ein Projekt mit einer Dimension von 100 Millionen DM öffentlicher Förderung, das wir entsprechend in eine sichere Zukunft bringen müssen.

Lassen Sie sich endlich einmal an dem messen, was Sie selbst an Maßstäben anlegen und mir aufzuerlegen versuchen. Dann werden Sie zu diesem Ergebnis ebenfalls kommen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin gesagt, daß ich wenig - nein, eigentlich nichts - an

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Alternativen zur Sache gegenüber dem gehört habe, was die Landesregierung mit Unterstützung der beiden Koalitionsfraktionen tut.

Sie haben sich, Herr Kollege, zur Steuerreform geäußert. Die Kritik daran ist wohlfeil, sie sprudelte ja nur so aus Ihrem Mund heraus, geht aber an allen Fakten, die es inzwischen gibt, vorbei. Ich will aber, was die Einkommensteuer angeht, kein Hehl daraus machen:

Ich habe mich von Anfang an für einen deutlichen Schwerpunkt im Bereich der Unternehmensbesteuerung ausgesprochen. Dafür habe ich gestritten. Ich habe mich dafür übrigens auch innerparteilich und auch erkennbar nach außen ohne irgendein Hehl engagiert, stärker als ich es je von Ihnen oder von anderen Ihrer Fraktion hier erlebt hätte.

(Zuruf des Loke Mernizka [SPD])

- Ja, Herr Rüttgers kommt ja jetzt auch hinter dem breiten Kreuz von Herrn Kohl hervor und übt jetzt - das muß man sich alles vorstellen! - Kritik an der CDU und an der Dominanz von Herrn Kohl. Na, gut!

- (B) Daß die Änderung der Unternehmensbesteuerung auf den 1. Januar 2000 vorgezogen wird mit dem Ziel der Absenkung der Unternehmenssteuern, und zwar nicht nur der Körperschaftsteuer, auf 35 %, das ist der entscheidende Durchbruch, das ist der entscheidende Fortschritt. Daß übrigens dieser Aspekt nicht an allererster Stelle gestanden hat, Herr Kollege Linssen, das hat in der Tat nicht zuletzt die alte Bundesregierung zu verantworten, die in Deutschland für eine skandalöse verteilungspolitische Schieflage gesorgt hat.

(Beifall bei der SPD)

Sie war es, die die Lohnquote auf den Stand der 60er Jahre heruntergedrückt hat und die selbst von den Kirchen massiv kritisiert worden ist.

Sie haben, Herr Kollege, zu Recht angemahnt, daß die Bundesrepublik das Flaggschiff der sozialen Marktwirtschaft in Europa sein müsse. Jawohl, genau darum geht es. Da kann ich nur sagen: Wer hat denn die soziale Marktwirtschaft hier in der Bundesrepublik Deutschland auf Grund gesetzt? Wer hat denn das Bündnis für Arbeit versenkt? Wer war das denn anders als die von Ihnen auf allen Wegen begleitete und unterstützte, nie mit erkennbarer Kritik versehene Bundesregierung Kohl?

(C) Sie haben die soziale Marktwirtschaft an den Rand gebracht, Sie haben das Bündnis für Arbeit vor die Wand gefahren. Deshalb haben die Bürgerinnen und Bürger Ihre Bundesregierung, die von Ihnen unterstützte Bundesregierung zu Recht abgewählt.

(Beifall bei der SPD)

Ich wollte noch eine Bemerkung zur ökologischen Steuerreform machen. Natürlich ist dies ein schwieriges Thema. Das wissen wir alle. Es wurde in der alten Bundesregierung genau wie in der heutigen diskutiert. Man muß ja in solchen Debatten nicht immer so tun, als hätten wir uns da wer weiß wie zu verfolgen. Sie scheinen nicht dabeigewesen zu sein; aber auch in der alten Bundesregierung muß es solche Debatten über die ökologische Steuerreform gegeben haben.

Die neue Bundesregierung tut nun diesen Schritt. Es gibt jetzt - wie ich lese - Bedenken der Europäischen Kommission - von dort hört man oft Bedenken - gegen eine Herausnahme der energieintensiven Unternehmen. Ja, es ist so klar wie nur etwas, Herr Kollege Appel, und das ist das Problem auch sonstiger Abgaben, die Sie diskutieren: Im Europa von heute, in dem es in wenigen Tagen keine Grenzen zwischen den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Frankreich und allen anderen in der Europäischen Union und uns mehr geben wird, in diesem Europa ohne Grenzen, das wir so herbeigesehnt haben, ist es nicht mehr möglich, allein einen Energiepreis entscheidend höher anzusetzen als in anderen Ländern. Wir brauchen unbedingt eine europäisch abgestimmte Steuerpolitik.

(D) Diese europäische Harmonisierung der Steuerpolitik bezieht sich ganz besonders auf die indirekten Steuern, bezieht sich selbstverständlich auf die Energiesteuer, bezieht sich selbstverständlich auf eine Ökologiesteuer insgesamt und bezieht sich selbstverständlich auf eine Mehrwertsteuer. Daraus kann man gar keine so großartigen Diskussionen entfachen, wie es versucht wird. Wer sich das Schicksal der Unterglas-Landwirtschaft, des Gartenbaus unter Glas diesseits und jenseits der niederländischen Grenze anschaut - der noch vorhandenen niederländischen Grenze, es ist ja mehr eine virtuelle Grenze geworden -, der sieht, daß das nicht geht und daß wir dort andere Regelungen brauchen.

Deshalb ist es überaus vernünftig, daß der Bundeskanzler auch dies zu einem wesentlichen The-

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) ma unter der deutschen Ratspräsidentschaft macht. Man kann nur hoffen, daß dabei Fortschritte erzielt werden. Natürlich hat niemand dabei Illusionen. Aber solange wir national agieren, müssen wir im Interesse der nordrhein-westfälischen Wirtschaft - und das habe ich in der Diskussion um die Ökologiesteuer getan, und zwar, um es gleich hinzuzufügen, mit Zustimmung beispielsweise von Oskar Lafontaine, dem Bundesfinanzminister - darauf drängen, die energieintensiven Unternehmen dort herauszunehmen.

Auch eine Neuregelung muß auf die Lage der energieintensiven Unternehmen Rücksicht nehmen. Kein Land in der Bundesrepublik Deutschland hat wie Nordrhein-Westfalen mit diesem Thema zu tun. Die energieintensive Industrie ist vor allem bei uns zu Hause. Deshalb ist es richtig, auf diese Regelung zu drängen. Natürlich sind solche Regelungen zu Anfang kompliziert, erst recht, wenn sie innerhalb Europas plaziert werden müssen. Aber das kann nichts daran ändern, daß auf die Lage der hier unmittelbar angesprochenen Industrie hier bei uns mit über 400 000 Arbeitsplätzen Rücksicht genommen werden muß. Dabei reden wir noch nicht beispielsweise über Landwirtschaft und Gartenbau und andere Aspekte, die in diesem Sektor ebenfalls eine Rolle spielen können.

- (B) Ich will - damit ich auch diese Frage beantworte - auch zum Länderfinanzausgleich gleich etwas sagen, Herr Kollege Linssen. Natürlich ist es immer eine Frage, wie man Neuregelungen, wie man Reformen bewirken kann. Klar ist - das haben wir nie anders gesagt, das hat Johannes Rau so gesagt, das hat Heinz Schlußer so gesagt und das habe ich so gesagt -: Wir werden nicht gegen den Länderfinanzausgleich klagen. Wir setzen darauf, daß es zu einer Reform im Finanzausgleich kommt. Denn eine solche Reform ist unabweisbar notwendig.

Jetzt allerdings - da kommen Sie mir wirklich wie ein Prozeßhansel vor - eine Klage von Nordrhein-Westfalen zu verlangen, ist geradezu absurd. Wir stehen unmittelbar davor - nämlich heute abend -, daß alle Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler vereinbaren, eine Bund-Länder-Regierungskommission als Vorläufer einer Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat einzusetzen, die sich genau damit beschäftigt, nämlich dem Verhältnis in den Aufgaben und in

- (C) den Finanzen zwischen Bund und Ländern und den Finanzen zwischen den Ländern. Selbstverständlich wollen wir eine Reform, selbstverständlich drängen wir auf eine Reform. Selbstverständlich ist allen bekannt - anscheinend nur Ihnen nicht -, daß es diese Verhandlungsrunde jetzt gibt, daß wir endlich in diese Gespräche hineingekommen sind.

Man muß wirklich schon sehr mutig sein - man muß schon sehr verliebt in Gerichte sein, müßte ich sagen -, um in einer solchen Situation, in der man gerade zu sprechen beginnt, zu fordern, daß wir schleunigst zu Gericht gehen sollen. Was hier zum Vorschein kommt, ist nun wirklich der Verzicht auf Politik, den Sie von uns nicht erwarten können.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen einen Ausgleich. In den Finanzen von Bund und Ländern gibt es ja genügend Probleme. Einige davon haben Sie angetippt, wenn auch mehr in einer - ich halte Ihnen das zugute - kabarettistischen denn in einer kenntnisreichen Weise.

Einige davon haben Sie angetippt, andere werden in dieser Kommission, die natürlich über mehrere Jahre arbeiten muß, behandelt werden.

- (D) Was denken Sie sich überhaupt bei einer solchen Klageforderung an uns? - Sollen wir vielleicht auch zu Lasten der ostdeutschen Länder klagen? Diese haben nämlich aus dem Solidarpakt einen Anspruch, der aus heutiger Sicht bis zum Jahr 2004 reicht.

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

Das ist der Sachverhalt, um den es geht, und das ist kein Quatsch. Das ist nichts anderes, Herr Kollege, als die sachliche Information gegen ein bißchen Populismus gesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden hier in Nordrhein-Westfalen - und dies ist der Kern des Haushaltes, für den wir um Zustimmung bitten - drei große Schwerpunkte in unserer Politik setzen. Die haben wir gesetzt, und die werden wir mit aller Konsequenz fortsetzen. Dazu habe ich leider nicht viel von Ihnen gehört. Ich habe immer nur gehört, daß Sie mehr Stellen wollen - in den Schulen, in den Hochschulen, bei der Polizei, in der Justiz, in Kindergärten.

(Michael Breuer [CDU]: Die brauchen wir auch!)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Ich weiß nicht, wie es Ihnen ergeht, aber wenn ich nun - nachdem die alte Bundesregierung hat gehen müssen -, Herr Kollege Linssen, aus Ihrem Munde den Vorwurf der sozialen Kälte gegenüber anderen höre, dann weiß ich nicht, ob dies klug ist.

(Loke Mernizka [SPD]: Das ist nicht zu fassen!)

Es ist eine Verletzung des guten Geschmacks, so finde ich.

(Beifall bei der SPD - Edgar Moron [SPD]: Populismus ist das!)

Um es etwas leichter zu sagen: Es hat Geschmäcke. Man merkt, wie Sie mit der Wurst nach der Speckseite zu werfen versuchen. Sie wissen aber doch, daß die Menschen ein sehr sensibles Gespür dafür haben, was wahr und was unwahr ist. Bei Ihrer gestrigen Vorstellung zum Kindergartengesetz - glauben Sie mir das - haben die Menschen draußen bis hin zu den Demonstranten vor dem Haus gespürt, daß etwas nicht stimmen kann.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- (B) 16 Jahre lang haben Sie eine andere Politik gemacht. Meinen Sie, die Menschen würden Ihnen das jetzt abnehmen? - Dann hätte ich Ihre ganze Politik immer falsch verstanden, Herr Kollege Arentz. Sie haben doch nie die Möglichkeit gehabt, sich mit der Politik, die Sie vertreten, durchzusetzen, während Sie in Bonn regierten. Meinen Sie, die Menschen glaubten Ihnen jetzt, daß Sie nun alles mit den öffentlichen Geldern machen würden, was die Bundesregierung in Bonn nie hat tun wollen? Glauben Sie wirklich, das würden Ihnen die Menschen abnehmen? - Nein, Herr Kollege, das ist eine Frage, die auch etwas mit innerer Wahrhaftigkeit zu tun hat.

(Beifall bei der SPD - Oh-Rufe von der CDU)

Offensichtlich sind jetzt Spezialagenten in der Staatskanzlei für Sie tätig. Das muß so sein; im Glaspalast wird man sie auf weite Entfernung erkennen können, da kann mir dann nichts mehr passieren. Aber jetzt haben Sie bereits erfahren, daß ich morgen ein Vorgespräch zum Bündnis für Arbeit führe. - Ja, das stimmt. Ich möchte morgen in einem ersten Gespräch ein Bündnis für Arbeit - ein solches wie in Bonn - vorbereiten, und wir werden dann im Januar mit dem Bündnis für Arbeit in Nordrhein-Westfalen beginnen. Das

- (C) ist die wichtigste Aufgabe aus meiner Sicht. Das zentrale Projekt der Bundesregierung muß auch für uns in Nordrhein-Westfalen zu einem zentralen Projekt werden.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Seit zweieinhalb Jahren!)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen auf diesem Feld eine gute Vorarbeit. Der Ausbildungskonsens in Nordrhein-Westfalen ist nichts anderes als ein Bündnis für Ausbildung zwischen den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern, den Arbeitgeberverbänden, den freien Berufen, den Gewerkschaften, der Arbeitsverwaltung und der Politik.

Wir alle wirken dort zusammen, und es ist ein wunderbares Ergebnis, daß wir dabei ungefähr ein Verhältnis von 1 : 1 zwischen Angebot und Nachfrage haben. Natürlich ist dies noch nicht ausreichend, und ich weiß auch, daß Ende November noch 2 800 junge Leute ohne Ausbildungsplatz in unserem Lande waren. Fast genau 2 800 Ausbildungsplätze sind noch offen. Aber ich weiß auch, daß nicht jeder junge Mann und jede junge Frau zu jedem Ausbildungsplatz paßt.

- (D) Nichtsdestotrotz: Wir haben jetzt beinahe ein Verhältnis von 1 : 1 erreicht, wir haben das beste Verhältnis am Ausbildungsmarkt seit 1993. - Nein, ich bilde mir nicht ein, das sei vor allem meiner Aktivität zu verdanken. Ich bin dankbar für das Zusammenwirken - da haben Sie völlig recht, Herr Kollege Linssen - aller Partner.

(Beifall bei der SPD)

Ein ähnliches Bündnis wie das Bündnis für Ausbildung haben wir bereits bei dem Bündnis für Existenzgründungen, nämlich der Gründungsoffensive "GO!", gestartet. Wir feiern mit "GO!" Erfolge, wir hatten 1997 und 1998 die beste Gründungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen in der Nachkriegszeit.

Ja, wir müssen dringend aufholen, und wir brauchen neue Unternehmen. Ich bin glücklich darüber, daß wir einen deutlichen Aufwärtstrend verzeichnen können. Wir haben heute in Nordrhein-Westfalen einen besseren Gründungstrend als in Bayern und Baden-Württemberg, und das ist doch schon etwas. Wir müssen aber weiterhin noch schneller und besser werden.

Auch diesbezüglich will ich Ihnen sagen: Ich bin allen Partnern dankbar, die an dieser Gründungs-

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) offensive beteiligt sind. Als es kürzlich bei einem Treffen - ich hätte beinahe Bündnistreffen gesagt - darum ging, Schulen ans Netz zu bringen, sagte mir Dr. Gerlach, der Präsident des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes, er stifte drei Lehrstühle für Unternehmensgründungen an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen. - Genau das ist es, was wir brauchen. Wenn die Partner in der Gründungsoffensive so zusammenwirken, meine Damen und Herren, dann ist dies ein gutes Beispiel für das Bündnis für Arbeit. Das wollen wir auf alle Felder ausdehnen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich, Herr Kollege Appel, ist es richtig: Wir sind glücklich, daß es eine neue Bundesregierung gibt, die sich etwas Konkretes vornimmt und nicht nur alles mögliche verspricht, sondern ein Programm in die Wege leitet, womit 100 000 junge Leute in Ausbildung und Arbeit gebracht werden sollen. Das ist endlich wieder ein Signal gegen die Arbeitslosigkeit in Deutschland!

(Beifall bei der SPD)

- (B) Wir werden uns natürlich an diesem Signal beteiligen. Das ist ja der Sinn: Wir wollen das Bündnis für Arbeit auf der Bundesebene mit dem Bündnis für Arbeit auf der Landesebene verzahnen. Das, was von der Bundesebene aus angestoßen wird - beispielsweise junge Leute wieder in Arbeit zu bringen -, werden wir in Nordrhein-Westfalen aufnehmen.

Ich sage Ihnen: Jeden Pilotversuch, der in Bonn gestartet wird, um die Arbeitslosigkeit endlich zu bekämpfen, möchte ich gerne in Nordrhein-Westfalen aufnehmen. Es darf uns nämlich nicht ruhen lassen, daß wir in Gelsenkirchen, in Dortmund oder in Duisburg 16 % Arbeitslosigkeit haben. Damit muß Schluß sein, und das wollen wir mit diesem Bündnis für Arbeit erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Ich vermute, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß wir dieses Bündnis für Arbeit auf kommunaler Ebene werden fortsetzen müssen. Jedenfalls möchte ich gern die Kommunen in diesen Prozeß einbinden, weil nach 16 Jahren Dürre nichts anderes in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Arbeit treten muß als das Ziel, die Menschen in Arbeit und Brot zu bringen - auch unter völlig veränderten internationalen und weltwirtschaftlichen Bedingungen.

- (C) Das zweite große Thema, das auch aus dem Haushalt deutlich wird, ist das Thema "Bildung und Wissenschaft". Auch dazu werden alle möglichen Bilder entworfen. Ich hatte gestern Abend ein sehr schönes Erlebnis. Ich war in Dortmund, um dort an einer akademischen Feier zum 30jährigen Bestehen der Universität Dortmund teilzunehmen. Dabei ist Herr Prof. Mikat, der seinerzeitige Kultusminister, der den Anstoß zur Gründung der Universitäten in Bochum und Dortmund gegeben hat, zu Recht mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet worden.

In der Diskussion dort habe ich deutlich machen können - ich glaube jedenfalls, daß es mir einigermaßen gelungen ist -: In Nordrhein-Westfalen ist in den gut 30 Jahren vom Beginn der 60er Jahre bis heute Enormes und Beispielloses für Europa mit dem Aufbau einer Hochschul- und Forschungslandschaft geleistet worden. Es hat im gesamten Ruhrgebiet Anfang der 60er Jahre nichts gegeben. Die erste Universität war die Ruhr-Uni in Bochum. Heute gibt es in ganz Nordrhein-Westfalen - einschließlich des Ruhrgebietes mit 15 Hochschulen - 52 Hochschulen mit all den Forschungsstätten, die man auch sehen muß - eine gewaltige Veränderung.

- (D) Das war die Zeit des Aufbaus einer Hochschullandschaft, die in Europa einmalig ist. Das ist eine der großen Leistungen von Johannes Rau, der diese Arbeit aufgenommen hat.

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Anstöße hat damals Mikat gegeben. Das war die Zeit des Aufbaus.

Ich habe gestern Abend deutlich zu machen versucht: So ist diese Zeit, sie war notwendig. Ich habe diese Zeit im Ruhrgebiet mit Haut und Haaren miterlebt. Ich habe nämlich 1960 in Bochum die Schule verlassen. Da gab es dort nichts - außer 21 Schachtanlagen, die auf Abbau programmiert waren.

(Oliver Wittke [CDU]: Dann kam Franz Meyers und hat die Ruhr-Universität aufgelegt!)

- Selbstverständlich, Herr Kollege. Ich stimme Ihnen zu. Ich bin hier doch nicht, wie Sie gemerkt haben werden, der Experte für Herabsetzung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dies ist hier entstanden.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Jetzt sind wir in einer anderen Phase. Jetzt gilt es, das, was in Nordrhein-Westfalen entstanden ist und was - das füge ich hinzu - mit der Arbeit von Johannes Rau und Anke Brunn fortgesetzt worden ist, umzustellen, zu reformieren, zu erneuern und für das nächste Jahrtausend fähig zu machen, für das fähig zu machen, was jetzt an den Hochschulen notwendig ist.

Wir wenden für den Gesamtbereich Bildung, Wissenschaft, Schule, Hochschule und Forschung ein Drittel des Landeshaushalts mit einem Zuwachs von über 2 % auf, einem Zuwachs, der über dem kleinen Zuwachs des Haushalts, den wir uns überhaupt leisten können, liegt. Es bleibt die prioritäre Aufgabe der Landespolitik, diesen Prozeß zu steuern. Das geht damit einher, daß Frau Kollegin Behler insbesondere den Hochschulen eine stärkere Eigenverantwortung, mehr Autonomie geben will. Sie müssen sich verändern, sie müssen sich stärker auf ihre eigenen Kräfte stützen, und sie werden das auch tun; da bin ich sicher. Wir werden den Erneuerungsprozeß, der jetzt in der Wissenschafts- und Hochschullandschaft unseres Landes notwendig ist, voranbringen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Wenn das mal gutgeht!)

- (B) - Das wird gutgehen; da können Sie sicher sein. Sie sind ja dabei und können das aufmerksam und kritisch begleiten. Sie bleiben ja in dieser Rolle - in Zukunft möglicherweise etwas kleiner - und sind dabei.

Das dritte große Thema ist die Verwaltungsreform. Herr Kollege Linssen, es nutzt wenig, daß Sie für die Öffentlichkeit einen Brief schreiben - den habe ich auch bekommen -, in dem Sie mitteilen, was sich die CDU im Bereich der Verwaltungsreform vorstellt. Sie beschäftigen sich immer mit der Mittelinstanz und tragen das wie eine Monstranz vor sich her, wobei sich auch Ihre Freunde darauf verlassen, daß Sie nicht in die Lage kommen, das umsetzen zu müssen, was Sie dort zu Papier gebracht haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist das Schöne an der Opposition!)

Wir haben angekündigt, daß wir die Verwaltungsreform in unserem Land voranbringen werden. Wir werden im Januar/Februar den ersten Geleitzug eines Gesetzes zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung Nordrhein-Westfalens

auf den Weg bringen. Ein zweiter Geleitzug wird folgen. (C)

Wir werden die notwendige Dienstrechtsreform anpacken, die in Bonn über 16 Jahre auch nicht zustande gebracht worden ist. Die werden wir in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung anstoßen. Wir werden insbesondere alles tun, um die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, um Aufgaben und Verantwortlichkeiten an die Kommunen zu geben, weil wie in der Wissenschaftslandschaft überall das Leitprinzip gilt: Stärkung der Selbstverantwortung und der Eigenverantwortung von Personen und Institutionen, vor allen Dingen natürlich der kommunalen Selbstverwaltung.

Das sind die Wege, die wir einschlagen werden. Das sind die Hauptlinien, auf denen wir gehen. Diese Linien haben wir mit diesem Haushalt, für den wir um Zustimmung des Hohen Hauses bitten, präzisiert. Wir sind überzeugt davon, daß wir mit den Schwerpunkten, die wir in diesem Haushalt setzen - Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Erneuerung der Bildungs- und Wissenschaftslandschaft, Reformen von Regierung und Verwaltung -, und dem Bemühen um eine Einbindung des Landes Nordrhein-Westfalen in den deutschen und europäischen Prozeß - erst recht angesichts der Veränderung, die mit dem Umzug von Bonn nach Berlin eintreten wird -, mit dieser Konzentration unserer Möglichkeiten und Fähigkeiten auf dem richtigen Weg sind. (D)

Wir sind überzeugt, daß wir die Kraft haben, Nordrhein-Westfalen sicher ins nächste Jahrtausend zu führen.

Wir sind überzeugt davon, daß Nordrhein-Westfalen in diesem Prozeß, in dem sich die Welt gewaltig wie nie zuvor verändert, nicht nur in Deutschland, aber vor allen Dingen in Deutschland, in der Mitte Europas eine wichtige, eine herausragende Rolle spielen kann.

Wir sind überzeugt davon, daß dieses Land die Kraft hat, um vor allem dafür zu sorgen, daß die Menschen hier in sicherem Wohlstand leben können, insbesondere in Arbeit und Brot mehr als bisher.

Daß wir dabei mehr Probleme haben als andere Länder im Westen der Bundesrepublik, das muß uns doch niemand lehren. Es gibt kein Land in Deutschland, das ähnlich wie Nordrhein-Westfalen im Zentrum mit 5 bis 6 Millionen Menschen von einem solchen industriellen Umbruch betrof-

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) fen ist wie dieses Land. Wo gäbe es denn so etwas, außer in Ostdeutschland?! Wo gäbe es das im Westen der Bundesrepublik? Selbstverständlich haben wir hier andere Probleme als Bayern, als Baden-Württemberg, als Hessen oder andere.

Die Stärke dieses Landes ist es, wie wir, wie die Menschen hier mit diesen Problemen umgegangen sind, wie weit wir in diesem Prozeß bereits gemeinsam vorangekommen sind, ohne daß wir leugnen oder gar vergessen, was noch zu tun ist: Wir haben die Zuversicht dazu, wir haben die Kraft dazu, und der Haushalt gibt uns die Unterstützung dazu. Deshalb bitten wir um Zustimmung.

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Herr Ministerpräsident. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich **schließe die Beratung.**

- (B) Wir kommen zur **Abstimmung**, und zwar zunächst über das **Gemeindefinanzierungsgesetz 1999** entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 12/3554. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der **Fassung nach der zweiten Lesung** gemäß **Drucksache 12/3517** anzunehmen. Wer ist für diese Empfehlung? - Danke sehr. Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **verabschiedet.**

Dann kommen wir zur zweiten Abstimmung, und zwar über das **Haushaltsgesetz 1999**. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt in seiner Beschlußempfehlung Drucksache 12/3552, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der **Fassung nach der zweiten Lesung einschließlich der vom Ausschuß zur dritten Lesung beschlossenen Änderungen** anzunehmen. Wer für diese Empfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Zwei Stimmenthaltungen, des Abgeordneten Kreutz und der Abgeordneten Fitzek. Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU

- bei zwei Enthaltungen der GRÜNEN-Fraktion **verabschiedet.** (C)

Ich rufe drittens auf die **Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 1998 bis 2002**. Entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 12/3553 bitte ich um Kenntnisnahme. - Ich stelle diese **Kenntnisnahme** hiermit förmlich fest.

Abschließend stimmen wir jetzt über die sechs vorliegenden Entschließungsanträge ab, und zwar erstens über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/3563**, Stichwort: Düsseldorfer Stadttor. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Die CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag der CDU-Fraktion mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **abgelehnt.**

Wir stimmen dann ab über den zweiten **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/3564**, Stichwort: Steuerchaos. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Die Antragstellerin. Wer ist dagegen? - SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Entschließungsantrag ist damit **abgelehnt.** (D)

Ich rufe dann drittens auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/3565**, Stichwort: Abwasserabgabe effektiv einsetzen. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Die antragstellende Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Entschließungsantrag **abgelehnt.**

Ich rufe auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Drucksache 12/3570**, Stichwort: Überbelegung in den Justizvollzugsanstalten. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen.**

Wir stimmen dann fünftens ab über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/3591**, Stichwort: Erhöhung des Wohngel-

(Präsident Ulrich Schmidt)

- (A) des. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Die CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Entschließungsantrag der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich lasse - sechstens - abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Ihnen mit **Drucksache 12/3610** vorliegt. Das Thema lautet: Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsprogramme "Arbeit statt Sozialhilfe" und "Soziale Wirtschaftsbetriebe". Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Entschließungsantrag **Drucksache 12/3610** mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

Meine Damen und Herren, damit sind die **Beratungen zum Landeshaushalt** für das Jahr 1999 in **dritter Lesung abgeschlossen**.

Ich rufe auf:

- (B) **2. Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung im Lande Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/3407

Beschlußempfehlung und Bericht
des Rechtsausschusses
Drucksache 12/3545

dritte Lesung

Diese **Ergänzung** der heutigen **Tagesordnung** hatten wir gestern beschlossen. Meine Damen und Herren, die dritte Lesung wurde beantragt von der Fraktion der CDU gemäß § 81 unserer Geschäftsordnung. Eine Ausschusssitzung hat nach der zweiten Lesung nicht stattgefunden, so daß die Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses **Drucksache 12/3545** Beratungs- und Beschlußgrundlage für die heutige dritte Lesung bildet.

Wer wünscht das Wort? - Kollege Krumbein für die SPD-Fraktion. Bitte schön. (C)

Robert Krumbein (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich ist in der Sache - es geht um das Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung im Lande Nordrhein-Westfalen - schon gestern alles gesagt worden.

(Unruhe - Glocke)

Es besteht heute kaum die Möglichkeit, etwas Neues hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD)

Alle Argumente sind genannt worden. Über die politische Richtigkeit der Entscheidung des Ministerpräsidenten haben wir unterschiedliche Ansichten. Auch über die rechtliche Zulässigkeit dieser Vorgehensweise haben wir unterschiedliche Auffassungen. Die letztendliche Entscheidung wird der Verfassungsgerichtshof in Münster sicherlich zu Beginn des nächsten Jahres treffen.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir nur folgenden Hinweis: Ich kann nicht verstehen, daß sich die CDU-Fraktion schlichtweg weigert, Realitäten anzuerkennen. Das war gestern beim Vortrag von Frau Kollegin Opladen erneut festzustellen. Nach wie vor werden falsche Tatsachenbehauptungen, die in Ihrem Antrag niedergelegt worden sind, vor diesem Hohen Hause wiedergegeben. Deshalb noch einmal meine klare Feststellung: Es hat keine Erklärung des Ministerpräsidenten oder seines Bevollmächtigten zur Frage des Umgangs mit diesem Gesetzgebungsvorhaben gegeben. (D)

Insofern ist Ihr gestriger Antrag auf eine dritte Lesung sicherlich nicht vor dem Hintergrund ergangen, noch die eine oder andere neue Erkenntnis zu gewinnen, sondern es ging um eine reine Verzögerungstaktik. Dem können wir nicht folgen. Das Gesetz soll noch in diesem Jahr in Kraft treten. Deshalb bitte ich Sie, dem Gesetz heute in der vom Rechtsausschuß empfohlenen Fassung zuzustimmen. - Danke sehr.

(Beifall bei der SPD)